

Bezugspreis: Vierteljährlich 4,50 RM. monatlich 1,50 RM. frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne Nummern 10 Pf. Postbezugs: Monatlich 1,50 RM. unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.- RM. für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Umgetragen in die Postzeitungs-Preisliste. Erscheint täglich.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 23. März 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Einzelgenpreis:
Die Kassenpolizei-Kontrollen sind 40 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebundene Wort 20 Pf. (enthaltend 2 (zwei) gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Leuzinger-Anzeigen 20 Pf., Familien-Anzeigen 30 Pf., politische u. gesellschaftliche Besprechungen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichelt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Der Stoß in die englische Front.

London, 21. März. Der Vertreter des Reuterschen Bureaus an der britischen Front drahtet abends:

Die Deutschen scheinen dadurch, daß sie, von starker Artillerie unterstützt, große Massen in den Kampf warfen, in die Frontlinie zwischen Scarpe und Bendenil eingedrungen zu sein. Wenn wir nicht die notwendigen Gegenmaßnahmen ergreifen, scheint die gesamte Lage für den Augenblick erschütterter.

Berlin, 22. März. Am 21. März hat die deutsche Offensive an der Westfront eingesetzt. Sie richtet sich zunächst gegen die Engländer. Die Artillerieschicht entbrannte im Morgengrauen. Schon nach wenigen Stunden äußert sich ergiebige Feuerwirkung trat die deutsche Infanterie um 10 Uhr vormittags zwischen der Scarpe und Oise in einer Ausdehnung von rund 80 Kilometer zum Sturm an. In harten, für den Feind äußerst blutigen Kämpfen nahm sie in breiten Abschnitten überall die englischen Linien. Der den Engländern völlig überraschend kommende Angriff entriß ihnen wichtige Abschnitte ihres sorgsam vorbereiteten und stark ausgebauten Kampfgeländes. Obwohl ein dichter Nebel, der erst später der Sonne wich, die Kampfsichtigkeit anfänglich behinderte, war doch der Erfolg über Erwartetes groß.

Die Einbußen der tapfer und sich wehrenden Engländer an Toten, Verwundeten und Gefangenen sind sehr schwer, die deutschen Verluste überraschend gering. Dieser erste Großkampftag endete verheißungsvoll für die deutschen Waffen. Der Geist der Truppe ist von freudiger Siegeszuversicht getragen. Die Beute an Gefangenen, Geschützen und sonstigem Kriegsmaterial konnte noch nicht endgültig festgestellt werden. Bis jetzt sind 16 000 Gefangene und 200 Geschütze gemeldet.

Amsterdam, 22. März. (Z. N.) Nach Meldungen aus London an das „Handelsblad“ teilte Donar Lam im Unterhause mit, daß die Deutschen heute morgen über eine Front von 60 Meilen zwischen Scarpe und Oise einen Infanterieangriff unternahmen, einen Angriff in einem größeren Maßstabe, als wie während des Krieges auf irgend einem Teile der Front. Es wäre nicht die geringste Überraschung hierbei, denn der Angriff sei gerade dort geschehen, wo er nach den englischen Informationen stattfinden sollte. „Vor drei Tagen erhielten wir“, so sagte Donar Lam, „vom Hauptquartier den Bericht, daß der Feind definitiv den Angriff beschlossen habe. Der Kampf dauert fort.“

Der Korrespondent des „Daily Chronicle“ an der englischen Front meldet: In diesem Augenblicke liegen nur unzusammenhängende, nicht bestätigte Nachrichten und zweifelhafte Meldungen von unseren Truppen vor, welche einem heftigen Angriff ausgesetzt sind. Es muß noch einige Zeit verstreichen, bevor man sagen kann, was der Feind gewonnen hat und was er auf diesem ersten Sturmangriff nicht erreichen konnte. Unsere Truppen kämpfen nun nicht nur für ihr eigenes Leben, sondern auch für das Leben Englands und unserer ganzen Rasse. Dieser Kampf ist kein Bluff, sondern eine furchtbare brutale Wirklichkeit.

Der Sonderkorrespondent der „Morning Post“ an der englischen Front meldet, daß die deutsche Armee südlich von der Scarpe den ersten Schlag ausgeführt zu haben scheint, insbesondere in dem Dreieck Arras—Cambrai—Bapaume und an den Straßen nach Cambrai, während die deutsche Armee im Süden von Cambrai die englischen Laufgräben und die Gegend westlich vom Scheideweg stürmt.

Der Sonderkorrespondent der „Times“ bei der englischen Front in Frankreich meldet, daß die Deutschen, nachdem sie zuerst ihre Artilleriefeuer hauptsächlich auf den nördlichen Abschnitt der Front konzentriert hatten, gestern früh ein heftiges Artilleriefeuer auf einen großen Teil des südlichen Abschnittes von Arras bis südlich von St. Quentin richteten. Die Beschichtung begann bei Anbruch des Tages und währte den ganzen Morgen. Im Laufe des Vormittags liefen Berichte über vielfache Bewegungen der feindlichen Infanterie längs einer gleichmäßig eingeteilten Frontlinie ein. Diese Berichte gehen von Punkten aus, welche sehr weit auseinander liegen, nämlich von Croisilles, Bullecourt, Lagnicourt, Rouffey und Hargicourt. Diese Offensivbewegung scheint sehr viel umfangreicher und kräftiger zu sein, als irgend eine andere Kriegsoperation, welche in diesem Jahre unternommen wurde.

Das Wetter ist sehr schön, aber das Barometer zeigt auf Unbeständigkeit. Es weht ein leichter Wind, meist Nordwest. Ein großer Teil von Nordfrankreich ist in einen weichen Nebel gehüllt, wodurch die Beobachtung erschwert wird.

Die ersten englischen Linien von südöstlich Arras bis La Fère erstürmt; 16 000 Gefangene, 200 Geschütze erbeutet — Feuerkampf gegen Verdun — Beschichtung von Ostende.

Amtl. Großes Hauptquartier, 22. März 1918. (M. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Detachement Bronzing Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Offensive wurde von See her beschossen. In Belgisch- und Französisch-Flandern hielt harter Feuerkampf an. Mehrfach drangen Erkundungsabteilungen in die feindlichen Linien ein.

Von südöstlich Arras bis La Fère griffen wir englische Stellungen an. Nach starker Feuerwirkung von Artillerie und Minenwerfer führte unsere Infanterie in breiten Abschnitten vor und nahm überall die ersten feindlichen Linien.

Zwischen La Fère und Soissons, zu beiden Seiten von Reims und in der Champagne nahm der Feuerkampf an Stärke zu. Sturmabteilungen brachten in vielen Abschnitten Gefangene ein.

Detachement Gallwitz und Herzog Albrecht. Unsere Artillerie setzte die Fortführung der feindlichen Infanterie-Stellungen und Batterien vor Verdun fort. Auch an der lothringischen Front war die Artillerietätigkeit vielfach gesteigert.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 22. März 1918, abends. Amtl. Die Erfolge des gestrigen Tages in den Kämpfen zwischen Arras und La Fère wurden in Fortführung unseres Angriffs erweitert. 16 000 Gefangene, 200 Geschütze wurden gemeldet.

Vor Verdun blieb der Feuerkampf gesteigert. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 22. März 1918. Amtl. wird verlautbart: Nichts Besonderes zu melden. Der Chef des Generalstabes.

Der Gewaltstreich gegen die holländischen Schiffe.

Der Anfang in Amerika.

Washington, 21. März. (Neuter.) Marine-Sekretär Daniels hat mitgeteilt, daß der Befehl, die holländischen Schiffe zu übernehmen, gestern abend um 7 Uhr in Kraft getreten ist. Ein Teil der holländischen Mannschaften wird auf den Schiffen beschäftigt werden, andere werden, wenn sie es wünschen, in Amerika behalten werden und von der amerikanischen Regierung ihren Lohn und bezahlt bekommen. Die Seeleute, die nach Holland zurückkehren wünschen, werden so rasch wie möglich dorthin befördert werden.

New York, 21. März. (Neuter.) Reservemannschaften der Kriegsmarine haben auf Befehl der Washingtoner Regierung gestern abend 38 holländische Schiffe übernommen. Die holländischen Kapitäne haben, da sie seit mehreren Tagen auf ein solches Vorgehen vorbereitet waren, nicht protestiert.

Beschlagnahmen in den Ententehäfen.

London, 21. März. Im Unterhause gab Lord Robert Cecil die Erklärung ab, daß die britischen und die alliierten Regierungen beschlossen hätten, die holländischen Schiffe, die in ihren Häfen liegen, in Besitz zu nehmen.

Cecil erklärte, die Regierungen würden versuchen, mit den Neederen zu einer Vereinbarung der Zahlungen und Versicherungen zu kommen: sie würden am Ende des Krieges die Schiffe zurückergeben oder die ver-

lorenenersehen; sie würden die Eigentümer für die Anleihe, die durch das Vorgehen des Feindes verursacht sei, entschädigen. Sie würden sich ferner verpflichten, daß holländische Schiffe, die von heute ab holländische Häfen verlassen, nicht ohne Vereinbarung der Verbündeten in den Dienst gestellt würden und sie würden endlich 50 000 Tonnen Weizen oder die entsprechende Menge mehr in einem nordamerikanischen Hafen und die gleiche Menge in einem südamerikanischen Hafen sobald wie möglich für Holland bereit stellen.

Washington, 20. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein heute veröffentlichter Erlass des Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt das Marine-Departement, Schiffe aus dem niederländischen Schiffsregister in den amerikanischen Territorialgewässern zum Gebrauch während des Krieges zu übernehmen und alle diejenigen Schiffe zu benutzen, die für wichtige Zwecke im Kriege gegen die Deutschen notwendig sind. Den Schiffseigentümern soll durch das Marine-Departement der Vereinigten Staaten in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts volle Entschädigung geleistet werden. Die Schiffe sollen durch die Admiralität oder das amerikanische Schiffsamt so besetzt, ausgerüstet und verwandt werden, wie dies zweckdienlich erscheint.

In Verbindung mit der Übernahme dieser Schiffe erließ Präsident Wilson eine Verlautbarung über den Hergang der Verhandlung mit Holland.

Washington, 22. März. (Neuter.) Die Kapitäne der gestern beschlagnahmten niederländischen Schiffe verfolgten allgemein dieselbe Art des Vorgehens. Sie machten die Offiziere, die die Beschlagnahme vornahmen, auf den Eintrag im Logbuch aufmerksam, daß sie den Befehl über ihr Schiff unter Protest aufgaben. Die Beschlagnahme der Schiffe ging ohne Störung vor sich.

Oag, 22. März. Das Korrespondenz-Bureau erzählt: In der ersten Kammer teilte Minister Landon mit, daß er heute morgen auch von dem Gesandten aus Washington Bericht erhalten habe, daß die amerikanische Regierung die Beschlagnahme der holländischen Schiffe beschlossen und diesen Beschluß bereits zur Ausführung gebracht habe. Der genaue Text der Proklamation von Wilson ist dem Minister noch nicht bekannt. Ohne einen Schein von Recht ist man zu dieser Maßregel übergegangen. Ein energischer Protest der Regierung gegen dieses Vorgehen wird in beiden Kammern und im ganzen Lande Widerhall finden. Wenn das Volk die Prüfungen, die ungewissheit die Folgen dieses Ereignisses sein werden, überstanden haben wird, wird es der Regierung nicht vorwerfen können, daß sie nicht alles getan habe, dem Volk diese Prüfung zu ersparen. Verschiedene Redner schlossen sich dem Protest der Regierung an.

Kriegskredite und Ostfrieden.

Der Reichstag hat am Freitag zwei Beschlüsse von besonderer Wichtigkeit gefaßt: er hat einen neuen Kredit in der Höhe von 15 Milliarden bewilligt und dem Frieden mit Großrußland und Finnland seine Zustimmung erteilt.

Die sozialdemokratische Partei hat für die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt und damit ihre seit Kriegsbeginn eingenommene Haltung von neuem bestätigt. Diese Haltung entspringt allem sachlichen Erwägungen. Die Unabhängigen wollen in ihr eine besondere Vertrauenskundgebung für die Regierung sehen, in der Agitation behaupten sie sogar, daß die Sozialdemokratie durch die Bewilligung der Kriegskredite die Verantwortung für den Krieg übernehme. Sie schlagen sich damit nur selbst ins Gesicht, denn sie selber haben alle ein- bis zweimal, zum Teil sogar drei- bis fünfmal für die Kriegskredite gestimmt und, wie dies der Abg. Dittmann vor dem außerordentlichen Kriegsgericht betonte, nicht aus Fraktionsdisziplin, sondern aus voller innerer Ueberzeugung. Sie hätten dann selber also auch die Verantwortung für den Krieg übernommen und zum mindesten der Regierung Vorschläge, besonders Vertrauens entgegengebracht, die doch wohl in nichts fortschrittlicher oder demokratischer war als die Regierung Serlling-Payer.

Die Gründe, welche die Sozialdemokratie in Wirklichkeit veranlaßt haben, die Kredite anzunehmen, hat Genosse Ebert in seiner Erklärung klar und überzeugend dargelegt: Das Friedensgespräch Wilson-Hertling hatte wohl einen Augenblick die Hoffnungen auf Verständigung erweckt, als aber Hertling die 4 Punkte Wilsons annahm und auch bezüglich Belgiens eine weitgehende Erklärung abgab, hüllte sich Wilson in Schweigen. Statt dessen hörte die Welt von neuem

die wilden Drohreden aus dem Munde der Lloyd George und Clemenceau, die selbst von den Blättern der Unabhängigen als „Kriegswüter“ bezeichnet werden. Lloyd George hat das Eroberungsprogramm der West-Entente in vollster Umfang aufrechterhalten, demgegenüber befindet sich das deutsche Volk immer noch im Zustande der Verteidigung, und die Sozialdemokratie erkennt dies an, indem sie die Mittel dieser Verteidigung bewilligt. Eine andere Haltung wäre wohl auch gerade im jetzigen Augenblick, wo die Dinge im Westen auf des Messers Schneide stehen und Hunderttausende bluten, von den Volksmassen nicht verstanden worden.

Davon unabhängig führt die Sozialdemokratie im Innern Deutschlands den Kampf für Freiheit und Demokratie weiter. Wie unbequem und gefährlich dieser den Reaktionsären wird, davon zeugt der Umstand, daß jetzt die Konservativen im Wahlkreis Niederbarnim ausdrücklich Stimmhaltung beschlossen haben. Wir hielten ganz gewiß nicht um die Stimmen dieser Herrschaften und sind für den Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten nicht im mindesten auf sie angewiesen. Aber für die konservative Denkweise ist dieser Wechsel höchst charakteristisch: er dokumentiert, daß ihnen ein Sieg des Unabhängigen viel erwünschter wäre, als der des sozialdemokratischen Mehrheitskandidaten.

Schwieriger als die Frage der Kreditbewilligung war für die Fraktion die Stellungnahme zum Ostfrieden. Daß der Frieden mit Großrußland keineswegs unseren Wünschen entspricht, ist schon oft hier dargelegt worden. Andererseits wäre eine Abstimmung gegen den Frieden gleichbedeutend gewesen mit der Aufforderung, die Waffen wieder aufzunehmen und den Krieg von neuem entbrennen zu lassen. Für die Fortsetzung des Krieges kann eine sozialistische Partei natürlich unter keinen Umständen stimmen, wenn dies auch die Unabhängigen festzubegeben, unter dem Schutz des Urstandes, daß ihre Abstimmung ja sowieso auf den Gang der Ereignisse einflußlos ist.

Die Sozialdemokratie sah sich also vor einen Zwiespalt gestellt, sie konnte nicht gegen den Frieden stimmen, aber auch nicht für einen Frieden, der den demokratischen Grundgedanken so wenig Rechnung trägt wie der Friede mit Großrußland. Dieser Zwiespalt hat die Fraktion dahin geführt, Stimmhaltung zu üben. Diese Haltung war auch deswegen angebracht, als der tatsächliche Inhalt des Friedensvertrages zum Teil mit einem Rahmen, der seinen Inhalt erst bekommt durch die noch zu bestimmende Behandlung, die Deutschland den von Rußland abgetrennten Völkern zuteil werden läßt. Gerade hierum wird zurzeit ein heftiger Kampf geführt, und die Sozialdemokratie kann sich nicht von der Einwirkung auf die künftige Gestaltung dieser Dinge ausschalten lassen durch den Vorwurf, daß sie ja gegen den gesamten Frieden gestimmt habe.

Ein Teil dieses Kampfes ist bereits in der gestrigen Reichstagsung zum Austrag gekommen. Die Mehrheitspartei hat die schon gestern von uns im Wortlaut wiedergegebene Resolution eingebracht, welche für die abgetrennten Völker die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts und Volksvertretungen auf breiter Grundlage fordert. Mein Zweifel, wenn die Regierung gezwungen wird, den Weg dieser Resolution zu gehen, daß dann der Ostfriede wenigstens teilweise ein besseres Aussehen erhält, als er heute hat. Wie weit die Regierung bei diesem Programm festgehalten wird, das hängt wieder wesentlich von der Energie und Geschlossenheit der Reichstagsmehrheit ab. Diese aber kann nur die notwendige Energie entfalten, wenn die Sozialdemokratie als der am meisten treibende Teil der Mehrheit sich nicht ausschaltet, sondern ihr Schwergewicht in die Waagschale wirft, um den von Rußland abgetrennten Völkern zu dem denkbar größten Maß an Freiheit und Selbstbestimmungsrecht zu verhelfen. Damit handelt sie viel mehr im Interesse des deutschen Volkes wie jener Völker, als wenn sie den Friedensvertrag ablehnt und sich schmolend auf die Seite stellt.

Wie verkehrt das gewesen wäre, das hat gerade gestern demlich die Haltung der Unabhängigen gezeigt. Sie standen beiseite, stimmten gegen die Mehrheitsresolution und gerieten damit wieder einmal — zum wievielten Male nun schon während des Krieges? — in die Waffengefährdung der Konservativen! Die Konservativen stimmten natürlich geschlossen gegen die von ihnen aufs heftigste bekämpfte Mehrheitsresolution, weil diese Gewaltvolligkeit keine Freiheit der Ostvölker wollen, sondern sie in ein sklavisches Abhängigkeitsverhältnis von Deutschland zu bringen trachten. Deshalb waren sie die Gegner der Mehrheitsresolution, die Unabhängigen aber waren ihre treuen Schildknappen! Was hilft diesen die Betenung, daß sie aus anderen Gründen als die Konservativen dagegen gestimmt haben. Praktisch haben sie dem unerzütlichen Abdeutschtum die Steigbügel gehalten und genau wieder dasselbe Schicksal über sich begangen wie am 19. Juli 1917, als sie gegen die Friedensresolution des Reichstags in Gemeinschaft mit den Abenteurern stimmten.

Niemand kann von der Sozialdemokratie verlangen, daß sie die Vorhellen dieser unentwegten Reinsager mitmache. Der gestrige Tag hat aber auch gezeigt, daß die Partei nicht auf dem unbedingten Ja-Sage-Standpunkt steht, daß sie in jedem Falle ihre Entscheidung nach sachlichen Gesichtspunkten trifft: unbeflunnt, ob man sich rechts oder links darüber entzweit. Und so wird es auch bleiben.

Schwedens Beziehungen zu den Alliierten und zu Deutschland.

Stockholm, 22. März. (Eigener Drahtbericht des „Sverdrö“.) Branting verteidigt im „Sozialdemokraten“ das schwedische Tonnageabkommen mit den Alliierten. Es sei zur Deckung des Getreidebedarfs unentbehrlich. Zu Odens gestriger Rede schließt Branting, die von der Presse der Rechten vorgebrachte Ansicht auf die Ernte aus der Ukraine sei ein Unsinn. Überdies benötige die schwedische Industrie Artikel, welche die Ukraine nicht bieten könne und bezüglich deren man auf Bedingungen Deutschlands angewiesen wäre. Branting schließt: Wir unsererseits haben keine Lust, uns in die Stellung Finnlands einzureihen. Für die schwedische Selbstständigkeit ist es Lebensbedingung, das Fenster auch westwärts offenzubehalten.

Die liberale „Stockholms Tidningen“ nimmt dagegen in der Tonnagefrage eine demonstrativ fühle Haltung gegen England an. Au die Neutermeldung ankun-

ftend, wonach das Abkommen in nächster Zukunft bevorstehen und schon eine endgültige Abmachung vorliegen soll, welche Schweden 100 000 Tonnen Weizen, ebensoviel Tonnen Mais und 50 000 Tonnen Hafer zu erhalten ermächtigt, sowie daß Schweden nach einiger Zeit Weizen erhalten werde, bemerkt „Stockholms Tidningen“ ironisch, daß die schwedische Öffentlichkeit wieder aus London Dinge erfahre, worüber in Schweden nichts bekanntgegeben sei. Abgesehen davon, daß die Angabe über Aufteilung der 250 000 Tonnen nicht stimmt, seien die Grundlinien des Abkommens einstweilen den schwedischen Neubauern zur Begünstigung unterbreitet und hierauf unterliegen sie der Überprüfung durch die staatliche Handelskommission. Auch werde die Regierung bezüglich des Teiles des Abkommens, der die Erzeugung betreffe, auf Deutschland Rücksicht nehmen müssen. Die Zeitung verweist sich auch auf Odens Erklärung, daß über die Aufsichten und den Inhalt des Abkommens im gegenwärtigen Stadium nichts gesagt werden könne.

Der gestrige Artikel sowie sonstige Anzeichen deuten darauf hin, daß die schwedische Volkmeinung, die in letzter Zeit unter dem Eindruck des Pester Friedens und der daran anschließenden Vorgänge der Ostpolitik sowie der Abwanderung stand, von der Hollandpolitik der Entente nicht unbeeinflusst geblieben ist.

Die Schiffsraumfrage im Unterhaus.

Im englischen Unterhause gab der Erste Lord der Admiralität Geddes wieder eine Erklärung über den Bau von Handelsschiffen ab. Es werde beabsichtigt, die Ziffern der Neubauten regelmäßig bekanntzugeben, und zwar so schnell als möglich. Ueber die Schiffsverluste soll eine Statistik des verletzten Tonnageraums veröffentlicht werden. Ich will mich aber noch nicht bestimmen hierauf festlegen. Meiner Meinung nach müßte man die Statistik vierteljährlich herausgeben. Geddes erklärte im Verlauf seiner Rede wieder die deutschen Verichte über die Verletzung von Schiffsraum für übertrieben und sagte, der zeitweilige Rückgang im Schiffsbau im Januar und Februar werde allmählich überwunden. Auch Lloyd George beteiligte sich an der Debatte. Er gab an, es sei kein Mangel an Stahl oder Stahlplatten. Schwierigkeiten verurachten nur die Arbeiterlöhne. Es sei vorgeschlagen, 20 000 Mann aus dem Heere einzustellen. Von den im Inlande sitzenden Truppen würde jeder im Schiffsbau erfahrene Mann herausgezogen; es sei jedoch eine andere Sache, solche Leute von der Front hinwegzunehmen. Man könne nicht die Gefahr übernehmen, die Wirksamkeit der Frontarmeen in einem so überaus kritischen Augenblick zu gefährden. Die Regierung glaube, daß durch besondere Anstrengung der Heilbetrag von monatlich 120 000 Tonnen britischen Schiffsraums beschoben werden könne. Soweit die Marine in Betracht käme, lägen erfreuliche Tatsachen vor; es sei ein allmähliches Sinken der durch die U-Boote zugefügten Verluste eingetreten; wenn das so weiter gehe und die Schiffswerften imstande wären, ihre Produktion auf 100 000 bis 120 000 Tonnen Handelsschiffsraum im Monat zu erhöhen, so würde das Defizit beseitigt werden. Das würde mehr zur Beseitigung des Krieges beitragen, als durch jede andere Einzelanstrengung Englands geschehen könnte. Denn dann würde dem Feinde nicht nur eine Niederlage beigebracht, sondern ihm würde auch Kargemacht werden, daß er, wie lange er auch mit dem Kriege fortführe, doch niemals imstande wäre, England zu besiegen. Auch Asquith schlug einen optimistischen Ton an.

Eine durch Wolffs Bureau verbreitete Nachricht macht darauf aufmerksam, daß das englische „Daily Freight-Register“, eine täglich erscheinende Fachzeitung für den Schiffsfrachtenmarkt, jüngst eine Jahresübersicht über das Jahr 1917 veröffentlichte, die auch eine Zusammenstellung über Kriegsverluste der Schifffahrt enthält. Die Uebersicht läßt sich nach Angabe des Blattes auf die beiden Hälften von „Lloyds Register“ 1914/15 und 1917/18 und umfaßt allen zerstörten Schiffsraum der Verbündeten sowohl wie der Neutralen seit Beginn des Krieges (August 1914) unter Ausschluß der durch Seemächte verlorenen Schiffe, der Dampfer und der Schiffe von weniger als 100 P. T. netto Größe. Der Schlußtermin der Zusammenstellung ist nicht genannt, da aber das als Quelle bezeichnete Lloyds Register Anfang Juli jeden Jahres erscheint, so muß man annehmen, daß die Rechnung bis zu diesem Datum geführt ist.

Der verzeichnete Schiffsraum ist, wie ausdrücklich bemerkt wird, in Netto-Registertonnen gegeben. Es wirkt nun höchst überraschend, daß, soviel wir sehen, zum erstenmal — die englischen Angaben, wenn man sie in Brutto umrechnet, fast genau mit denen des Deutschen Admiralsstabes übereinstimmen. Nach dem genannten Blatte belaufen sich die Verluste insgesamt auf

Dampfer	5 558 680	Netto-Reg.-T.
Segler	285 802	„
zusammen	5 844 482	„

Rechnet man Netto in Brutto um und zwar indem man für die Dampfer das übliche Verhältnis von Netto: Brutto 62:100, für Segler 25:100 zugrunde legt, so ergibt sich folgender Brutto-Raumgehalt:

Dampfer	8 961 000	Brutto-Reg.-T.
Segler	300 000	„
zusammen	9 264 000	„

Nach Angabe des Deutschen Admiralsstabes sind nun seit Kriegsbeginn bis 30. Juni 1917: 9 700 000 Brutto-Reg.-T. Schiffsraum verlost worden.

Die verhältnismäßig geringe Differenz von 436 000 B.-Reg.-T. erklärt sich leicht dadurch, daß Lloyds Register 1917/18, da es bereits zwei Monate vor seinem Erscheinen in Druck gegeben wird, eine Anzahl bereits verlorener Schiffe noch als schwimmend aufgeführt.

Zur Denkschrift Lichnowskys.

Nachmals der Potsdamer Kronrat.

Wien, 21. März. (Meldung des Wiener A. R. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) In der Denkschrift des ehemaligen deutschen Botschafters in London Fürsten Lichnowsky ist die Behauptung enthalten, daß dem damaligen L. u. L. Botschafter in London Graf Mensdorff ein österreichisches Protokoll über eine entscheidende Besprechung in Potsdam am 5. Juli zugegangen sei. Diese Behauptung des Fürsten Lichnowsky ist durchaus falsch. Die bereits vor längerer Zeit in der Entente-Pressen verbreitete Nachricht von einer am 5. Juli in Potsdam abgehaltenen gemeinsamen Besprechung zwischen Staatsmännern Österreich-Ungarns und Deutschlands — diese Besprechung wurde vielfach auch als Kronrat bezeichnet — ist unrichtig. Graf Mensdorff konnte demnach auch kein österreichisches Protokoll über diese Beratung erhalten haben.

Die Kabinettskrise in Spanien.

Madrid, 20. März. (Sabas.) Zum Präsidenten der Kammer wurde Villanueva mit 218 Stimmen gewählt.

Die Republikaner, die Reformisten und die Regionalisten enthielten sich der Abstimmung. Nach der Wahl der Vizepräsidenten und der Schriftführer hielt Villanueva eine Rede, in der er Einigkeit empfahl.

Garcia Prieto kündigte die Demission des Kabinetts an. Nach Schluß der Sitzung verließ Garcia Prieto das Cortesgebäude, um dem König die Demission des Kabinetts zu überreichen. Man glaubt, daß die Krise schwer zu lösen sein wird.

Madrid, 20. März. (Reuter.) Maura ist mit der Kabinettsbildung beauftragt worden.

Madrid, 21. März. (Meldung der Agence Havas.) Die Presse bespricht den gestern morgen ausgebrochenen Zustand der dem Finanzministerium unterstehenden Beamten. Es handelt sich um eine Niederlegung der Arbeit ohne Verlassen des Postens. Die Presse betont den Ernst der Lage.

Madrid, 22. März. (Reuter.) Maura weigerte sich, die Kabinettsbildung vorzunehmen. Die Weigerung Maura hat in politischen Kreisen großes Aufsehen erregt. La Cierva hat sich geweigert, in ein Kabinet mit Maura einzutreten, da er den Posten des Kriegsministers behalten wollte, den ihm Maura nicht geben wollte.

Maura hat eine Note veröffentlicht, in der er mitteilte, daß die Bildung eines Konzentrationskabinetts gegen seine Ueberzeugung sei, daß ihm zur Bildung eines völlig gleichartigen Kabinetts die notwendige Mitwirkung verweigert wurde und daß er deshalb den Auftrag zur Kabinettsbildung abweise, weil er es für ungesegnet halte, das Parlament aufzulösen.

Dato und Besada hatten Besprechungen mit dem König. Besada erklärte sich außerstande, ein Konzentrationskabinet zu bilden. Auch La Cierva wurde zum König gerufen.

Bern, 22. März. (Frankf. Ztg.) Infolge der unsicheren politischen Lage in Spanien hat sich die Ratifikation der Handelsabkommen zwischen Spanien und den Alliierten aufs neue hinausgezogen. Besonders scheint sich das spanische Finanzministerium, das zur Wahrung eines Kredites an Frankreich dienen sollte, mit Bedenken zu tragen. Die Bank von Spanien hat sich bis jetzt der Mitwirkung an diesem Konsortium offen widersetzt.

Dänemark und die Mittelmächte.

Kopenhagen, 22. März. (Köln. Ztg.) Wie die Blätter melden, haben die seit einiger Zeit zwischen den Vertretern Dänemarks einerseits und den Vertretern Deutschlands und Österreich-Ungarns andererseits gepflogenen Unterhandlungen über den gegenseitigen Warenaustausch in den kommenden vier Monaten zu einem günstigen Abschluß geführt. Das Ergebnis war die Fortsetzung des Warenaustauschs zwischen den genannten Ländern in unbedeutendem Umfang. Deutscherseits soll namentlich Kohle, Eisen und Stahl geliefert werden.

Kriegsministerwechsel in Italien.

Rom, 22. März. (Stefani.) Da Kriegsminister Alfieri den Wunsch geäußert hat, ein Kommando an der Front zu übernehmen, und dringend auf seinem Wunsch bestand, hat der Ministerpräsident dem König vorgeschlagen, daß von Alfieri eingereichte Entlassungsgesuch anzunehmen. Durch Erlass vom 20. März wird Senator General Battico Zuppelli zum Kriegsminister ernannt.

Rußland unter bolschewistischer Herrschaft.

Weitere Erklärungen Petrows.

Genosse Petrow, der Abgesandte der russischen Republik, besuchte uns gestern in unserer Redaktion und gab uns über die Entwicklung in Rußland eine Reihe weiterer interessanter Aufklärungen. Er beklagte sich darüber, daß die bürgerliche Presse über Unterredungen mit ihm viel Unrichtiges berichtet habe und stellte dabei auch einen Irrtum unseres gestrigen Berichts richtig.

Damals wird der Sowjetkongreß von den einzelnen Sowjets von Fall zu Fall gewählt, und zwar in der Weise, daß auf je 25 000 (nicht 500) Sowjetwähler ein Kongreßmitglied entfällt. Der Moskauer Sowjetkongreß, der den Frieden ratifizierte, war der vierte seiner Art. Jeder neu zusammentretende Sowjetkongreß wählt auch das aus 200 Mitgliedern bestehende Zentralerekutivkomitee neu.

Die alte Gerichtbarkeit besteht nicht mehr, das bürgerliche Gesetzbuch ist außer Kraft, gewählte Revolutionstribunale sprechen Recht auf Grund erlassener Dekrete.

Die Fabriken werden von den Arbeitern selbst verwaltet. Der Verkehr zwischen Industrie- und Agrarprodukten erfolgt vielfach, so im Ural, auf dem Wege des direkten Austausches. Kräfte zur technischen Leitung der Industrie stehen in genügendem Maße zur Verfügung.

Die sozialen Reformen finden den allgemeinen Beifall der Bevölkerung. Auch die deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, die, wie schon berichtet, vollständig frei sind, haben für sie vielfach Verständnis. Viele dieser Kriegsgefangenen haben in der Ukraine gegen die Kaba und die Konterrevolutionäre mitgekämpft.

Zur Lage in Finnland erklärt Genosse Petrow die rote Garde sei zahlenmäßig viel stärker als die Weiße, diese aber werde von Deutschland und Schweden aus durch Offiziere und Kriegsmaterial unterstützt.

Ueber den Frieden sagte Genosse Petrow: Wir in Rußland sind der Meinung, daß wir, indem wir diesen Frieden annehmen, nicht gegen unsere deutschen und österreichischen Genossen handeln. Erwarten wir mit diesen Friedensbedingungen in Rußland kein Mensch, und nur eine starke Regierung, die sich durch soziale Reformen das Vertrauen des Volkes gewonnen hatte, konnte diesen Frieden, der notwendig geworden war, durchsetzen. Eine Abänderung der Friedensbedingungen erwarten wir jedoch nicht von kriegerischer Gewalt. Wir sind vielmehr davon überzeugt, daß die radikale Veränderung aller Verhältnisse, die dieser Krieg mit sich bringen muß, es uns ermöglichen wird, die Probleme, die durch diesen Friedensvertrag entstanden sind, mit unseren Genossen in Deutschland und in den anderen Ländern zu lösen.

Genosse Petrow versprach, uns das ganze Material zum Verständnis der in Rußland vollzogenen politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen zur Verfügung zu stellen. Er sieht darin ein Mittel, die Sozialisten der ganzen Welt zu den bolschewistischen Auffassungen zu bekehren. Mit großer Entschiedenheit vertrat Genosse Petrow die Ansicht, daß das System der Sowjetregierung einen Fortschritt über die bürgerlichen Formen der Demokratie hinaus bedeute. Er rechtfertigte die Beseitigung der Konstitution, da nicht diese, sondern der Sowjetkongreß die wirkliche Volksvertretung darstelle. Darüber entwickelte sich naturgemäß ein aufgeregter Unterhalt, die aber, trotz der vorhandenen Meinungs-

Ostfrieden und Kredite im Reichstag.

165. Sitzung, Freitag, den 22. März 1918, 12 Uhr mittags.

Am Bundesratsstisch: v. Payer, Graf Koeborn, Wallraf.

Anfragen.

Abg. Dr. Doormann (Sp.) fragt anlässlich der Flucht der französischen Fliegeroffiziere Garros und Marchall nach den Vorkehrungsmaßnahmen gegen ähnliche Vorkommnisse.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums schildert diese. Im vorliegenden Falle ist den Gefangenen verdächtige Beihilfe geleistet worden.

Abg. Böhmer (U. Soz.) fragt wegen des dauernden Verbots der Versammlungen der unabhängigen Sozialdemokraten in Danzig und wegen der Abfangung eines an ihn gerichteten Briefs durch die dortige Kommandantur.

General v. Brissberg: Ueber den Abg. Böhmer ist eine zeitweise Briefüberwachung angeordnet worden, weil eine Persönlichkeit sich seiner Kadadresse bediente, um eine verbotene Werbetätigkeit im Heere fortzusetzen.

Abg. Dr. Müller-Reintgen (Sp.) verlangt in einer Anfrage die sofortige Entlassung bzw. Nichteinstellung der in der Zeit vom 2. August bis 4. Dezember 1909 geborenen Landsturmlente.

General v. Brissberg: Der Jahrgang 1909 wird im Laufe des Monats April entlassen werden. Ueber die Entlassung des Jahrgangs 1870 kann eine Entscheidung noch nicht getroffen werden.

Abg. Hüffel (U. Soz.): Das Garnisonkommando in Leipzig verbietet das Auslegen und Verteilen der „Leipziger Volkszeitung“, gibt aber die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ für monatlich 60 Pf. statt 1,45 M. ab.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums: Die Anfrage kann noch nicht beantwortet werden, da die Erhebungen noch im Gange sind.

Abg. Dr. Herzfeld (U. Soz.) beschwert sich über Versammlungsverbote in Braunschweig gegen seine Partei.

General v. Brissberg: Essentielle Versammlungen sind nicht gestattet, Mitgliederversammlungen wurden nicht verhindert. Während des Streiks waren alle Versammlungen verboten.

Der Notetat.

Der Gesetzentwurf über die vorläufige Festsetzung des Reichsbauhaushaltsplans wird gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten verabschiedet.

Es folgt die

Kreditvorlage.

Abg. Ebert (Soz.):

Die großen politischen Fragen sind in den letzten Wochen sehr eingehend diskutiert worden. Deshalb will ich bei Vespregung der Stellung meiner Fraktion zu der neuen Kriegskreditvorlage nicht darauf eingehen. Ueber unsere Beurteilung des Ostfriedens haben wir keinen Zweifel gelassen. Wie wir uns endgültig dazu stellen, wird nachher bei der dritten Lesung des russischen Friedensvertrages dargelegt werden. Ich muß aber schon hier entschieden zum Ausdruck bringen, daß die Reichsleitung in bestimmten Erklärungen den Völkern in Polen, Litauen und Kurland das Recht zugesichert hat, die künftige Gestaltung ihres Schicksals selbst zu bestimmen. Die Reichsregierung hat sich mit diesen Erklärungen vor der Welt und der Geschichte verpflichtet. Von der tatsächlichen Durchführung dieser Zusicherungen wird es abhängen, wie künftighin die Politik des Reiches beurteilt. Auch die Mehrheit des Reichstages hat sich für gerechte Ausführung eingesetzt. Wir müssen deshalb von Reichslanzler auf das Bestimmteste erwarten, daß er sich durch keinerlei Widerstände von der restlosen Erfüllung dieser übernommenen Pflichten abhalten läßt.

Im Westen sind leider immer noch keine Aussichten auf Frieden. Wir haben unser Möglichstes getan, um auch dort weiteren Blutergießen ein Ende zu bereiten. Neue Friedenshoffnungen ließ die Diskussion zwischen dem Reichslanzler und dem Präsidenten Wilson aufkommen. Wilson hat in seiner Botschaft vom 11. Februar dargelegt, auf welcher Grundlage man zu allgemeinen Friedensverhandlungen kommen könne. Der Reichslanzler hat darauf am 26. Februar erklärt, er stimme den vier Leitgeden Wilsons grundsätzlich zu, auf dieser Grundlage könne der allgemeine Frieden erörtert werden. Weiter hat sich der Reichslanzler bereit erklärt, mit der belgischen Regierung über die Regelung der belgischen Frage in eine unerblickliche Aussprache einzutreten. Diese Erklärungen haben wir

als einen ersten Schritt zur Verständigung begrüßt.

Eine Antwort ist aber weder von Wilson noch von der belgischen Regierung gegeben worden. Dagegen haben die Staatsmänner von England, Frankreich und Italien keinen Zweifel gelassen, daß sie nach wie vor an ihrem Standpunkt festhalten, wie er in dem Verlaufe von Versailles festgelegt ist. Das heißt also Fortsetzung des Krieges bis zur Erreichung der letzten bekannten Kriegsziele der Entente, von denen Lloyd George sagte, die Regierung könne davon nicht im geringsten abgehen. Aus England haben wir kürzlich gehört, daß die von der Regierung geforderten Kriegskredite im Unterhause einstimmig bewilligt worden sind, und aus Frankreich, daß sie mit allen gegen 5 Stimmen bewilligt sind. So befindet sich unser Land nach dem Westen immer noch in der Verteidigung gegen Feinde, die uns an Zahl weit überlegen sind und die die Lebensinteressen unseres Volkes bedrohen. Wir werden deshalb den geforderten Kriegskrediten zustimmen. (Bravo.)

Bei der Bewilligung neuer Kredite müssen wir von der Reichsleitung aber nachdrücklich fordern, daß die bisherigen Verwendung von Reichsmitteln bei Beschaffung von Kriegsmaterial endlich Einhalt geboten wird. Die

Ausplünderung des Reiches

durch Heereslieferanten ist dieser Tage hier gründlich besprochen worden. Die Schuld an diesem unerhörten Skandal liegt nicht nur bei den Militärbehörden, die Verantwortung dafür trägt in hohem Maße die Reichsleitung. Besonders wäre es längst Pflicht der Reichsfinanzverwaltung gewesen, hier mit eisernem Befehl dazwischen zu treten. An rechtsseitigen Beschlüssen und Maßnahmen hat es im Reichstag nicht gefehlt. Wir müssen vom Reichslanzler fordern, schnellstens eine ausreichende Ueberwachung der für den Heeresbedarf arbeitenden Betriebe zu schaffen und eine sorgfältigere Prüfung der Preise für alle Bedürfnisse des Heeres und der Marine durchzuführen. Ein unerträgliches Zustand ist die Handhabung des Belagerungszustandes. Die Uebergriffe auf diesem Gebiet sind hier und in Hauptausmaß vielfach besprochen, eine wesentliche Besserung ist jedoch nicht eingetreten. Vielfach handelt es sich bei den Einschränkungen der Pressefreiheit und bei Beschränkungen des Versammlungsrechts um offenbaren

Mißbrauch des Kriegszustandsgesetzes

in politischen Zwecken. Das Generalkommando in Breslau drangaliert unsere Partei und die Gewerkschaften mit einer wahren Wollust. Der einzige Erfolg dieser sinnlosen Katerie ist, daß gesunder Sinn und guter Wille der Arbeit

systematisch vernichtet werden. (Lebhaftes Beifall.) Die Beschwerden gegen das Generalkommando in Breslau dechäftigen seit Monaten den Reichstag und das Kriegsministerium, aber ohne jeglichen Erfolg. Es ist höchste Zeit, daß dem unerhörten Mißbrauch der Militärgerichtsbarkeit endlich durch gesetzliche Maßnahmen ein Riegel vorgeschoben wird. Unser Volk trägt mit unermüdlicher Ausdauer die Lasten des Krieges. Will man diesen gewaltigen Leistungen gerecht werden, dann muß unser Volk verschont bleiben von häßlichen politischen Schikanen. (Lebhaftes Zustimmung links.)

Die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges, die Ueberführung unserer Volkswirtschaft in die Friedenszeit, erfordern durchgreifende sozialpolitische Maßnahmen. Ich weise hin auf die dringliche Besserstellung der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen. Im November v. J. erklärte General Langermann, eine Novelle zu den Versorgungsgeboten sei im Kriegsministerium fertiggestellt. Ich bitte dringend, sie baldigst dem Reichstage vorzulegen. Auch die längst in Aussicht gestellten Entwürfe wegen Schaffung von Arbeitskammern und Aufhebung des § 153 der C.D. liegen immer noch nicht vor. Wir erwarten, daß sie beim Wiederauftreten des Reichstages vorgelegt werden. Unerschütterlich ist die rechtzeitige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung. Aber selbst mit der bestorganisierten Arbeitsvermittlung wird es nicht möglich sein, allen aus dem Felde heimkehrenden Arbeitern und Angestellten Erwerb zu sichern. Unsere heimkehrenden Krieger dürfen aber nicht dem Elend der Arbeitslosigkeit preisgegeben werden. Deshalb muß schon jetzt die reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung in Angriff genommen werden.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Wohnungsfrage. Das Reich muß grundlegende gesetzliche Maßnahmen ergreifen für die planmäßige Wohnungsbauherstellung nach dem Kriege. Die private Bauwirtschaft kann den großen Anforderungen nicht gerecht werden, Bundesstaaten und Gemeinden werden tatkräftig unterstützen müssen. Ohne erhebliche finanzielle Beihilfe des Reiches werden aber auch sie den großen Aufgaben nicht gerecht werden können.

Das sind eine Reihe wichtiger, durchaus berechtigter und praktisch sehr wohl möglicher Forderungen, deren baldige Durchführung dringend geboten ist. Wir stehen vor einem

neuen blutigen Zusammenstoß im Westen,

vielleicht dem furchtbarsten während des ganzen Krieges, den wir, wie ich nochmals betone, leider nicht verhindern konnten. Dennoch ist es unser größtes und unabweisbares Pflicht der Reichsregierung, sobald sich im Westen eine Verständigungsmöglichkeit zeigt, die den Lebensinteressen unseres Landes gerecht wird, alles zu tun, um der gesamtlichen Menschheit endlich den langsehnten allgemeinen Frieden zu geben. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Manche Ausführungen des Vorredners hätten mir Anlaß zu widersprechen. Aber die Bewilligung der Kriegskredite wäre in dieser Stunde unseres Grachtens von politischen Erörterungen freizuhalten. Deshalb werden wir auf Einzelheiten bei anderen Punkten der Tagesordnung eingehen, und jetzt lediglich der Vorlage zustimmen. (Beifall.)

Abg. Bernke (U. Soz.):

Die neue Kreditvorlage bringt die für den Krieg bewilligten Summen auf 124 Milliarden Mark, deren Verzinsung und Amortisation ungeheure Summen erfordern. Jede Verlängerung des Krieges führt zu unabsehbarer Vermehrung des Elends. Die Reichsregierung ist mit verantwortlich für die Verlängerung des Krieges. Sie hat den Friedenswillen des revolutionären Rußland dazu benutzt, Rußland Bedingungen aufzuerlegen, denen selbst die leidenschaftlichsten Kriegsgegner in Rußland sich nur unter Zwang und Protest beugen konnten. Mit der Bourgeoisie der besetzten Gebiete hat sie gemeinsame Sache gemacht, um den Volkswillen niederzuhalten und Annerbungen vorzubereiten. Die Politik der deutschen Regierung ist das

Gegenteil einer aufrichtigen Friedenspolitik

und macht daher jede Versöhnungspolitik unmöglich. Solange Deutschlands Politik in diesen Bahnen geführt wird, ist die Beendigung des Krieges nicht zu erhoffen. Wir reichen den Protestieren aller Länder die Hand, die bei sich gegen die Kriegshetze kämpfen, und wir versichern, daß wir auch hier in Deutschland nicht nachlassen werden, diesen Kampf weiterzuführen. Ohne dieses Handinhandarbeiten der Arbeiter aller Länder werden wir das Kriegsende nicht erreichen. Nur vom Gegenbruch der Völker gegen die Politik der Regierungen erwarten wir den Frieden. Von diesem Gedanken befeelt verweigern wir der Regierung die geforderten Kredite. (Beifall bei den U. Soz.) Mir ist es unfähig, daß die Mehrheitssozialisten sich noch immer nicht entschließen können, ihre Haltung zu ändern. Sagen Ihnen denn nicht die Bildung des slawischen Rats genug, den unsere Regierung ins Werk gesetzt hat und den man dort den „slawischen Verrat“ nennt? Belgische Parteigenossen von uns hat man als Spione zum Tode verurteilt! Wir fordern eine ungewöhnliche Erklärung der deutschen Regierung, daß sie die Wiederherstellung Belgiens, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung, als eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes anerkennt und daß sie Belgien nicht als ein Pfand betrachtet. Das wäre die klügste Politik und sie würde uns Hunderttausende von Menschenopfern und Milliarden von Kosten ersparen. (Sehr wahr! bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.) In den besetzten Gebieten fallen, wie in Warschau, Lodz, hunderte vor Hunger auf der Straße um. Gegen das Völkerverbrechen wird der Krieg mit giftigen Gasen geführt. Für all das wollen wir keine Verantwortung tragen. Wir lehnen vereint mit den Sozialisten aller Länder den militaristischen Frieden ab und fordern den wahren demokratischen Frieden, der uns wirklich die Abrüstung bringt. (Bravo! bei den U. Soz.)

Die Kredite werden hierauf in der Gesamtabstimmung gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten bewilligt.

Das Dienstgebäude für die Reichsschuldenverwaltung wird in zweiter und dritter Lesung bewilligt.

Das Gesetz über die Kriegsausfälle zu den Gerichts- und zu den Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsbeamten wird gleichfalls ohne Debatte mit einigen Änderungen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung der

Friedensverträge mit Rußland.

Hierzu liegt eine Resolution der Reichswehrpartei vor, worin erwartet wird, daß dem Selbstbestimmungsrecht von Polen, Litauen und Kurland Rechnung getragen wird, daß sofort Schritte getan werden, um den staatlichen Ausbau mit einheimischer Zivilverwaltung in die Wege zu leiten, daß die bisherigen Volksvertretungen auf eine breite Grundlage gestellt werden, daß die von den bisherigen Volksvertretungen mit dem deutschen Reich gewünschten Vereinbarungen tunlichst bald abgeschlossen werden.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Im Namen meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Das Ziel der sozialdemokratischen Politik ist, den Krieg noch erfolgreich zur Verteidigung des Landes durch einen wahrhaften Völkfrieden zu beenden, der — auf Verständigung gegründet — für die Zukunft die Anwendung kriegerischer Gewalt ausschließt.

Dieses Ziel ist mit dem vorliegenden Friedensvertrag nicht gefördert worden. Die Mittelmächte hatten versprochen, eine Verständigung mit Rußland über das Selbstbestimmungsrecht der Randvölker herbeizuführen. Im Widerspruch damit haben sie den Vorschlag Rußlands auf Polen, Litauen und Kurland von vornherein verweigert.

Diese im Offen betriebene Machtpolitik wird den Interessen des Deutschen Reiches, die eine dauernde Veruhigung der Verhältnisse und eine enge Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volke erfordern, nicht gerecht.

Wir müssen fordern, daß das wirkliche demokratische Selbstbestimmungsrecht Polens, Litauens und Kurlands gesichert wird, damit ein dauerndes Freundschaftsverhältnis Deutschlands mit ihnen sowie mit dem russischen Volke nicht unmöglich gemacht wird.

Wir können uns mit der Art des Zustandekommens des Vertrages, bei dem der Reichstag ausgeschlossen war, und mit wesentlichen Teilen seines Inhalts nicht einverstanden erklären.

Da aber durch diesen Vertrag der Kriegszustand im Offen tatsächlich beendet wird, wollen wir ihn auch nicht ablehnen. Aus diesen Erwägungen werden wir uns

der Abstimmung enthalten.

Dem Vertrag mit Finnland stimmen wir zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.):

Der Vertrag hat lebhaftest Kritik ausgelöst, die ihren Niederschlag in der eben gehörten Erklärung gefunden hat. Man sagt, es ist kein Verständigungsfrieden, aber es kommt für uns darauf an, daß auf andere Weise ein Friedensvertrag überhaupt nicht zu erreichen war. Deshalb stimmen wir dem Vertrage zu. Trotz hat in Breslau-Bismarck nicht einmal die Erklärung abgegeben wollen, daß die russische Regierung in Zukunft in Frieden und Freundschaft mit uns leben wolle. Die deutschen Vertreter haben sich mit wahrer Lameness gebildet (Sehr wahr!), die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen. Offenbar hat Trotz immer noch gehofft, daß es ihm gelingen werde, die ganze Welt in Revolution zu bringen. Schließlich haben nicht die Deutschen, sondern die Russen die Verhandlungen abgebrochen und haben so Deutschland geradezu gewonnen, den Kampf wieder aufzunehmen. Dann stellte es sich heraus, daß die russische Armee völlig zermürbt war. Es war klar, daß man die deutsche Regierung bei erneuten Friedensverhandlungen feste Bedingungen zur sofortigen Annahme oder Ablehnung aufstellen mußte. Friedensverhandlungen nach einem solchen schweren Kriege sind keine akademischen Diskussionsfragen, wo man über philosophische Begriffsbestimmungen redet. Daß der Friedensvertrag gut ist, beweist uns vor allem der Aufbruch Englands. (Sehr richtig!) Das ewige Anfechten der litauischen Abordnung und ihre Nichtkommen berührt peinlich. Mit den Polen haben die Verhandlungen ja einen günstigen Ausgang genommen. Aber auch in Preußen muß die unglückselige Gesehgebung aufhören, die von dem Reichstrauen gegen die Polen ausgeht. Die Ausnahmegebung ist Deutschlands nicht würdig. Erst rückblickend gewahren wir den Grund, vor dem wir gestanden haben. (Beifall.)

Wizenzler v. Payer:

Die Reichsleitung kann mit der Resolution des Ausschusses im wesentlichen eine Befräftigung ihrer Politik erbliden. Der Reichslanzler hat schon am 20. November hier ausgesprochen, was Polen, Litauen, Kurland anlangt, so achten wir ihr Selbstbestimmungsrecht und erwarten, daß sie sich selbst die staatliche Gestalt geben werden, die ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht. Er fügte damals hinzu, alle diese Dinge sind noch in der Schwebe. Inzwischen ist die Selbstständigkeit Kurlands anerkannt worden. Die Verhältnisse in Litauen sind soweit geklärt, daß eine Deputation des dortigen Landesrats mit den nötigen Vollmachten unterwegs ist und morgen hier eintreffen wird. (Lachen.) Es wird dann auch die Selbstständigkeit dieses Landes ohne Schwierigkeiten anerkannt werden können. Was Polen betrifft, so haben neuerdings breite angelegene Kreise dieses Landes begonnen, an dem Vorbereitungen für die künftige Gestaltung mitzuarbeiten. Die deutsche Reichsleitung wie die von Oesterreich-Ungarn begrüßen jede Tätigkeit, die sich in derselben Richtung bewegt wie die eigene, über die erst vor wenigen Tagen der Reichslanzler gesagt hat, daß sie unter Sicherstellung der eigenen Interessen auf dauernde noch beständig gute Beziehungen zu den neuentstandenen Staaten gerichtet ist. Auch die Reichsleitung meint, daß die Voraussetzung der staatlichen Entwicklung der drei genannten Länder sein muß, daß ihre künftige

Volksvertretung auf breiter Basis

ausgebaut sein muß. Nur dann kann sie die nötige Autorität haben. Auch das Verlangen nach Einführung einer einheimischen Zivilverwaltung erkennt die Reichsleitung als berechtigt an. Sie verkennet nicht die Schwierigkeiten der Durchführung dieses Gedankens, hält sie aber nicht für unüberwindlich, und ist bereit, mitzumachen, daß die erforderlichen Vereinbarungen zwischen den Beteiligten sobald als möglich zum Abschluß gebracht werden. Es wäre geradezu als eine Erlösung der sämtlichen Beteiligten anzusehen, wenn nach dem jahrelangen Ringen und der Unsicherheit endlich mit Brief und Siegel bekräftigt werden könnte, daß die hartgeprüften Völker wenigstens in diesem Teile der Welt sich der ungeteilten bürgerlichen Arbeit und der Ruhe des Friedens erfreuen können.

Abg. v. Gossler (L.): Wir können der Resolution David nicht zustimmen, denn sie trägt nicht den Interessen des Deutschen Reiches Rechnung, die vor allem Grenzstädte für uns sowohl wie für unsere Verbündeten verlangen. Zustimmung werden wir dagegen der Resolution der Nationalliberalen, daß den betroffenen Vertretungen von Litauen und Estland baldmöglichst Gelegenheit gegeben wird, über die künftige Gestaltung ihrer staatlichen Verhältnisse Beschluß zu fassen.

Abg. Haase (U. Soz.):

Unsere Empfindungen gegenüber diesen Friedensverträgen sind keine „gemischten“, sondern wir sind nur von dem einen Gefühl erfüllt, dem Gefühl der Schande (Große Unruhe), daß trotz aller Versicherungen unsern Völkern doch ein Schwerefriede

aufgezwungen ist. Herr Gröber hat heute wieder mit großem Aufwand von Reduktionsmitteln (Anrede) es so darzustellen versucht, als werde hier keine Annerkennung vorgenommen! Aber die Herren Scheidemann, Ebert und David pflegen noch am Grabe die Hoffnung auf (Große Heiterkeit. — Jurist: Niederbarnim!) Geben Sie und Weh- und Verfallungswelt, dann werden Sie erleben, wie das Volk in Wahrheit denkt. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Sie geben sich der Erwartung hin, daß sich Rußland ausfinden werde. Aber auf dem Moskauer Kongress hat man bereits die jetzige Zeit als Atempause bezeichnet, und hat hingewiesen auf den Tilsiter Frieden. Niemals ist die

Abneigung gegen Deutschland

so in die Falle geschossen wie jetzt. Auch die Resolution der Kommission enthält nicht ein Körnchen demokratisches Geistes. Werden doch darin die bisherigen Verträge mit den Randvölkern als Volkverträge anerkannt! (Hört, hört! bei den U. Soz.) Bedrückung der Gewerkschaften und Genossenschaften, Unterdrückung der sozialdemokratischen Arbeiter — das ist die Freiheit, die das Deutsche Reich den Randvölkern gebracht hat. Auch der Türkei werden weite Gebiete ohne Befragung der Bevölkerung ausgeliefert. Diese denken gar nicht daran, sich freiwillig an die Türkei anzuschließen. Aber alle Silberseile der Armenier sind hier wirkungslos verhallt. (Sehr wahr!) Auch der Friedensvertrag mit Finnland ist nur ein Scheinvertrag. Denn die tatsächliche Regierung ist dort in den Händen der Bolschewisten. Aber man mischt sich dort in die inneren Verhältnisse ein und stört gegen die Bolschewisten. Auch dort wird bei der großen Masse der Bevölkerung ein dauernder Haß dadurch erregt. Die sozialdemokratische Fraktion dürfte sich nicht der Zustimmung enthalten, sondern sie hätte gegen den Vertrag stimmen müssen. Die deutsche Regierung versucht mit Hilfe ihrer Bajonnette die revolutionäre Bewegung aufzuhalten. Das wird ihr nicht gelingen. Sie ist blind und wird Sturm ernten. (Weisfall bei den U. Soz.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Die Art, wie der Vortrager hier von den uns blutsverwandten Vätern gesprochen hat, die er für politisch vogelfrei zu halten scheint, wäre in seinem anderen Parlament der Welt möglich. (Lebh. Widerspruch bei den U. Soz. Lebhafter Weisfall bei den bürgerlichen Parteien.) Die U. Soz. sprechen immer von deutscher Gewalttätigkeit; von englischer Gewalttätigkeit haben sie offenbar nichts gehört. (Sehr gut!) Das beweist ihre Unfähigkeit, auch dem eigenen Lande gegenüber objektiv zu sein. In der Armenierfrage können wir nichts tun, als in unbeschwerlicher Weise auf die Türkei einzuwirken, und das ist geschehen. Der Resolution der Kommission stimmen wir zu und bitten, unseren Ergänzungsantrag anzunehmen.

Abg. Haas (Sp.):

Imperialistische Kreise in Rußland mögen diesen Vertrag als eine Art Tilsiter Vertrag empfinden. Warum muß sich aber gerade Abg. Haase zum Sprecher dieser russischen Imperialisten machen. Die Resolution der Mehrheit bringt zum Ausdruck, in welchem Geiste der Friedensvertrag ausgeführt werden soll. Der Protest des Abg. v. Goltz beweist, daß es sich hier nicht um einen Sieg der Annerkennung handelt. (Sehr gut!) Es wird alles darauf ankommen, in welchem Geiste dieser Vertrag ausgeführt werden wird. Niemand kann wissen, wie die russische Zukunft sich gestaltet. Wir wollen auf jeden Fall zu den Gebieten im Osten in Frieden und Freundschaft leben. Je selbständiger und freier die Randstaaten werden, desto freier bleiben auch wir. Der Kriegentschädigungsantrag ist rein agitatorisch. (Sehr richtig! links.) All die Fragen der Fürsorge für die Feldweihen, für die Witwen und Waisen, für die Wohnungsfürsorge, für die Kriegesbeschädigten haben mit der Kriegentschädigung nichts zu tun. Diese Aufgaben müssen als Ehrenschuld des Deutschen Reiches gelöst werden, auch wenn wir keinen Pfennig Kriegentschädigung bekommen. Es haben genug Leute in diesem Kriege starzt und viel verdient, man lasse sie das bezahlen. (Sehr gut!)

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.) tritt für die Kriegentschädigungsresolution ein und stimmt den Verträgen zu.

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Resolution, die das Reich haßbar machen will für ausfallende Forderungen Deutscher an russische Staatsangehörige, können wir nicht zustimmen. Dagegen begrüßen wir es, daß Streitigkeiten aus solchen Verträgen durch schiedsgerichtliches Verfahren erledigt werden sollen und daß in alle künftigen Verträge von vornherein solche Schiedsgerichtsklauseln aufgenommen werden soll. Ebenso notwendig ist, daß in die Friedensverträge

Vereinbarungen über Arbeiterschutz, Sozialpolitik usw.

aufgenommen werden. Gegenüber dem Antrag, der bei künftigen Friedensverträgen Kriegentschädigungen verlangt, schließen wir uns den Ausführungen des Abg. Dr. Haas an. Für die Kriegsbeschädigten zu sorgen ist Ehrenpflicht des Reiches. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Antrag Stresemann ist keine Ergänzung der Resolution der Mehrheit, sondern steht im Gegensatz zu ihr. Estland und Livland sind noch russisches Gebiet. In der Regelung dieser Verhältnisse gehört eine neue Vereinbarung mit Rußland. Selbstverständlich ist, daß alle noch in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen ehemals russischer Gebiete, also auch die Polen und Litauer usw. jeht in Freiheit gesetzt werden müssen. Nun zu den Angriffen des Abg. Haase. Wir haben auch scharfe Kritik geübt an der Art, wie der Vertrag zustande gekommen ist. Aber wir können den Vertrag nicht ablehnen, weil das bedeuten würde, daß wir die militärische Leistung auffordern, die Waffen wieder anzunehmen. Der Frieden mit der Ukraine war sicher ein Frieden ohne Kontributionen und Annexionen, es war ein Frieden mit einer sozialdemokratischen Regierung, den diese Regierung mit Freuden eingegangen ist. Aber die Herren Haase und Genossen haben auch diesen Frieden abgelehnt. (Hört, hört!) Nach dem

Ausfall der Wahl in Niederbarnim

gehörte wirklich ein bewundernswürdiger Mut des Herrn Haase dazu, und vorzubringen, unsere Politik sei zusammengebrochen. Wie oft haben wir von den Unabhängigen gehört: Ja, hier im Hause sind wir nur wenige, aber draußen im Lande steht die große Masse der sozialdemokratischen Wähler von 1912 hinter uns. Wollen Sie auch das noch jetzt behaupten? Niederbarnim war Ihr sicherster Turm, ein Bollwerk, der schon durch seine Zusammenlegung von vornherein eine Hochburg der Sozialdemokratie ist. In einem solchen Wahlkreis bricht vor dem Volkstum Ihre Politik jämmerlich zusammen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Welchen Kreis haben Sie noch im ganzen Reich, wo Sie hoffen können, besser abzuschneiden! In Niederbarnim stand gerade die Frage des russischen Friedensvertrages mit zur Entscheidung. Der Ausfall der Wahl hat gezeigt, daß die Masse will, daß solange unser Land in Gefahr ist, wir auch die Mittel bewilligen, um die Verteidigung des Landes durchzuführen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wären wir der Politik des Abg. Haase gefolgt, die dieser schon am 4. August 1914 empfahl, so hätte der Krieg wahrscheinlich einen anderen Verlauf genommen. Das innerlich uneinige Volk wäre wahrscheinlich nicht in die Hände gewesen, dem Ansturm der Uebermacht von Ost und West standzuhalten. Der russische Jar wäre an der Spitze seiner Kosaken in Berlin eingezogen. Was das für die demokratische Entwicklung Deutschlands und Europas bedeutet hätte, ist klar. Es hätte auch keine russische Revolution und Demokratie gegeben. Die Folgen der Politik des Abg. Haase wären also die Aufrechterhaltung der zarischen Despotie gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir hätten hier Friedensverträge bekommen, in denen Deutschland die Rolle zu spielen gehabt hätte, die jetzt Rußland übernehmen muß. So wenig uns der russische Vertrag gefällt, freuen wir uns doch, daß ein solcher Vertrag nicht Deutschland aufgezwungen worden ist.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das wäre die Folge der Politik des Abg. Haase gewesen und darüber haben die Wähler in Niederbarnim deutlich abgestimmt. Geben Sie (zu den U. Soz.) diesen Weg weiter, so wird bei den nächsten Wahlen das Volk ein gewaltiges Volksgericht über Ihre Politik abhalten. Wir geben einem solchen Votum mit Vertrauen entgegen. Wir wissen, daß wir das Vertrauen des Volkes haben, denn die Politik der alten Sozialdemokratie ist die einzige, die bestehen kann vor den Interessen der deutschen Arbeiterschaft und den Interessen des deutschen Volkes! (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Haase (U. Soz.):

Wenn die Konservativen und wir zusammen gegen die Resolution des Ausschusses stimmen, so sind ganz verschiedenen Gründen; jene, weil sie gegen jeden Verständigungsfrieden sind, weil wir in der Resolution einen Schritt zum Verständigungsfrieden nicht erblicken können. (Sehr richtig! bei den U. Soz.) Bei der Wahl von Niederbarnim haben wir keine Tageszeitung zur Verfügung gehabt, denn den „Vorwärts“ hat man uns genommen. — Dieser Friede ist ein Bruch gegen alle Versicherungen und Bepfändungen, Schall und Rauch war die sogenannte Friedensresolution des Reichstages, bestimmt, die Massen zu verwirren und zu betören und Dr. David will zur Betörung der Massen von neuem Rauch aufziehen lassen. Aber die Massen werden ihm die Antwort geben. (Schallende Heiterkeit und Jurist: Niederbarnim!) Die Massen werden schließlich doch zu den alten sozialdemokratischen Grundrissen zurückkehren.

Abg. Schridemann (Soz.):

Es ist eine eigenartige Methode des Abg. Haase, nachdem er den ganzen Reichstag provoziert und Antwort erhalten hat, fortbauend von seinen Angreifern zu sprechen. Ich will feststellen, daß die Art und Weise, selbst die bedeutendsten politischen

Zum Umzugstermin!

Dankt die Zustellung des „Vorwärts“ keine Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Abonnenten, die am 1. April ihre Wohnung wechseln, ihrem Speditent oder der Hauptexpedition, Lindenstraße 3, jetzt schon die neue Wohnung mitzuteilen. Vorwärts-Verlag S. m. b. H.

Debatten in eine Rabelgerei ausgehen zu lassen (Lebhafter Bravo! und Zustimmung im ganzen Hause bis auf die U. Soz.), meiner gesamten Fraktion gegenüber ist. Gestatten Sie mir den einen Satz: Nachdem was wir gestern und heute gesehen haben, wissen wir, daß draußen Hunderttausende bluten und in diesem Augenblick macht man den Reichstag zu einem unabhängigen Zahlabend. (Lebhafter Zustimmung im ganzen Hause, Schlußruf!)

Abg. Graf Westarp (L.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Haas.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Auseinandersetzungen über die Wahl in Niederbarnim ist provoziert worden durch Juruse der Sozialdemokraten während der ersten Rede des Abg. Haase. Es ist also ein plumper demagogischer Trick, wenn Abg. Schridemann jetzt in dem Zusammenhang von den blutigen Kämpfen im Westen spricht. (Anrede.)

Bei der Besprechung der einzelnen Paragraphen entspinnt sich eine längere Debatte über die staatsrechtliche Stellung Estlands und Livlands. Schließlich erklärt Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes v. d. Busche, daß diese Gebiete noch der staatlichen Oberhoheit Rußlands unterliegen.

Damit schließt die Debatte über den Artikel 1 des Vertrages. Angenommen wird die Resolution der Mehrheitspartei, die anderen Anträge werden an den Ausschuss zurückerwiesen. Im übrigen werden die Verträge in zweiter und hierauf in dritter Lesung angenommen; ebenso in der Gesamtabstimmung gegen die Stimmen der U. Soz.; die Sozialdemokraten enthalten sich der Abstimmung.

Das Haus verläßt sich. — Vizepräsident Dr. Baasche gibt in einer kurzen Schlussansprache vor den Ferien der Hofnung Ausdruck, daß die gegenwärtigen Kämpfe zu einem siegreichen Ende und allgemeinen Frieden führen werden. (Weisfall.) Nächste Sitzung: Dienstag, den 16. April, 3 Uhr. (Anfrage, Daimler-Angelegenheit, Postetat.)

9951 Tote, 103184 Schwerverwundete.

Das ist kurz zusammengefaßt der Streckenrapport vom Schlachtfelde der Arbeit für das Jahr 1916. Nach der vom Reichsversicherungsamt jetzt veröffentlichten Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Träger der Unfallversicherung für das Jahr 1916 hat die Zahl der Unfälle sowohl absolut als auch relativ eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren.

Ueber die Zahl der Versicherten lassen sich bestimmte Angaben nicht machen, weil in den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften mit der Zahl von 17408000 versicherten Personen, die durch Schätzung auf Grund der Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik vom Jahre 1907 gewonnen wurde, seitdem unbedeutend weiter gerechnet wird. Die 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften bringen genau Nachweisungen über die Zahl der beschäftigten Personen und der Vollarbeiter (zu 300 Arbeitstagen). Hiernach hat sich die Zahl der versicherten Personen von 7547338 im Jahre 1915 auf 7442518 im Jahre 1916 vermindert, dagegen ist die Zahl der Vollarbeiter von 6892104 auf 6702518 gesunken. Diese Zunahme läßt darauf schließen, daß bei verminderter Arbeiterzahl mit größerer Intensität gearbeitet wurde. Zu diesen Trägern der Unfallversicherung kommen noch die Ausführungsbehörden mit 1231052 (1915 = 1194243) versicherten Personen (978000) Vollarbeitern.

Bei allen Trägern der Unfallversicherung zusammen wurden im Jahre 1916 erstmalig entschädigt 103184 Unfälle gegen 96227 im Jahre 1915. Von den Verletzten wurden 9951 (1915 8969) getötet und 881 (614) wurden als dauernd völlig erwerbsunfähig befunden. Entschädigt werden bekanntlich nur die Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge hatten, das ist nur ein kleiner Teil der gemeldeten. Insgesamt wurden im Jahre 1916 606056 Unfälle gemeldet gegen 591604 im Jahre 1915.

Auf 1000 Vollarbeiter bezogen, betrug bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften die Zahl der gemeldeten Unfälle 65,57 (1915 63,96), der entschädigten Unfälle 8,29 (7,49), der Getöteten 0,66 (0,65).

Sehr stark ist die Zunahme der verletzten Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter. In welchem Maße sich die Zahl der Beschädigten dieser Kategorien vermehrt hat, ist aus den Berichten der Berufsgenossenschaften nicht ersichtlich, weil wohl die Verletzten, nicht aber die Beschäftigten nach Alter und Geschlecht geteilt werden. Die nachstehende Zusammenstellung läßt die während des Krieges eingetretene Verschiebung deutlich erkennen.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 68 gewerblichen Berufsgenossenschaften

Jahr	Erwachsene		Jugendliche unter 16 Jahren	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1913	60150	2749	2550	301
1914	61315	2727	2265	273
1915	44127	3098	2693	281
1916	45717	8930	3512	379

Wenn man in Betracht zieht, daß diese Zahlen sich nur auf die entschädigten Unfälle, also nur auf die schwereren Verletzungen beziehen, dann wirkt die im Jahre 1916 eingetretene Steigerung wahrhaft erschreckend. Die Zahl der verletzten Männer ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, weit stärker ist aber die Steigerung der Zahl der verletzten Frauen und Kinder. Bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften ist die Zahl der verletzten Frauen und Kinder absolut weit größer, doch ist während des Krieges eine solche Steigerung wie bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften nicht eingetreten.

Zahl, Alter und Geschlecht der Verletzten bei den 49 landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften

Jahr	Erwachsene		Jugendliche unter 16 Jahren	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1913	88899	17125	1742	545
1914	84345	15346	1608	557
1915	36857	12735	1492	517
1916	24980	14324	1893	573

Die Ursachen für die Steigerung der Unfallhäufigkeit liegen auf der Hand. Nicht nur daß Frauen und jugendliche Arbeiter in weit stärkerem Maße zur Erwerbstätigkeit herangezogen werden, sie werden auch bei recht gefährlichen Verrichtungen verwendet. Für die Steigerung der Unfallhäufigkeit kommt auch die oft weit ausgedehnte Arbeitszeit wesentlich in Betracht. Alle Bemühungen auf unbeschränkte Wiedereinführung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für weibliche und jugendliche Arbeiter waren bisher erfolglos. Die wiederholten Rundreisen des Reichsanwalters an die Bundesregierungen, die diesen Gegenstand betreffen, können im allseitigen Interesse eine unzureichende Besserung der Zustände herbeiführen. Ein wunder Punkt ist auch die Vernachlässigung der Betriebe. Die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten zeigt nach den Nachweisungen nur einen unbedeutenden Rückgang, das kommt aber daher, daß die durch Heeresdienst ihrem Wirkungsbereich entzogenen Beamten mitgezählt werden. Tatsächlich läßt die Revision der Betriebe alles zu wünschen übrig.

Die Berichte der Berufsgenossenschaften weisen auf die erschreckende Zunahme der Unfälle besonders der weiblichen und jugendlichen Arbeiter hin. Sie sind ein weiteres Argument für unsere Forderung auf Ausbau des Arbeiterschutzes und Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Die Steigerung der Unfallhäufigkeit ist eine schwere Anklage gegen die Organe, denen die Überwachung des Unfallrechtes obliegt. Hoffentlich führt sich auch die Reichsregierung endlich veranlaßt, diesen Dingen das notwendige Interesse entgegenzubringen.

Groß-Berlin

Die Daimler-Gesellschaft in Mariensfelde unter militärische Aufsicht gestellt.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat folgende Bekanntmachung erlassen: Im Hinblick darauf, daß die Daimler Motoren-Gesellschaft Zweigniederlassung in Berlin-Mariensfelde mit der Daimler Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim (Württemberg) wirtschaftlich und finanziell eng zusammenhängt und daß die Befugnisse der vom Stellvertretenden Generalkommando XIII (R. B.) Armeekorps über die Daimler Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim angeordnete militärische Aufsicht nicht über den Befehlshaber des XIII. Armeekorps hinausgehen, wird hiermit auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand die Daimler Motoren-Gesellschaft, Zweigniederlassung in Berlin-Mariensfelde, ebenfalls unter militärische Aufsicht gestellt.

Der Betrieb der Daimler Motoren-Gesellschaft in Berlin-Mariensfelde ist unverändert fortzuführen; jedoch haben die Organe und die Angestellten der Firma den Anordnungen der militärischen Aufsicht, soweit solche in Beziehung auf die Produktion und die Offenlegung der kaufmännischen und technischen Vorgänge für erforderlich erachtet werden, Folge zu leisten.

Um die Sonntagsruhe.

Nicht nur Handelsangestellte, sondern selbst Geschäftsinhaber verlangen immer dringender nach mehr Sonntagsruhe in Handelsgewerbe. In dieser Frage hat Berlin wieder mal nicht die Führung haben wollen, sondern Neudölln den Vortritt überlassen. Erst vor kurzem hat der Berliner Magistrat den Stadtverordneten einen Antrag vorgelegt, die Sonntagsruhe zu erweitern und das Erbschaftstatut entsprechend abzuändern, worüber demnächst beschlossen werden soll. Das Ergebnis seiner Vorbesprechungen mit den Gemeindeverordnungen von Kochbarnim ist, daß er für die offenen Verkaufsstellen, jedoch mit Ausnahme derjenigen des Nahrungsmittel-, des Gemüsemittel-, des Blumen- und des Zeitungshandels, endlich die volle Sonntagsruhe einführen will. Zunächst soll aber diese Erweiterung der Sonntagsruhe nur für die Dauer des Krieges gelten, weil — wie der Magistrat in der Begründung seines Antrages sagt — die Anforderungen des Wiederaufbaues der Friedenswirtschaft noch nicht zu übersehen seien. Auch glaubt er, abwarten zu sollen, wie weit die in Aussicht stehende reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe ordnungsgemäße Bestimmungen nach Raum lassen werde. Nach Zustimmung der Stadtverordneten will er nochmals mit den Kochbarnimern verhandeln, um vor Inkrafttreten des abzuändernden Erbschaftstatuts die für Groß-Berlin einseitige Durchführung der Sonntagsruhe zu sichern. Demgegenüber weist jetzt eine Eingabe des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen den Magistrat und die Stadtverordneten darauf hin, daß die für Berlin gedachte Regelung sich sehr zu ihrem Nachteil von der in Neudölln eingeführten unterscheiden würde. Der Verband hatte sich im vorigen Jahr an die Gemeindeverordnungen Groß-Berlins gewandt und dargelegt, daß eine Umwidmung der Sonntagsruhe nötig ist. Nach den Neudöllner Vorbildern ersuchte er den Berliner Magistrat, sich Neudölln zum Nachzuziehen. Zu dem nun vom Magistrat vorgelegten Entwurf des neuen Erbschaftstatuts für Berlin hat der Verband noch folgende Forderungen aufgestellt: Ausschaltung der vollen Sonntagsruhe auch auf Großhandel, Fabrik, Bank-, Agentur- und Expeditionsgeschäfte; Einschränkung der Verkaufszeit für die am Sonntag

offen liegenden Verkaufsstellen des Handels mit Lebensmitteln usw. auf die Vormittagsstunden von 8 bis 10 Uhr; seine Festlegung der Pflicht, das neue Gesetz nach dem Kriege wieder aufzuheben. Der Verband betont, daß in den Vorbereitungen zwischen den Gemeindevorständen und der Vertreter von Charlottenburg, Schöneberg, Lichtenberg und Wilmerdorf ihre grundsätzliche Genehmigung zur Einführung der Sonntagsruhe in dem von Reichsämtern beschlossenen Umfang erklärt haben. Er bedauert, daß Berlin die Gleichmäßigkeit der Verordnungen über die Sonntagsruhe verhindern will.

Der Bürgerausschuß Groß-Berlin

hat sich nunmehr mit der Einsetzung seiner Sachausschüsse den Apparat zur Durchführung seines Programms geschaffen. Ein bereits bestehende Sachausschuß arbeiten jetzt an der Herstellung eines Vorschlags zur Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung. Der erste und wichtigste Sachausschuß ist der zur „Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung“. Seine Aufgabe ist, auf Grund der Beratungsergebnisse aller übrigen Sachausschüsse einen Vorschlag für die Neuordnung der Groß-Berliner Gemeindeverfassung auszuarbeiten. Vorsitzender dieses ersten, insgesamt 12 Mitglieder starken Sachausschusses ist Oberbürgermeister Dominicus.

Ein zufriedener Volksspeisungsgast.

Recht's auch, ihr Unzufriedenen! Ihr dürft das Offen der Berliner Volksspeisung nicht mehr tadeln! Ihr wollt behaupten, daß es nicht besonders schmeckt und nicht viel wert ist? Gegen solche Verunglimpfung der Volksspeisungsgenüsse hat in der letzten Stadtordnungsung der Bau- und Sanitätskommission sehr entschieden Einspruch erhoben. Er selber hat wohl noch nicht versucht, sich aus der Volksspeisung zu befreien. Wenigstens sagte er davon nichts, und er hat es auch gar nicht nötig. Kostgänger der Volksspeisung zu sein. Doch das hinderte ihn nicht, sich zu ihrem Verleumdung aufzugeben. Ihm sekundierte dann einer, der von sich behaupten konnte, sie jogat am eigenen Saumen und Wagen lernen gelernt zu haben. Der Stadtorordnete Rechtsanwalt Koppach war's. Der versicherte, er esse bei der Berliner Volksspeisung schon seit ihrem Bestehen bis auf den heutigen Tag mit. Man erfährt allerdings nicht, ob er Tag für Tag zu Mittag weiter nichts als seine Portion aus der Volksspeisung zu sich nimmt. Und wie ist es ihm bekommen? Er konnte die Speisen als nahrhaft und schmackhaft empfehlen, sagte er. Nun wißt ihr's genau, ihr Unzufriedenen! Nehmt auch ein Beispiel an diesem Inneren und schluß, was man auch vorsetzt!

Zum Ruhm des Karnickels.

Die Bemühungen, in Deutschland dem Kaninchenfleisch die gebührende Anerkennung zu verschaffen und die Kaninchenzucht zu fördern, werden um Jahresende zurück. Sie hatten lange keinen rechten Erfolg, bis der Krieg kam und auch auf diesem Gebiet diesen zum „Anker“ wurde. So mancher ähelt sich mit Freunden alle Tage Karnickel, wenn er's nur hätte. In diesem Punkt ist heute wohl kaum noch die verbundene Beeinträchtigung nötig, die der „Gemeinnützige Verein zur Förderung der Kaninchenzucht“ sich von einem Kaninchenfilm verspricht. Er will allerdings nicht nur das von Kennern längst geschätzte Kaninchenfleisch empfehlen, sondern auch über die sonstige Bedeutung der Kaninchenzucht und über ihren Nutzen für die Volkswirtschaft aufklären. Veranschaulichen will er, welche ansehnlichen Werte aus Fleisch, Fell, Leder und Wolle des Kaninchen herauszuholen sind. Schlußwort: „Die Kaninchenzucht ist der Titel dieses vom Bild- und Filmmittel hergestellten Werbefilms, den wir in einer Sonderausführung der Kammerlichtspiele haben. Er bietet hübsche Bilder aus der Kaninchenzucht, die dem Freund des drohenden „Kudenschens“ Vergnügen machen und dem noch unerfahrenen Zuchtanfänger manchen dankenswerten Fingerzeig geben. Der Film belehrt aber vor allem auch über die Kaninchenzucht, gewährt Einblicke in die Zellzuchtstadien und in ihre Arbeitsweise und zeigt schließlich die Benutzung des Kaninchenfells zur Herstellung der Braun- und zur Ausnutzung des Goldes. Geplant wird, den Kaninchenfilm durch die Kriegsflugschiffahrt, aus deren Betrieb der Film geschaffte einige Bilder bringt.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Kartoffelration bleibt die gleiche wie in der vergangenen Woche. Die 6 Pfund Kartoffeln können jedoch schon von heute Sonnabend, den 2. März ab in den Kleinhandelsgeschäften entnommen werden.

Die Dienststunden der Protokollmissionen sind während des Osterfestes folgendermaßen geregelt: Karfreitag von 9—10 Uhr vormittags. 1. Feiertag: Geschlossen. 2. Feiertag: Die üblichen Sonntags-Dienststunden.

Die öffentliche Bewirtschaftung der Obsterte 1918

darf, was die Hauptsorten des Massenverbrauchs anlangt, als sicher angenommen werden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat ihre Vorbereitungen in dieser Richtung in die Wege geleitet. Dazu gehört auch die Bestimmung, welcher Gruppe eine bestimmte Obstsorte zugewiesen ist. In einem Rundschreiben an die Landesstellen weist nun die Reichsstelle darauf hin, daß sich im vorjährigen Jahre auf dem städtischen Großmarkt für Gemüse und Obst in Leipzig eine Einrichtung außerordentlich bewährt habe, durch die das Obst sofort beim Eintreffen auf dem Marke durch einen Sachverständigen der Landwirtschaftskammer in die von der Reichsstelle vorgeschriebenen Gruppen eingeteilt wurde. Dies Verfahren hat auf den freien Handel die erwartete Wirkung gehabt und auch zur Zufriedenheit der Verbraucher gearbeitet. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst empfiehlt jetzt dies Verfahren für die diesjährige Obstbewirtschaftung zur allgemeinen Anwendung. Die Reichsstelle wird, wie sie mittelst, in diesem Jahre mit Nachdruck auf die geeignete Überwachung des Marktergebnisses hinwirken. Die Landesstellen sollen sich schon jetzt mit den Gemeindeverbänden und Großmärkten in Verbindung setzen, damit bei dem Beginn der Obsterte die erforderlichen Einrichtungen zur Gruppeneinteilung des Obstes schon geschaffen sind.

Lebensmittellisten stellen einen Vermögenswert dar

diesen Grund hat das Kammergericht in einem Urteil aufgestellt, durch das die Revision einer wegen unrechtmäßigen Bezuges von Lebensmittellisten verurteilten Frau zurückgewiesen wurde. Die Angeklagte habe, wie es in der Begründung heißt, die Abkehr gehabt, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen. Die Lebensmittellisten stellen einen Vermögenswert dar; denn mit ihrem Besitz ist die Anwartschaft auf rationierte Waren verknüpft. Der Karteninhaber hat die Möglichkeit, sich auf die Karten Waren zu verschaffen, deren Gebrauchswert den jeweiligen Höchstpreis übersteigt, weil rationierte Waren auch bei Zahlung des Höchstpreises ohne Karten nicht zu haben sind. Wer sich ihm nicht habende Lebensmittellisten verschafft, um sich selbst darauf Waren zu verschaffen oder anderen die Möglichkeit zur Verschaffung rationierter Waren zu geben, handelt danach in der Absicht, den Wert zu erlangen, um den der Gebrauchswert der Waren den Höchstpreis übersteigt, für sich oder andere zu erlangen, erstrebt also einen Vermögensvorteil. Daß dieser Vermögensvorteil ein bewußt rechtswidriger ist, bedarf keiner Ausführung.

Verlängerte Polizeistunde an den Oster- und Pfingstfeiertagen. Der Regierungspräsident in Potsdam hat allen Gasse-, Spiel- und Schankwirtschaften und Cafés, für die die Schlußstunde auf 10 Uhr festgelegt ist, gestattet, an den Osterfeiertagen, am Himmelfahrtstag und an den Pfingstfeiertagen ihren Betrieb bis 11 Uhr offen zu halten.

Zum Aprilanfang macht das Polizeipräsidium bekannt: 1. Kleine, aus höchstens 2 Wohnzimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen

sind bis zum 6. April abends, 2. mittlere, aus 3—4 Wohnzimmern nebst Zubehör bestehende Wohnungen bis 13. April abends, 3. größere aus mehr als 4 Wohnzimmern bestehende Wohnungen bis zum 20. April, abends, zu räumen. Die Inhaber der aus 1, 2 oder 3 Wohnzimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen müssen jedoch ein Wohnzimmer und die Mieter größerer Wohnungen zwei Wohnzimmer schon am Dienstag, den 2. April, vollständig geräumt dem künftigen Wohnungsinhaber auf dessen Wunsch zur Verfügung stellen.

Der Volkshund für Freiheit und Vaterland weiß nochmals auf den am Sonntag den 24., mittags 12 Uhr, im Parktheater des „Rheingold“ stattfindenden Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Reich hin. Karten an den Theaterläden von A. Borchheim, in der Hauptgeschäftsstelle des Volkshundes, Berlin W. 62, Kleiststr. 36 (Fernspr. Lühov, 5072), und, soweit noch verfügbar, am Sonntag am Saaleingang.

Neue Markenhefte. Eine neue Art von Briefmarkenheften hat die Reichspost ausgegeben. Sie enthalten vier verschiedene Arten von Freiemarken, je 5 Stück zu 5 und zu 10 Pf., sowie je 10 Stück zu 7½ und zu 15 Pf. Der Gesamtwert der 30 Marken ergibt so wiederum 3 M.

Die oberbayerische Truppe „Die Tegernsee“ gibt am Sonntag, den 24., und Montag, den 25., zwei Gaispiele im Schrebervereinshaus.

Schließung des Delikatessengeschäftes von Brona. Die Kaufleute Emanuel und Franz Brona, Inhaber der Firma Gebrüder Brona, Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 9, sind vom Kriegswucheramt des Scheichthandels und der Ueberschreitung der Höchstpreise überführt worden. Weiden wurde der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs unterbrochen; sie haben innerhalb 14 Tagen das Geschäft zu schließen. Als Schleichhändler, von denen Gebrüder Brona ihre Waren bezogen, wurden ermittelt: der Händler R. Konrad, Helena Stieneh, Maria Stieneh und Frau B. Szulzewski aus Lodau in Westpreußen. Die Genannten werden sich vor dem Strafgericht zu verantworten haben.

Ueberfall im Gerichtsgebäude. Eine schwere Ausschreitung lief sich der Filmhändler Hedinger im Gebäude des Kaufmannsgerichts in der Zimmerstraße zu schaffen. Er nahm einen Termin in einem Prozesse wahr, den seine Buchhalterin Dora D. gegen ihn angestrengt hatte. Das junge Mädchen hatte in der Stellung ganz ohne eigenes Verschulden unter der Eifersucht der Ehefrau des Ehepaars zu leiden, dieser bildete sich aber ein, die Buchhalterin sei an dem häuslichen Unfrieden schuld und entließ sie. Das Kaufmannsgericht sah in diesem die Entlassung als unverschämte an und verurteilte D. zur Zahlung von 200 M. Gehalt. Gleich nach Urteilsverkündung verließ die Klägerin in einem Weinstumpf, der sich erst nach einer Viertelstunde legte. Der Verurteilte hatte aber die ganze Zeit im Flur hinter einem Pfeiler der Buchhalterin aufgelauscht, und als diese, von einer Freundin geführt, dem Ausgang zuschritt, überfiel er die Abwesende und mißhandelte sie schwer. Als dann ein Schutzmann auf der Wilsdrücker erschien, war H. bereits geflohen, während die Ueberfallene einen Nervenschock erlitt und sofort in ein Sanatorium übergeführt werden mußte.

Eine furchtbare Tat beging gestern morgen, wahrscheinlich in einem Anfall von Geisteskrankheit, der Wälder Paul W. in der Bergstraße 58 zu Neukölln. Der Mann war als Militärbäcker zum Seezessdienst eingezogen und in Danzig beschäftigt. Er wurde dann bis zur Entlassung deurlaubt. Gestern morgen ging er mit seinem beiden Kindern, einem 14jährigen Sohn und einer 13jährigen Tochter, die Treppe hinauf bis zum fünften Stock und warf hier beide aus dem Bodenfenster auf den Hof hinab. Dann sprang er selbst nach. Alle drei blieben auf der Stelle tot liegen.

Aus dem Ränderlande Groß-Berlin. Man schreibt uns: Die verlassenen Kleiderkammerfächer der letzten Zeit erfüllen die in der Nähe des Grünwaldes, der Rudersee umwohnenden Mütter mit einiger Sorge. Wie sollen sie ihre Kinder im kommenden Frühjahr und Sommer an diese Stätten der Erholung bringen, wenn sie fürchten müssen, Heiderlos zurückzukehren zu müssen? Man sollte sich zuständigen Orts die Frage vorlegen, wie die Waldspaziergänge der Familien zu sichern wären. Da Groß-Berlin trotz dem Delagierungsgrund ein Ränderland geworden ist, wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als die Ausflüge zukünftig karawannenweise nach Art der Geleitzüge unter militärischer Bedeckung zu organisieren.

Der Schöneberger Raubmord aufgefklärt.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubmord an der Hausbesitzerin Franziska Friedensthal in der Münchener Straße aufzuklären und die Täter hinter Schloß und Riegel und zu einem Geständnis zu bringen. Es sind dies das 24 Jahre alte Dienstmädchen Klara Maschowski und ihre Freundin, eine 17 Jahre alte Agnes Ullmer. Klara Maschowski war bei Frau Friedensthal im Dienst und hatte zu ihr noch immer Beziehungen. Bei der Klage Maschowski mochte ihre Freundin Ullmer, ein einwöchiger Pflanzergelinge, die schon wegen Einbruchs bestraft ist. Beide Mädchen gaben nach ihrer Verhaftung zu, an Frau Friedensthal einen Raubmord begangen zu haben, den sie mit einem Hammer ausführten. Nach dem Geständnis sucht eine die andere als die Haupttäterin darzustellen.

Lichtenberg. Wahlen zum Zweidverband. Magistrat und Stadtvorstand veranlassen nunmehr am Donnerstag Stellung zur Neuwahl der ausstehenden Vertreter und Erghmänner des Zweidverbandes. Nach dem Ergebnis der Personenstandsaufnahme stellt Lichtenberg nunmehr fünf Vertreter statt der bisherigen vier. Es sind demnach drei Vertreter und drei Erghmänner zu wählen. Die Körperschaften einigten sich dahin, daß die Wahl für unseren ausstehenden Genossen John ausgesetzt wird, um eine zweckmäßige Verchiebung der Mandate zu ermöglichen, wonach der Magistrat sowohl als auch die Rechte und die Linke Vertreter und Erghmänner aus ihrer Mitte wählen. Als Verbandvertreter werden vorgeschlagen und gewählt: Oberbürgermeister Jochen, Justizrat Schachtel und Stadtvorstandsvorleser Danneberg mit 56, 55 und 54 Stimmen. Als Erghmänner erhielten Stadtvorstandsvorleser Hirsch 48 Stimmen, Genosse Wilm 52 Stimmen und Professor Wige 7 Stimmen. Letzterer hatte im Namen seiner Fraktion Anspruch auf Stellung eines Erghmannes erhoben, was von den Bürgerlichen abgelehnt wurde.

Kreis Niederbarnim. Der Haushaltsplan für 1918. Auch der Niederbarnimer Kreistag tritt zu seiner diesjährigen Haushaltsaufstellung am Mittwoch, den 27. d. M., zusammen. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Ausübung des Vorschlagsrechtes für die Verlegung des durch die Verlegung des Gemeinrats Dr. Wulch als Unterstaatssekretär ins Finanzministerium erledigten Landratsamtes, das gegenwärtig durch den Landrat v. Bredow kommissarisch verwaltet wird, und die Feststellung des Kreishaushaltsplans sowie des Verwaltungsplanes für die Kreisverwaltung. Der Vorschlag der Niederbarnimer Kreisverwaltung schlägt in Einnahmemit 5 180 544 M. ab, was gegen 1917 ein Mehr von 1,3 Millionen bedeutet. Die dadurch entstehende Mehrausgabe von 9000 M. ist aus den Verläufen früherer Jahre gedeckt. Infolge der Kriegsteuerung sind die Ausgaben der Kreisverwaltung vielfach gestiegen; dazu kommt die Erhöhung der Provinzialsteuer um 4 Proz., so daß sich auch die Niederbarnimer Kreisverwaltung zu einer Erhöhung der Kreissteuer um 4 Proz., von 34 auf 38 Proz., hat entschließen müssen. Die direkten Kreissteuern sollen 3 097 767 M. oder 1 182 283 M. mehr als im Vorjahre bringen. Hieron gehen an die Provinz 1 780 765 M., während für allgemeine Kreisbedürfnisse 1 917 022 M. verwendet werden sollen. Insgesamt ist an Kreissteuern ein Ertrag von 3 977 787 M. in den Vorschlag eingestellt. Für Kriegsteuerzulagen an Beamte und Angestellte nach den staatlichen Sätzen sind 180 000 M. ein-

gestellt, während für die Vergrößerung der Kriegskassenunterstützungen 745 482 M. erforderlich sind. Neu ist ein Posten von vorläufig 100 000 M. zur Deckung weiterer Kosten der Unterhaltung von Krankenbäusern für die im Laufe des Jahres auf den Kreis zu übernehmenden Gemeindefrauenhäuser im Kreis.

Gründung einer Siedlungsgesellschaft. Zur Behebung der Kleinwohnungsnot ist für den Kreis Niederbarnim eine Siedlungsgesellschaft in der Gründung begriffen. Der Kreisrat hat beantragt bei dem am 27. d. M. zusammentretenden Kreistag, sich an dieser gemeinnützigen Gesellschaft mit einer Einlage von 1 Million Mark zu beteiligen.

In der dem Kreistag hierüber unterbreiteten Vorlage betont der Kreisrat zunächst, daß die private Bauwirtschaft zwar stetig, berufen sein wird, Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt auszugleichen, es sei aber nicht zu verkennen, daß die vorhandenen Verhältnisse es nicht gestatten, die Schaffung der dringend nötigen Wohnungen allein privater Tätigkeit zu überlassen, sondern daß diese der Unterstützung durch die öffentlichen Behörden bedarf. Die von der Staatsregierung zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Aussicht genommenen Geleitzüge sehen als öffentliche Einrichtungen zur Durchführung der dahingehenden Pläne Siedlungsgesellschaften vor, die berufen sind, die Vermittlung der staatlichen Maßnahmen zu übernehmen. Die Verhältnisse des Kreises Niederbarnim erfordern auf diesem Gebiete ein schnelles und planvolles Handeln. In einer Besprechung, die am 21. Februar dieses Jahres zwischen Vertretern der Kreisverwaltung, der Gemeinde, der Industrie und des Realkapitals stattfand, wurde die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Gründung einer Siedlungsgesellschaft für den Kreis Niederbarnim, allseitig anerkannt. Ein Ausschuß von neun Mitgliedern wurde gewählt, um die Satungen der Gesellschaft auszuarbeiten und deren Gründung vorzubereiten. Der Kreisrat ist der Ansicht, daß die Kreisverwaltung vor allem berufen ist, auf dem Gebiete der Befriedung des Kreises und der Schaffung von Kleinwohnungen tätig zu sein und sich an der Verwaltung und Finanzierung der Siedlungsgesellschaft für den Kreis Niederbarnim zu beteiligen.

Paulow. Erhöhung der Feuerzulagen. In der letzten Gemeindevorstandssitzung wurde einem Antrag der Gemeindevorstandes Erhöhung der Feuerzulagen in der Weise entprochen, daß ihnen die von der Stadt Berlin gezahlten Sätze mit Rückwirkung vom 1. Oktober d. J. gewährt werden. Ferner erhalten die Lehrerentlohnungen an den höheren und Mittelschulen vom 1. April ab Kriegsbeihilfen und Feuerzulagen nach den neuen staatlichen Sätzen und außerdem eine einmalige Zulage in Höhe des Differenzbetrages zwischen den jetzigen und den neuen staatlichen Sätzen auf ein Vierteljahr berechnet. Weiter wird hilfsbedürftigen Volksschullehrern und Lehrkräften eine einmalige Unterstützung bis zur Höhe des Differenzbetrages zwischen den bisherigen und den jetzigen staatlichen Feuerzulagen für ein Vierteljahr gewährt. Ein Antrag der Gemeindevorstandes Erhöhung wurde in der Weise berücksichtigt, daß der Gemeindevorstand ermächtigt wird, den ständigen Arbeitern nach Anhörung der zuständigen Kommissionen entsprechende Lohnerböhung oder Feuerzulage mit Wirkung vom 1. Januar ab zu gewähren. — In derselben Sitzung erteilte die Vertretung einem Antrag die Zustimmung, nach welchem in Zukunft zu den Kosten der gewerblichen Fortbildungsschule Beiträge erhoben werden. Bisher war der Unterricht unentgeltlich. Die Regierung macht jedoch die weitere Zahlung ihres Beitrages zu den Kosten der Schulunterhaltung von der künftigen Erhebung eines Schulgeldes abhängig. In Zukunft werden deshalb vierteljährlich Beiträge erhoben, welche für die Schüler der gewerblichen Klassen, soweit sie Beiträge, Gesellen oder Gehilfen sind, je 2,50 M., für die übrigen Schüler je 1,50 M. betragen.

Regel. Aus der Gemeindevertretung. Die Schularbeiten bei der Maßnahme führen in der letzten Sitzung zu dem Beschluß, die Abgabe vom 1. April ab in eigene Regie zu übernehmen. Der freiwilligen Feuerwehr soll statt 1 M. Entschädigung pro Stunde, 1,50 und bei entgangenem Arbeitsverdienst, nachdem dasselbe vergütet werden. Die Dampfgesellschaft „Stern“ hat einen neuen Fahrplan herausgegeben, welcher eine bessere Verbindung mit der Straßenbahn, aber auch Preiserböhung von 5—15 Pfg. vorführt. Die von der Gesellschaft an die Gemeinde zu zahlende Pacht für Benutzung der Anlagen und Brücken wird von 4 500 auf 6 000 M. erhöht. Reichzeitig werden Bündelabfälle herausgegeben, welche auch Sonntags gültig sind und die bisherigen Preise nicht erhöhen. Mit der Märkischen Hauptpflicht-Versicherungsgesellschaft soll ein Vertrag auf 10 Jahre für Diebstahl von Rindergarben abgeschlossen werden. Der Preis beträgt pro Kopf und Jahr 5 Pfg. Den im Gemeindevorstand beschäftigten Personen wird eine Entschädigung in Höhe eines Monatsgehalts gewährt. In Zukunft soll ein Verbandskassenhaus bei Regel noch zu zahlen für 1918 42 000 M.; 1919 30 000 M.; 1920 21 000 M.; 1921 10 000 M.

Reichstagswahl. Verkauf von Kerzen. Zur Bänderung der Verleumdungsnot ist der Gemeinde ein Posten Stearin- und Paraffinkerzen zur Verteilung überwiesen worden, welche zum Preise von 35 Pf. für das Stück im Einwohnernummeramt käuflich zu haben sind. Bezugsberechtigt sind nur Haushaltungen, die weder Gas noch Elektrizitätsanschlüsse haben und die bereits zum Bezuge von Petroleumkerzen im Einwohnernummeramt vorgemerkt sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Reichstagswahl in Niederbarnim.

Der Beschluß der „Unabhängigen“ vom 26. März, sich an der Reichstagswahl nicht zu beteiligen, löst, wie wir schon mitteilten, in den Reihen ihrer Anhänger auf Widerspruch. Auch das „Mittel-

Die Arbeiterschaft

bringt dem „Vorwärts“ andauernd ein steigendes Interesse entgegen. Einen öffentlichen Beweis liefert das rapide Wachsen der Abonentenzahl.

Seine außerordentliche Beliebtheit verdankt der „Vorwärts“ der Zuverlässigkeit und Schnelligkeit seiner Berichterstattung, seinem reichen und adäquaten Inhalt. Es ist die beste Waffe im Kampf um Recht und Freiheit.

Man adressiere: Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW, Lindenstraße 3.

Name	_____
Beruf	_____
Wohnort	_____
bei wem?	_____
bestellt ab 1. April den „Vorwärts“ zum Preise von 1,50 M. per Monat frei ins Haus.	

Lungblatt' schreibt in seiner neuesten Nummer, daß es ihn nicht billigen könne.

Sicherem Vernehmen nach findet am 22. März im Café Bellevue in Rummelsburg eine neue Kreisversammlung der „Unabhängigen“ statt, an der auch Breitfeld teilnehmen wird, der wahrscheinlich die Abkündigung seiner Kandidatur nicht unterschreiben wird.

Es ist zu erwarten, daß die „Unabhängigen“ ihren Beschluß ändern und doch zur offenen Wahlbeteiligung kommen werden.

Diese Sachlage veranlaßt uns, den dringenden Mahnruf an die Wähler zu richten, am 26. März bei der Stichwahl auf dem Posten zu sein und ihre Stimme für den Kandidaten der alten Sozialdemokratischen Partei, den Arbeitersekretär

Rudolf Wiffell

abzugeben.

Einen Ruf von gleicher Dringlichkeit richten wir aber auch an alle tätigen Genossen. Bei manchem von ihnen hat der frühere Beschluß der „Unabhängigen“, sich an der Wahl nicht zu beteiligen, die Meinung ausgelöst, daß wir keine besonderen Anstrengungen zu machen brauchen. Das ist ein großer Irrtum. Schon der Umstand, daß nach der Stichwahl die Agitationsmöglichkeit wieder auf geraume Zeit unterbunden sein wird, muß uns zwingen, die jetzige Bewegungsfreiheit noch nach Kräften auszunutzen und unsere Ideen in die Masse zu tragen. Zu reger Arbeit zwingt uns aber der weitere Umstand, daß allem Anschein nach der erste Wechsel der „Unabhängigen“, die sich damit selbst zu Abgeordneten machten, nichts anderes als ein plattes Wahlmandat war. Es gilt noch einmal, alle Kräfte anzuspannen, um am 26. März eine möglichst große Stimmengahl auf unseren Kandidaten

Rudolf Wiffell

zu vereinigen und so die Wahl zugleich zu einer imposanten Demonstration für einen gerechten Verständigungsfrieden zu machen. Ehrenpflicht aller Genossen, die es ermöglichen können, ist es, sich am Sonntag und am Stichwahltage an den Wahlarbeiten zu beteiligen.

Jeder Mann ist notwendig!

Damit auch den Genossen, die sich bisher noch nicht gemeldet haben, die Mitarbeit möglich ist, geben wir hiermit die Stellen bekannt, von wo aus am Sonntag die Flugblattverbreitung stattfindet.

Jeder Genosse ist zur Mitarbeit verpflichtet!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Berlin (Petersburger Viertel), Restaurant Rahn, Schreinerstr. 68.

Lichtenberg, Restaurant Mitter, Schillerstr. 20; Kurtzowstr. 74; Hamann, Krossener Str. 35; Fleischer, Prenenstraße, Ecke Wilhelmstraße.

Weißensee, Restaurant Stärke, Charlottenburger Str. 8. Bankow bei Sillier, Troler Str. 42; Reigner, Schulstr. 26; Schulz, Schmidtstr. 22.

Niederschönhausen, Restaurant Greth, Bismarckstr. 57. Reinickendorf-West, Restaurant Schiller, Antonienstr. 10. Oberschöneweide, Restaurant Labowitz, Kaufener Str. 5.

Genossen und Genossinnen, die am Stichwahltage, Dienstag, den 26. März, sich betätigen können, melden sich ungesäumt telefonisch oder schriftlich beim Zentralwahlkomitee (Th. Fischer, Berlin SW, Lindenstr. 3, Telefon Amt Moritzplatz 364 oder 101 70).

Wählerversammlungen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr im Brauerei-Ausschank. Referent: Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. Rafter freie Aussprache.

Klosterfelde. Heute abend 8 Uhr im Gasthause des Herrn Deuster in Klosterfelde. Referent: Reichstagskandidat Arbeitersekretär Rudolf Wiffell. Freie Aussprache.

Bernau. Morgen nachmittag 4 Uhr im Lokale von Robisch („Gesellschaftshaus“), Kaiserstr. 79: „Auf zur Stichwahl!“ Referent: Reichstagskandidat Rudolf Wiffell. Freie Aussprache.

Oberschöneweide. Morgen abend 8 Uhr bei Dr. Drole, „Zum Landsturmman“, Wilhelmshofstr. 44a. Redner: Reichstagsabgeordn. Georg Schöpflin.

Jähleborn, Wensikendorf und Badorf. Morgen nachmittag 8 1/2 Uhr im Schägenhause in Jähleborn. Referent: Arbeitersekretär Hermann Müller. Freie Aussprache.

Stralau. Montag abend 8 Uhr im Lokale von Otto Steinide, Alt-Stralau 5. Referent: Reichstagskandidat Arbeitersekretär Rudolf Wiffell. Freie Aussprache.

Reinickendorf-Schönholz. Montag abend 8 Uhr spricht im Restaurant Ramlow, Schönholz Nr. 14, Reichstagsabg. Georg Schöpflin. Freie Aussprache.

Niederschönhausen. Montag im „Schwarzen Adler“, Glanzenburger Str. 4. Referent: Reichstagsabgeordneter Heinrich Schulz.

Niederschönhausen. Morgen findet eine außerordentliche Flugblattverbreitung für den Ort sowie für den Landbezirk statt. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr früh bei Greth, Lindenstraße, Ecke Bismarckstraße. Da der Zug früh 8 Uhr 51 Min. fährt, ist pünktliches Erscheinen Pflicht.

Weißensee. Die Genossen werden ersucht, sich heute von 5 Uhr ab und morgen vormittag 9 Uhr zur Erledigung von Wahlarbeiten recht zahlreich bei Stärke, Charlottenburger Straße 8, einzufinden.

Treptow-Baumgartenweg. Die am Dienstag fällige Mitgliederversammlung fällt wegen der Mitarbeit bei der am gleichen Tage stattfindenden Stichwahl für Niederbarnim aus. Die Mitglieder werden ersucht, sich am Sonntag und am Tage der Wahl in den im „Vorwärts“ angegebenen Stellen zur Verfügung zu stellen.

Landwig. Sonntag, den 24. März, abends 7 Uhr, findet bei L. Dohn, Kaiser-Wilhelm-Str. 84, Sitzung statt. Parteifreunde und „Vorwärts“-Leser sind herzlich eingeladen.

Aus aller Welt.

Brandkatastrophe in Ungarn. In Resicava brannte ein großes Fabrikgebäude der Oesterreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft vollständig nieder. Das Feuer entstand durch Kurzschluss. 200 Arbeiter konnten glücklicherweise aus der brennenden Fabrik noch befreit werden. Der Schaden wird auf vier Millionen Kronen geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Die brieflichen Anfragen mehren sich in letzter Zeit ungeheuer. Wir machen darauf aufmerksam, daß briefliche Antworten nicht erteilt werden können. Die Beantwortung der Anfragen kann nur durch den Briefkasten unter angegebener Chiffre erfolgen.

B. Z. 68. Ob eine solche Ausbildung jetzt zulässig ist, können wir Ihnen nicht sagen, wenden Sie sich mit einem Gesuch an das General-Kommando. — G. Z. 29. Ja. — Heinrichsbrücke. Es bestehen darüber keine allgemein gültigen Bestimmungen. Nach den von Ihnen angegebenen Einkommensverhältnissen müßte Ihre Frau vorwiegend einen Teil der Unterhaltung bekommen. Sie soll sich mit einem Antrag an den Landrat wenden. — Reutlin 77. Sie werden wohl die Sache einem Rechtsanwalt übergeben müssen. Wenn Sie die Mittel dazu nicht haben, so müßten Sie auf Grund des Armenrechtes Antrag beim Gericht auf Verordnung eines solchen stellen. — R. 50. Ja. — A. 101. Die Sachen müßten zurückgeschickt werden. Wenn das nicht geschieht, können Sie Schadenersatz beanspruchen. Abnung wird an Sie während Ihrer Gefangenschaft nicht gezahlt. Für die Ihnen geraubten Sachen wird Ihnen Schadenersatz nicht geleistet werden. Sie könnten sich ja an das General-Kommando wenden. — A. B. Die Strafe ist durch den Annullierbefehl nicht aufgehoben. — R. Z. 100. Dienstfähig — herzlich, landsturmfähig — herzlich, dienstuntauglich — herzlich. Ueber die medizinischen Fragen können wir Ihnen keine Auskunft geben. — A. B. 64. Die Forderung kann noch eingetrieben werden, da durch den Krieg die Verzinsungsfreien verlängert sind. — Hamburg 25. Sie können die Unterfertigung für die angegebene Zeit nicht nachfordern, auch nicht die Gemeindevorstellung, da in Ihrem Falle mindere Bedürftigkeit als vorliegend erachtet und deshalb nur die Staatsunterstützung bewilligt wurde. — B. U. 1918. Nein, diese Bestimmung kann durch das Krankenkasernengesetz aufgehoben werden. Wenn das die Kasse schon hat, steht Ihrer Frau als Familienmitglied keine Unterstützung zu. — Sagen Sie doch jemand zur Zahlung der Beiträge nach Ihrem Habloben, wenn Sie selbst wegen Arbeit behindert sind dazugehen. — Anna Lehmann 1000. Die Invalidenrente ist etwas höher. Altersrente wird jetzt schon vom 65. Jahre an gezahlt. Es fragt sich nur, ob Sie genügend Marken gestellt haben, um Altersrente erheben zu können. Der Antrag ist beim Versorgungsamt in Reutlin zu stellen. — G. B. 25. Das heißt ja wohl wie Behandlung unter dieser Richtung auf die Person. — A. W. 19. Die Geschwister können das Testament nicht anfechten. — J. 87. Die Schwiegereltern haben in dem Falle Anspruch auf den Nachlaß der Ehefrau, da auch das Kind verstorben ist. Die Erblichkeit erben Sie im voraus, die Schwiegereltern haben darauf keinen Anspruch. — C. E. Nur den Unteroffizieren, die 5 1/2 Jahre Dienstzeit nachweisen können, steht die Sergeantenlohnung zu.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Sonntagmittag. Heißlich mild, zeitweise better, jedoch überwiegend bewölkt mit öfter wiederholten, meist geringen, nur im östlichen Rückengebiet etwas härteren Niederschlägen.

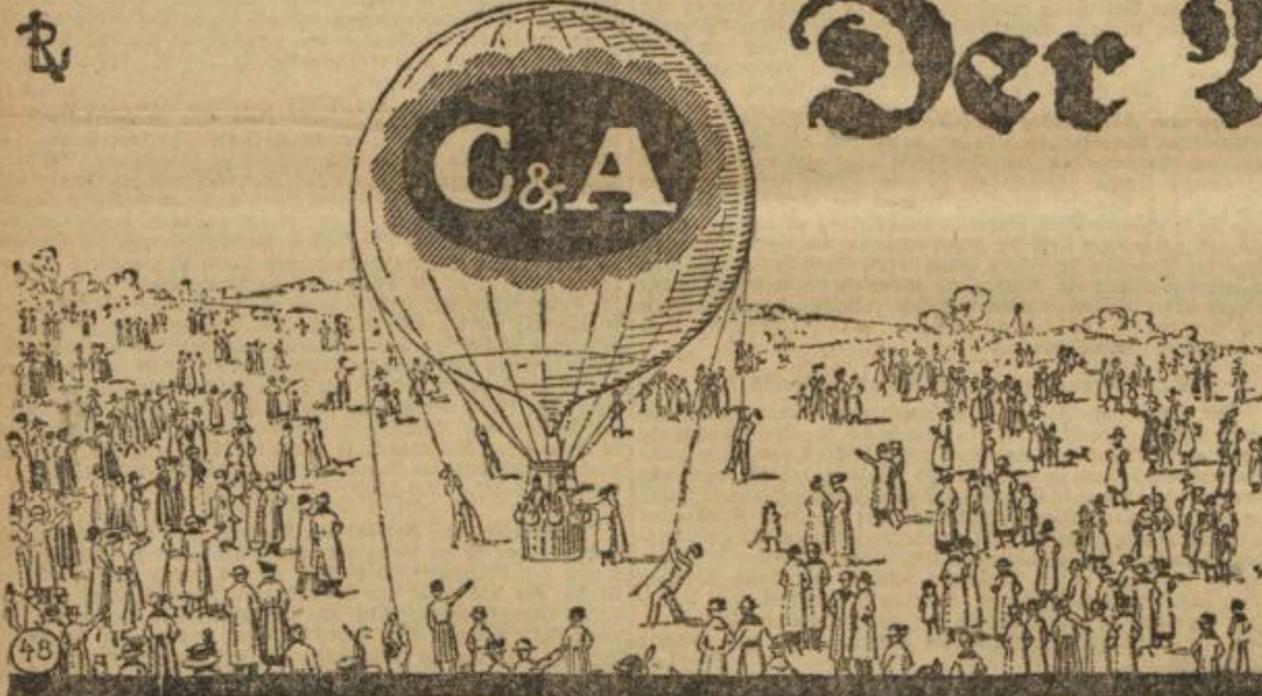
Der Aufstiege

unserer Geschäfte zu kaum geahnter Höhe hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit vollzogen. Und mit der Größe der Geschäfte wächst natürlich in gleichem Maße unsere Möglichkeit, Sie in immer weiterem Umfange preiswert zu bedienen. Ihnen immer größere Auswahl zur Verfügung zu halten.

Rönigstr. 33
Im Bahnhof Hauptstadt

Chausseestr. 113
Zum Kaiserhof

Am Sonntag vor Ostern bleiben unsere Geschäfte ausnahmsweise geöffnet!



Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bestzer

Julius Hamann
Reutlin, Köpenicker Str. 39, am 19. März gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bestzer

Theodor Stephan
Sternwärtstr. 47, am 15. März gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Berliner Kirchhofes in Mariendorf, Sturfsplatzstraße, aus statt. Regte Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bestzeugmacher

Leonhard Hassel
Barndorfer Str. 2, am 17. März gestorben ist. Ihre ihrem Ansehen!

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung unserer lieben, unvergesslichen Schwester

Margarete Höhne
sagen wir allen Freunden und Bekannten sowie Herrn Pastor Braunsfeld für die trostreichen Worte am Grabe der so früh Dahingegangenen, gleichfalls der Direktion der U.C.G. sowie Herrn Pastor Nieziedl, auch dem Personal der U.C.G. unsern warmsten Dank.

Geschwister Höhne,
16181 Amsterdammer Str. 24.

Spezialarzt
Dr. med. Laabs
beb. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Exprobierte Weibchen Harn- und Blutuntersuchung. Babnhof Königsstr. 34/36. Abends 7-11 Uhr. Sprechst. 10-11 Uhr, Sonnt. 10-11 Uhr.

Zigaretten Ia.
Nur an Selbstverbraucher. 300 Stk. 6,2 . . . 18,60 Stk. 300 . . . 8,8 . . . 24,75 Stk. 200 . . . 12,0 . . . 22,50 Verpackung 0,25
Verband-Nachnahme 66,00 Stk.
Julius Leß,
Berlin W 40, Prager Straße 20. Tel.: Waflybg. 9755.

Möbel-Beiser
Lothringer Straße 67
liefert auf bequemste Teilzahlung und gegen bar
Bürgerliche Wohnungseinrichtungen zu mäßigen Preisen.
Komplett aufgestellte 145L.
Wohn-, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer.
Sinzeln Möbel und farbige Küchen in großer Auswahl.
Sonntag von 12-4 Uhr geöffnet.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
Butter, Eier, Käse von P. H. Ackermann, 8 Füllaler
Mehlmühle Königsberg
Photograph. Ateliers
Warenhäuser
Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125
Sprechst. 11-1, 6-8 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Blutuntersuchungen, Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufshörung, Teilzahlung

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
Drogen, Farben
Fleisch- u. Wurstwaren
Kolonialwaren
Möbelmagazine
Wieso & Co.
Spezialarzt Haus mit Materialw.
Wiesing & Co.
Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittenen, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Smeinto, Charlottenburg, Stuttgarter-Platz 2, Gartenhaus IV.

Liköre
Magenbitter
Kümmel
Pfefferminz
alkoholfrei, 1/2-Lit.-Flasche 2.00 M.
Vorzügl. im Geschmack
H. Krömer, Berlin
Oranienburger Str. 66
Reinickendorfer Str. 108
Andreasstraße 78
Neukölln, Berliner Str. 79
Versand nur in Korbf. von 3 Lit. an pr. Lit. 2.00 M.

Für Stotterer empfohlen!
Verhütung u. Heilung des Stotterns.
Einer, der selbst gebett ist, schilbert seine Erfahrungen. Die Einwirkung über 20 Jahre. Sprache und Sprachverständnis, und 3 Abteilungen erläutern die Darlegungen. Wegen Einlieferung von 5 Pfennig zu begleiten.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, in allen Ausgabestellen des Vorwärts

Der Gotteslästerer
Roman
aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter von A. Ger.
Preis gebunden 2,- Mark
Von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, und allen Ausgabestellen des Vorwärts oder durch die Post gegen Einzahlung von 2,- Mark und 20 Pf. Porto zu beziehen.

Wann
u. orem Brust
benutzt radikal
u. ohne Schaden
an jed. Ort.
das sonnenlichte
Wann
welches mit Wasser verdünnt sofort
gebrauchsfähig ist. Preis des Glases
für 1 Lit. 2,25, für 2 Lit. 4,50,
für 4 Lit. 7,75; größere Mengen
entgeltl. billiger. Verso u. Versand
60 Pf. mehr. Berlin direkt
Chem. Laboratorium „Gefsa“
Berlin SW. 9, Lindliche 29/30

H. Pfau, Bandagist
Berlin Dirsensstr. 20
C. Bahnd. Alexanderplatz u
Wilmersd. — Amt Kut. 3208
Für Damen Frauen-Bedienung.
Spezialist für alle Krankentaf.
Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
Inb.: P. Golletz
Mariannenstr. 3, Tel. Mpl. 10303
und Galokraute. Berlinagen Sie
kostenfrei beizubehalten. Besondere
Heilmethode ohne Berufshörung.
Spezialist Dr. Weine's Ambul.,
Berlin 117, Potsdamer Str. 123a u

Die Hebamme hat das Wort.

Wenn die weise Frau im Hause erwachen und der lieben Mutter oder einer anderen Frau einen und noch unbefamten Dienst leisten, sehen wir Kinder der Vorstadtstafette mit gemischten Gefühlen zu ihr auf. Ein neues Kind folgte ihrem Besuche, das wuchsen wir bestimmt. Denn in dem Hause mit 23 Parteien und mit 75 Kindern bildete der Besuch der Hebamme seine Seltenheit, wohl aber brachte er uns der Hebamme eine Bekanntschaft. Der Begriff Kindermädchen lebte in uns nur noch als Hörensagen, es bestand sich keines im Hause. Und da von den vielen Ehepaaren (es wohnten so manche auch als Arbeiterinnen in Küchen und Kammern) die jungen Frauen meist in eine Lohnarbeit gingen, ein Teil der älteren aber fremde Mädchen wuschen oder Bedienerinnen dienste leisteten, so bildete die Betreuung der Kinder eine drückende und die Spielzeit beschränkende Aufgabe der älteren Geschwister. Ebenso beschränkte der Nachwuchs anfangs die Einnahmen der Mütter — und dadurch die Nahrung der schon nicht spigig lebenden Kinder.

Die Kinder sind ehrliebe Egoisten, ihnen ist die Hebamme noch fremd, die ihnen später die „Schule“ des Lebens einbläut. Deshalb war unser Gedankenkreis beim Erscheinen der Hebamme meist von melancholischer Art, oft auch erregt. Noch heute sehe ich im Geiste die alte Frau mit ihrer schwarzen Ledertasche durch das Haus eilen, das graue Umhängetuch um die ismalen Schultern, eine schwarze Wimpermaske auf dem ergrauten Haar, auf den Kinngeleiten aber das trübende zuckersüßliche Lächeln, mit dem die Mutter dem schlafenden Kinde zuzieht: „Ich bin schon da, gleich wird alles gut sein.“

So seltsam es ist, aber ich kann mich nicht erinnern, je eine andere Hebamme im Hause gesehen zu haben. Sie war die Helferin bei den meisten Kindern im Hause (später auch bei manchen Kindern dieser Kinder) und trug sicherlich nicht leicht an dem Bestand in Verhältnissen, die in ihrer furchtbaren Armut oft starker Verwahrlosungen statt der Freude beim „Begrüßen“ des Familienzusatzes vernahmten.

Vor einiger Zeit — ich las einige Tage vorher besonders viel über Bevölkerungspolitik, die die im Völkergemeindegang geangenen Millionen rasch erledigen soll — beunzte ich wieder mein Geburtshaus. In einem Anfall von Pessimismus in die Kinderzeit aus dem Wahnsinn unserer Tage ging ich durch das Haus. So lebhaft trat mir die Jugendzeit vor die Seele, daß ich unwillkürlich schon von der Ferne das geschwächte Murmeln, das klingende Kinderlachen, das Singen und Sämen vernahm, mit dem wir einst jedem Winkel des Hauses Leben einflößten. Und ich erschrak, als ich eintrat. Eine bedrückende Stille, kein Laut, kein Kinderlachen, kein Jubeln einer jungen Freude, die den Duft der Rosen einer von blühendem Hoffen durchwirkten Zukunft zu atmen vermeinte. Auf den Gängen die Türen verschlossen. Einmal standen sie offen und wir wußten zur Hälfte am Wege. Ausgestorben, verödet. Nicht fröhliche, trug des warmen sonnenglühenden Spätherbstes. Nicht dankte, durch einen Friedhof zu wandern. Dann löste sich trübweise das Rätsel. Noch wie vor wohnten 23 Parteien in meinem Geburtshaus. Aber sie hatten zusammen nur 11 schulpflichtige Kinder und 8 der Schule entwachsene.

Die Hebamme von einst lebte nicht mehr. Eine andere war seit ungefähr vier Jahren nicht mehr im Hause gewesen. Da dachte ich an die Propheten der Bevölkerungspolitik — und berließ gedankensicher das stille Haus.

Einige Zeit später sprach ich mit drei Hebammen (ich dachte, vielleicht nicht unrichtig, daß sie mir bessere Auskünfte zu geben imstande seien als ein Zeitungsaufsatz). Was sie mir sagten, möge im Auszuge hier Platz finden.

Eine alte Hebamme, die durch 33 Jahre „Dienst“ machte, sagte:

„Wir leben ja jetzt in einer neuen Zeit, nicht in einer besseren. Schon vor dem Kriege wurden die Geburten rapid weniger. Das mit dem Gummi — Sie verstehen mich. Na, und das andere erst. Nein, da tat ich nicht mehr mit. Ich verlor nach und nach alle Frauen. Was sollte ich dagegen machen? Sie kamen alle zu mir, ich sollte ihnen raten, Mittel geben. Sie fürchteten sich vor den Kindern. Ja, ist das ärztlich? Dann lachten sie mich aus. Ich weiß, die jungen Hebammen, die kennen sich darin aus. Sollen sie. Nur, eine Zeit, in der die Frauen nicht mehr Mütter sein wollten. Freilich, manchmal, heilige Maria, dieses Elend. Reist unerschuldet, Herr, und früher, da waren halt auch noch die Menschen anders. Wenn wir so bei der Taufe befragt worden sind! Das ist alles vor-

bei. Laßt sich ja keine was sagen. Das Leben wollen sie genießen. Individuell! Das wollte ich nicht mehr. Was ich jetzt mache? Meinem Neffen fahre ich die Wirtschaft. Und ich bin froh, daß ich schon so alt bin. Der Krieg ist eine Strafe Gottes, ich sage es immer. Ich kenne die Menschen.“

Eine jüngere Hebamme lachte, als ich sie nach dem monatlichen durchschnittlichen Bestand fragte:

„Ah, Sie meinen wegen der Geburten? Nun ja, so eine bis zwei. Vor zehn Jahren habe ich einmal 31 gehabt. Jetzt kommen die Frauen nur um Rat und wegen des Schuges. Soll ich sie fort schicken? Was soll man leben? Bitte, ich tue nichts gegen das Gesetz. So wie viele andere. Ich bitte, ich kenne Kolleginnen —“ (Nun folgt eine Beschreibung, die sich hier nicht wiedergeben läßt.) „Uebrigens läßt auch das Schugesuchen nach. Die Frauen und Mädchen sind heutzutage geldgierig. Ich verARGE es Ihnen nicht. Wer kann sich heute noch Kinder leisten? Laden Sie mich nicht aus. Aber sogar in dieser Beziehung können nur mehr Kriegsgewinner mitmachen. Ich bitte die paar Häubchen, Joderin und Hemden, es ist ja ein kleines Vermögen. Und die armen Leute wollen doch auch ihr Kind menschenlich besitzen. Uebrigens, was sollen sich die jungen Leute nach Kindern sehnen, wo sie nicht einmal ein Heim haben, sich keines einrichten können. Alle sind ja nicht Kriegsgewinner. Und so dumm sind die armen Leute doch immer, wie gewisse Leute glauben. Aber was geht das mich alles an? Nichts. Ich bin fertig. Schade, da glaubte man, viel mehr lernen zu müssen, als uns der Kurs vorrieb. Man wollte sich ja recht modern ausbilden. Und jetzt? Jetzt mache ich ein Fudergeschäft auf und lege das Diplom zurück. Wenn ich noch dran denke, wie unter Professor am Ende des Kurses eine Ansprache hielt. Der gute alte Herr! Der hatte eine Meinung vom Leben. Aber das muß schon so sein bei den alten Herren.“

Eine alte Hebamme, die bisher in einem ländlichen Bezirke lebte, blinnte mich mit prüfenden Augen an, ehe sie erklärte:

„Die letzten Jahre gingen ja schlecht. Grad die Subvention hielt mich noch. Die Geburten hörten auf. Sie glauben es nicht? Ach ja, Sie meinen die Religion, die Beschränkung. Haha! Die Realität. Ich möchte nur den tausendsten Teil haben, was die Bauernmädels in der Stadt zahlen für — Ausladen tun sie einen, wenn man vom Kinderlegen spricht.“

Dann sprach ich noch mit einem Frauenarzt. Und das Rätsel meines stillen, sterbenden Geburtshauses ward vollkommen gelöst.

Bevölkerungspolitikern, seiner lauden, die mit Bibel, Paritismus und Ethik die Neomalibusaner bekämpfen wollen, rate ich an, vor einem Vortrag oder einem Zeitungsaufsatz meine Wege zu gehen und mit Hebammen zu sprechen. Aber nicht mit den achtzig von hundert, die keine Macht sind und nur in „Hygiene machen“. Ferner sollen sie mit einem Frauenarzt sprechen, aber nicht mit einem Professor, der von der hohen Warte des Sanatoriumsbestandes oder von der Präsidentenpulte eines Verbandes zur Geburtenförderung — bei den anderen — den Blick für das wahre Leben eingebüßt hat. Nein, mit einem Arzt der Massenbezirke, der zugleich in der wachsenden Zeit sich das hohe, heilige Bewußtsein seines Berufes wachte und ein bishigen Soziallage ist. Nachher sollen diese Prediger in eine der alten Synagogen treten. Aber nicht nur auf die alten Gänge und die totensillen entweihten Stiegen, sondern auch eintreten in die Wohnungen, in das Elend der Masse, die verdort und auf das köstliche Geschenk der Natur verzichtet muß: auf das Kind.

Und sie werden gewahrt werden, daß es nur eine Bevölkerungspolitik gibt: Brot, Rechte, Menschenwürde.

Joh. Fersch-Wien.

Der Frühling im Wasser.

Bei der Wiederkehr des Frühlings wendet sich stets die Aufmerksamkeit dem Erwachen der Natur auf der Erde zu, während des Aufblühens und Gedeihens neuen Lebens in der Tiefe des Wassers. Merkwürdigerweise höchst selten gedacht wird. Stets haben die Dichter das junge Grün und die neherbauenden Vögel in Prosa und Versen verherrlicht, von den Schwärmen der Fische aber, die zum Laichen ausgehen, wurde kaum etwas berichtet. Und doch entwickelt zur Frühjahrszeit das Leben im Wasser sich in märchenhaft reger Weise. Von Februar bis Ende Mai ziehen die Fische zum Laichen aus, und alle die uns von der Speiseforse her gut bekannt sind, die Schellfische, Schollen, Steinbutten Weislinge usw. legen jetzt in der Tiefe des Wassers Millionen von Eiern ab. Nur wenige Fische

haben ihre Brutzeit in den Hochsommer verlegt, zu diesen Ausnahmen gehört zum Beispiel die Seesunze. Die überwiegende Mehrzahl aber geht, wie die Vögel, beim Laichen des Frühlings auf die Wandererschaft. Bekannt sind die weiten und durchaus nicht gefährlichen Reisen, die der Laichstromaustwärts unternimmt, um seine Eier in Süßwasser zu legen. Auch die kleinen jungen Kalle verlassen im Frühling in Schwärmen das Meer, um im Süßwasser zu leben, im Oktober aber reisen sie wieder dem Meere zu, sie blieben dann meist bis zu ihrem Ende, so daß sie die Ufer des Heimatflusses keineswegs wiedersehen.

Bei der ungeheuren Vermehrung, die ein einziger Fisch zu legen vermag, müßte es fast erstaunlich scheinen, daß das Meer nicht überall von einem dichten Fischgewimmel erfüllt ist. Die Brut der Quappe z. B. schlägt man bei einem einzigen Eier im Jahre durchschnittlich auf die ungeheuerliche Menge von 14 Millionen Eiern. Die Steinbutte macht ihre lange Deutwanderung mit 8 1/2 Millionen Eiern, daneben erscheint der Aveljaun mit seinen 4 1/2 Millionen Eiern schon bekandten, und beim Hering sinkt die Durchschnittszahl auf 30 000 herab. Rückwärtig ist, daß der ausgewachsene Fisch, der verhältnismäßig wenig Eier produziert, viel häufiger ist, als die Steinbutte. Hier spielen die Gefahren, denen die Fische mit ihren Eiern ausgesetzt sind, eine ausschlaggebende Rolle. Von dem ganzen Schwarm des Steinbuttenlaiches z. B. gedeihen gewöhnlich nur zwei Tiere. Die meisten kleinen Steinbutten sterben vor Hunger, da sie von anderen Fischen leben, und es nicht genügend Nahrung gibt, die wenigstens genug sind, um den neugeborenen Steinbutten als Nahrung zu dienen. So geht sehr viel von dem, was der Frühling im Wasser an neuem Leben hervorbringt, sehr schnell wieder zugrunde, so noch ehe die Eier ausgebrütet wurden. Die meisten Fische sind ja auch, im Gegensatz zu den Vögeln, nicht weniger als sehr zierliche Eltern. Eine besondere Ausnahme bildet der Laich, der für die Eier mit seinem Maul ein Loch in den Sand gräbt. Wäufig gute Väter unter den Fischen sind die Stichlinge, die für ihre Jungen ein Nest aus Gras bauen und die Eier während gegen das Weiden verteidigen, das sie meist aufsuchen möchte, und die Seehaalen oder Randsfische, die vor dem Loch, in welchem sie die Eier verbergen, Wache zu halten pflegen.

Ein merkwürdiger Planet.

Zu den merkwürdigsten Himmelskörpern zählt sicherlich der am 3. Januar d. J. auf der Königsstuhl-Sternwarte von Prof. Max Wolf entdeckte, später von mehreren Sternforschern beobachtete Planet, der zunächst irrtümlich für einen Kometen gehalten wurde. Er erschien zuerst — so berichten die „Naturwissenschaften“ — als Stern erster bis zweiter Größe: am 3. Januar stand er im Sternhülle des Orion und wanderte dann recht häufig zu den Zwillingen hinüber. G. Heilmayer von der Hamburger Sternwarte stellte eine Bahnbestimmung an, nach der das neue Wesien als Komet anzuprehen war; die Berechnungen in Berlin-Dahlem ergaben jedoch sicher, daß es sich um einen kleinen Planeten handelte, dessen Bahn allerdings die Erzentzentrallität eines Kometen zeigt. Die Umlaufzeit beträgt etwa vier Jahre. Zur Zeit seiner Entdeckung befand sich der Planet nahe bei der Erde, indem sein Abstand Erdoberfläche nur den fünften Teil des Erdbahnhaltmaßes betrug. Die Helligkeit entsprach trotzdem nur der ersten Sterngröße. Es muß sich also um einen sehr kleinen Himmelskörper handeln; sein Durchmesser dürfte 10 Kilometer nicht übersteigen. Das Merkmal dabei ist, daß er den Asteroiden gehörigen Planeten ist nun, daß er vielleicht einen Begleiter, einen Mond hat. Wolf hat nämlich einen solchen Begleiter von der Helligkeit eines Sternes 14. Größe am 5. Februar beobachtet. Wäre seine Umlaufbahn kreisförmig, so betrüge die Umlaufzeit etwa vier Tage. Schätzungsweise müßte die Masse dieses Mondes der seines Planeten etwa gleich sein. Andere Astronomen glauben jedoch nicht, daß dieses Gestirn wirklich ein Mond sei, sondern nehmen an, ein anderer, sehr kleiner Planet sei in der Nähe des neuen Gestirns entlang gewandert. Von anderen Sternwarten ist bisher eine Bestätigung des Begleiters nicht berichtet worden.

Notizen.

Die Porzellanwerke der Sammlung Gumprecht, von denen H. Prester hier gestern erzählt, haben zu ihrer sonstigen Erzeugnisse auch noch die nährstoffreiche Preiselbeere erfunden. Die Dingerchen, deren Kunstwert höchst unbedeutend ist, wurden mit 5000 bis 10 000 M. bezahlt. Weiter kann wohl die Verächtlichkeit der Auktionpreise nicht getrieben werden.

Töchter der Hekuba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

In dieser Nacht rannte ein furchtbarer Sturm. Es war, als empöre sich die ganze Natur, wolle den Himmel herab auf die Erde reißen. Wehe den Booten, die auf dem Meere waren! Den Luftschiffen, die nach England fuhren! Mit einer Art von wollüstigen Grimm hörte Gertrud das Loben. Wie die Ziegel vom Dach prasselten, wie es oben am Bahndamm in den Telegraphendrähten sauste! Es röhnte, kreischte, pff, kratzte, heulte, jammerte, alles, was nicht fest war, stürzte, Wäutze entwurzelten — mochte die Welt untergehen, ihr sollte es recht sein! Dann brauchte sie nie mehr aufzusteigen.

Und doch mußte Gertrud aufstehen; die Händchen ihres Meinen, die ihr freichelnd über Gesicht führen, wackten sie aus einem kurzen Morgenschlaf. Eben hatte sie von Frau Krüger geträumt, von seiner Mutter. Unwillig schüttelte sie den Traum ab. Das fehlte auch noch, wie kam sie denn auf die? Zwischen sie und ihn hatte die sich gedrängt, sie sollte sich nicht auch noch in ihren Traum drängen. Gertrud war böse auf sich selber: warum lehrten ihre Gedanken doch immer wieder zu jener zurück? Die Krüger litt gewiß noch nicht Rot. Gustav hatte ihr oft erzählt, was seine Mutter alles besah in Garten und Keller. Und die würde sicher zu denen gehören, die sich vorgesorgt hatten. Da hätte der Meine nicht zu weinen gebraucht vor Hunger. Aufgefordert hatte die Krüger sie ja — sie könnte jetzt ruhig hingehen — vielleicht würde die sich sogar freuen — der Junge war jetzt so lieb, so niedlich, und er sah Gustav so ähnlich. Aber nein!

Den Gedanken, der sie in ihrer Vergesslichkeit beschliffen hatte wie eine Verjudung, stieß Gertrud von sich. War sie schon so heruntergekommen, so gesunken durch ihre Armutlosigkeit? Durch die mangelhafte Ernährung so schwach geworden an Willen wie am Leib, daß sie auch nur einen Augenblick daran denken konnte, an jene Tür zu klopfen? Wie eine Bettlerin. Nein, sie war keine Bettlerin. Stolz richtete sie sich auf. Zu ihr müßte jene kommen, sie hundertmal, tausendmal bitten, dann vielleicht. Aber auch dann nur „vielleicht“. Sie entzog sich den streichelnden Händchen ihres Kindes, gebot ihm so streng, ruhig zu sein, daß sein Schmeicheln erschrocken verstummte.

In einem finsternen Bräun Kleidete sie sich an. Als sie vorm Spiegel ihre Köpfe aufstreckte, war sie betroffen über

das eigene Aussehen. Als hätte sie keinen Tropfen Blut mehr in sich; und die Augen ganz glanzlos. Eier, Milch! Die läten ihr not. Aber es gab nur für die kleinen Kinder noch Milch. Es mußte eben so gehen. Sie biß sich auf die blutleeren Lippen. Wenn nur nicht immer die weite Entfernung zur Arbeitsstelle wäre! Es half nichts, sie würde wohl daran denken müssen, nächsten Monat hier zu kündigen, nach Berlin herinzuziehen. Dann hätte sie wenigstens nicht die lange Fahrt. Was hielt sie denn auch hier? Eine Blutwelle schloß in das durchsichtige Glas ihrer Haut: Erinnerungen? Ja, die waren mächtig. Sie fühlte ihr Herz sich zusammenkrampfen. All die heimlichen Wege, die sie an glücklichen Abenden gegangen war, würde sie dann nicht mehr gehen. Es war vielleicht gut so, gerade gut, dann war endlich Schlaf gemadht. Daß sie so hier am Orte hing! Das hatte sie bis jetzt gar nicht gewußt.

Blötzlich schwach werdend, setzte sie sich nieder am Tisch und legte den Kopf auf die Arme; wieder wie gestern abend mußte sie weinen. Ach ja, lieber würde sie doch hier bleiben. Es war auch soviel besser für das Kind, das nichts dann wenigstens in Luft und Sonne auf und nicht im Häusermeer. Wenn sie doch hier am Ort Beschäftigung finden könnte, die sie und den Meinen ernährte! Daß auch hier keine Munitionfabrik war! Sie hatte einmal mit der Donbrowski darüber gesprochen, die grauste sich davor. „Nun, das war ja gefährlich, da konnte man ja sein Leben einbüßen!“ Ihr machen deren Bedenken nichts aus: Munition — man wurde gut bezahlt, und man tat mit eigenen Kräften auch etwas dazu, daß der Krieg eher aufhörte. Dieser furchtbare Krieg!

Heut konnte Gertrud nicht nach der Stadt zur Arbeit fahren, mit erschrockenen Augen hatte sie in ihren leeren Schrank gesehen: nicht ein Krümchen war mehr darin. Die Richter lag noch zu Bett; die wollte also wirklich nicht mehr? So mußte sie selber zur Gemeinde gehen, sich etwas holen. Der Alte sah stumpfsinnig auf dem Stuhl vor seiner Tür, dahin schlarrte er von selber. Das böse Wetter hatte nachgelassen, eine noch kühler warme Sonne war vorgebrochen, Gertrud ließ das Kind bei dem Alten zurück; sie würde ja bald wiederkommen.

Aber nun stand sie und stand. Vor ihr schon eine lange Reihe von Menschen, hinter ihr ebenso viele. Es gab heute Eier, Heringe, Gries, allerlei, darum das Gedränge. Und doch war niemand zufriedener.

„Det biffen! Davor so lange stehn!“ machte eine geringschätzig, die eben, ihr Körbchen gefüllt, sich zum Abgehen durchdrängte.

„Sind auch wieder Maden in'n Krieb?“ fragte jemand.

„Na, denn ha'm wer ja auch fleisch Fleisch, bei die fleischlosen Zeiten,“ sagte eine höhnische Stimme.

Es waren nur wenige, die darüber lachten; bloß ein paar Halbbrüskige fanden es wichtig, stehen sich und kicherten. In dumpfem Schweigen wartete die Menge.

Frau von Voigt war voll beschäftigt, sie teilte aus, gab auch hier und da ein freundliches Wort. Aber ihre Hände waren unruhig; der feste klare Blick ihrer Augen hatte heute etwas Unstetes. Es waren nur wenig Heringe da und die Leute waren ganz wild danach. Wenn diese Lonne zu Ende war, gab es keine mehr. Man mußte ihnen etwas anderes zum Ersatz dafür verabfolgen. Aber was? Nichts anderes würde das für sie ausgleichen. Sie überlegte. Merkwürdig, daß sie heute ein so unruhiges Gefühl hatte!

Die Leute drängten gegen die trennende Schranke.

„Bitte, zurücktreten! Immer der Reihe nach!“

Aber da war kein Hören. Als ob sich das Geräusch schon verbreitet hätte: es sind nicht genug Heringe da, so drängte jetzt jeder nach vorn.

Gertrud wollte nicht drängen, aber sie mußte, ohne den eigenen Willen; von hinten wurde sie gestoßen, gedrückt, immer weiter vor, sie wurde gepreßt, daß ihr der Atem ausging, sie stakte mitten drin in einem Anäuel. Angstschweiß brach ihr aus. Wenn sie sich doch hätte sehen können, nur einen Augenblick! Es begann ihr schwindelig zu werden, die Köpfe vor ihr wurden zu erdrückenden Riesenhäuptern — heraus, wieder heraus! Sie wollte gern weg, zurücktreten, aber sie war eingeklemmt in der furchtbaren Masse. Angstvoll riß sie die Augen auf. Da neigte sich ein Gesicht gegen sie, ein glattes Gesicht — wo hatte sie das doch schon gesehen?!

„Ah Ihnen nicht wohl?“

„Nun, lassen Sie die hier doch mal raus — 'n Romant — die wird's ja schlaecht!“

Der furchtbare Druck lockerte sich etwas, eine Gasse tat sich auf vor Gertrud. Luft, mehr Luft. Das fühlte sie noch.

Als sie wieder zu sich kam, sah sie auf einem Stuhl am geöffneten Fenster. Noch konnte sie nicht klar sehen, noch nicht recht denken, aber sie hörte wieder: „Hunger hat sie!“ Nun fühlte sie auf einmal das frampfige Hungergefühl, die entsetzliche Leere. Gestern abend nichts gegessen, heute morgen nichts gegessen. Es war nichts zu essen dagewesen. Ihre Lippen waren weiß wie Schnee.

Ja, Hunger hatten sie alle.

Ein dumpfes Murmeln erhob sich.

Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftslieben.

Die P. Berthold Messinglinien- und Schiffsleher-L.G. verteilt aus einem Reingewinn von 195 000 M. auf 4 Millionen Mark Aktienkapital wieder 4 Proz. Dividende. In dem Geschäftsbericht wird ausgeführt: Die bedeutenden Verhältnisse, unter denen unser Unternehmen seit Kriegsausbruch zu leiden hat, haben auch im Berichtsjahre eine Verringerung nicht erfahren. Die schwierige und kostspielige Beschaffung der Rohstoffe, die Einschränkung in der Versorgung mit Kohle, Gas und Elektrizität, die steigenden Arbeiter- und Verlehnkosten verhinderten ein zweckmäßiges Arbeiten und die wirtschaftliche Ausnutzung der Betriebe. Der von den Schiffsleherwerken eingeführte Feuerungswechsel konnte einen vollen Ausgleich nicht bieten. Die schwache Kaufkraft unserer Abnehmer wurde auch dadurch beeinträchtigt, daß sich in der Druckpapier-Beschaffung recht große Erschwernisse herausstellten. Unsere Petersburger Niederlassung ist unbeeinträchtigt im Gange. Bei Bewertung der dortigen Vorräte, Forderungen und Außenstände waren wir wieder - ebenso wie in den Vorjahren - ausschließlich auf Schätzung angewiesen. Unsere Zweigniederlassungen in Stuttgart und Wien haben ein zufriedenstellendes Ergebnis geliefert. Um die großen Schädigungen, die unsern umfangreichen Auslands-Geschäften durch den Krieg erwachsen sind, allmählich auszugleichen und unsere Stellung auf dem Inlandsmarkte zu kräftigen, haben wir im Herbst die altangesehene Berliner Schiffslehererei G.m.b.H. erworben. Die gesamte Fabrikeinrichtung geht zum Preise von annähernd 500 000 M., die im Laufe dieses Jahres gezahlt werden, in unsern Besitz über. Für den Wert des Lagers und der Außenstände, für deren Eingang die Vorbereitungen bereits im Gange sind, langfristige Abtragungen vereinbart worden. Gleichzeitig erworben wir das dazu gehörige Fabrikgrundstück Sneyensstraße 27 zum Preise von 1 060 000 M., dessen Auflösung und Uebernahme innerhalb der nächsten fünf Jahre nach unserer Wahl erfolgen wird. Da die Wirtschaft der Betriebe erst mit dem 1. Januar 1918 begonnen hat, kommen die Zugänge auf die einzelnen Konten erst in der nächsten Bilanz zur Erscheinung. Wir erhoffen von diesem Zusammenschluß wesentliche Vorteile und Ersparnisse, die sich in ihrem vollen Umfange allerdings erst nach Friedensschluß bemerkbar machen werden. Außerdem haben wir zwei kleinere Berliner Werke erworben, deren Angleichung und zur Vergrößerung des Wettbewerbes am hiesigen Platze vorteilhaft erscheinen.

Die Steffens u. K&E L.G. in Berlin weist nach Abschreibungen von 873 044 M. (i. R. 686 525) einen Reingewinn von 1 078 238 M. (1 035 052) aus; hieraus soll eine Dividende von 10 Proz. (7, 5, 5, 7 1/2 Proz. in den vier Vorjahren) verteilt werden. Der Reinertrag befreit sich auf 87 818 M. (112 052). Das Vorstandsmitglied der Gesellschaft Walter Wählinghaus wurde zum Generaldirektor ernannt.

Es wird glänzend weiter verdient!

Die Kaiser Eisenwerke vorm. Freitag u. Co. L.G. beantragt eine Dividende von 30 Proz. (15 Proz.) bei erhöhten Abschreibungen, ferner die Erhöhung des Aktienkapitals um 200 000 M. auf 900 000 Mark.

In Deimlers Nachbarschaft.

Die Bremer Zuckerpflanzer und -weberer weist ihren Aktionären als Heberfuß aus dem verflochtenen Geschäftsjahr 22 Proz. Dividende (im Vorjahr 30 Proz.) und 900 000 M. in Form von Kriegsanleihe zu. Das ganze Aktienkapital beträgt 2 100 000 M., im Vorjahr 1 800 000 M. Außer dem sogenannten Wohlfahrtsfonds betragen die Reserven 2 810 910 M., also 210 000 M. mehr als die Aktien. Die Aktionäre haben in zwei Jahren profitiert 1 002 000 M. Dividende, 900 000 M. Zuzahlungen außer der Dividende, 300 000 M. neue Aktien, Gesamtprofit also 2 202 000 M. Diese Gesellschaft hat sicherlich besonders günstige Lieferungen für das Meer. Liegt hier keine Ausnutzung der Kriegsnot des Reiches vor? Die Arbeiterlöhne sind gerade bei dieser Gesellschaft sehr niedrig!

Die Vorbereitung auf den Rohstoffkrieg.

Die britische und ägyptische Regierung haben gemeinsam beschlossen, die ägyptische Baumwollenernte vom 1. August zu erwerben. Eine Baumwollkontrollkommission ist ernannt worden, der Vertreter der Importeure, Pflanzler und Banken beratend zur Seite stehen sollen. Die Kommission wird sowohl die nächste Baumwollenernte als auch den Rest der diesjährigen Ernte zu festen Preisen kaufen. Die Ernte wird nach Alexandria abgeliefert werden. Ausfuhrerlaubnis wird nach dem 1. August außer für die von der Kommission verkaufte Baumwolle nicht mehr erteilt werden. Alle bereits bewilligten Ausfuhrerlaubnisse, außer soweit es sich um im Hafen zurückgehaltene und vor dem 1. August verkaufte Baumwolle handelt, werden ungültig. Die Kommission wird ermächtigt werden, alle Baumwolle in Alexandria ihren Eigentümern, die im Besitz von Erlaubnisbescheinigungen sind, zu genau festgelegten Bedingungen zu beschlagnahmen. Die Kommission wird die Baumwolle zu festen Preisen verkaufen und ein Verzeichnis der Einkaufs- und Verkaufspreise veröffentlichen, sowie den hauptsächlich für den Konsum in Frage kommenden Ländern Proben unterbreiten.

Keine neuerliche Erhöhung der Eisenpreise?

Wie dem „Berl. Tagebl.“ aus Düsseldorf gemeldet wird, ist auf Grund der bisher zwischen den Eisenverbänden und den Kriegesrohstoffstellen geführten Verhandlungen damit zu rechnen, daß die Eisenpreise für die am 1. April beginnende neue Preisperiode auf der ganzen Linie unverändert bleiben werden. Die letzten generellen Preisänderungen wurden Anfang Juli 1917 vorgenommen, und zwar erfolgten die damaligen Erhöhungen in ziemlich erheblichem Ausmaße. Die Eisenwerke haben inzwischen keine Aufbesserung erfahren, um die sie die Werke selbst durch eine tendenziöse Bilanzierung bemüht hatten. Die Abschlüsse der Eisenhändler-Vergewerkschaft und der Oberösterreichischen Eisenbahngesellschaft zeigen auch, daß es den Werken glänzend geht.

Zentralisation des Ausfuhrhandels in Oesterreich.

Der österreichische Exporthandel war niemals von außerordentlicher Bedeutung, der Hamburger und Bremer Exporteur arbeitete häufig für den österreichischen Rohfabrikanten soweit überhaupt einer Vermittlung bedurfte, was bei den meist sehr nahe gelegenen Absatzgebieten durchaus nicht allzu häufig der Fall war. Soweit aber Exportfirmen bestehen, haben sie sich jetzt unter Teilnahme führender Banken zu einer „Internationalen Export- und Import-Aktien-Gesellschaft“ in Wien mit 15 Millionen Kronen Kapital zusammengeschlossen. Die dieses Unternehmen bildenden drei größten Exportfirmen werden sich auf die Liquidation ihrer früheren Geschäfte beschränken und neue Abschlüsse ausschließlich der Aktiengesellschaft überlassen, der die fusionierenden Unternehmen ihre Arbeitskraft, Erfahrung und inländischen Apparat einbringen. Eine entsprechende Organisation ist auch in Budapest mit 10 Millionen Kronen Kapital gegründet worden, die den bisher gang braun liegenden oder in fremden Händen befindlichen Export Ungarns neu organisieren will. Der österreichische Ausfuhrhandel wird auch für die Ukraine syndiziert, zu welchem Zweck eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit 2 Millionen Kronen Kapital gegründet worden ist.

Deutsch-dänisch-österreichisches Abkommen.

Vom 15. bis 19. März wurden in Kopenhagen die Delegationsverhandlungen mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn über den Warenaustausch Dänemarks mit diesen Ländern in den vier Monaten vom 1. d. bis 31. 7. 1918 geführt. Die Verhandlungen nahmen einen für die dänischen Interessen zufriedenstellenden Verlauf. Das Ergebnis war die Fortsetzung des Warenaustausches mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn in wesentlich gleichem Umfange wie früher. Betreffs der dänischen Ausfuhrwaren wurden Abmachungen über die Preise für die nächsten vier Monate getroffen. Die Kohlenzufuhr erwartet man in unbeeinträchtigtem Umfange und zu unbeeinträchtigten Preisen aufrechterhalten zu können, während eine etwas erhöhte Zufuhr von Eisen und Stahl unter anderem für den Schiffsbau erwartet wird.

Gerichtszeitung.

Der kühnste Herr Troski. Eine sonderbare „Anordnung“ hatte sich ein Herr Troski, Anwalt einer D r u c k e r e i, zurechtgelegt, gegen den vor der 3. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts verhandelt wurde. Befogter Herr beschäftigte die 18jährige Klägerin Gertrud U. in seinem Kontor und hatte sich wiederholt Unzuchtthaten gegenüber dem jungen Mädchen erlaubt. Als dies die Klageforderungen des Chefs energisch abwehrte, entließ er es unter einem wichtigen Vorwande und drohte ihm, er werde, wenn weitere Gehaltsansprüche geltend gemacht würden, dafür sorgen, daß es keine Stellung mehr finde. Auf eine telephonische Bitte um Auskunft erwiderte T. dem Anfragenden, er könne nur in äußerster Auskunft geben. Die Sache sei zu beschließen durch den Herrspracher erledigt zu werden. Es ist dem jungen Mädchen dadurch tatsächlich die jetzt nicht gekannte, eine neue Stellung zu finden. — Die Anklage hatte die Klägerin zu, er sich nur durch seine Beiraterin einreden, die Klägerin könne das nicht mehr geltend machen, denn sie habe sich von ihm vorher öfter gefallen lassen. Das Kaufmannsgericht war aber der Ansicht, daß es ein Gewohnheitsrecht des Prinzipals seinen weiblichen Angestellten gegenüber auf diesem Gebiete nicht gebe und verurteilte den Beklagten zur Zahlung des Gehalts bis Ende dieses Monats. Die der Klägerin zum Vorwurf gemachte Vernichtung des Briefes einer Mitangestellten an ihren Bräutigam sei eine jugendliche Dummheit. Bei derartigen Anlässen müsse immer das eigene Verhalten des Chefs mit berücksichtigt werden. Wenn dieser selber sich nicht einwandfrei benehme, dann dürfe er sich nicht wundern, wenn die Gehilfin auf falsche Wege gerate. Durch Verwendung des Vorwandes bei einem zufällig im Gerichtssaal anwesenden gewissenlosen Personalleiter eines großen Warenhauses wird das erlösende junge Mädchen jetzt in dem betreffenden Hause Anstellung finden.

Eingegangene Druckschriften.

- Um Tripolis von Emir Fajsi. Verlag Hugo Bruckmann, München. 4,00 M.
Zentralismus und Föderalismus in der Schweiz von Fritz Heiser. Rother u. Co., Jülich. 1,10 M.
Das Recht der Organisationen im neuen Deutschland. IV. und V. Heft. 0,00 und 0,60 M. Gulland Verlag, Jena.
Von deutscher Volkstracht. H. K. Verlags, Gießen 1918. 1 M.
Im Gericht von Johannes Lubahn. Rowland-Verlag, Hamburg 30. 1,50 M.
Die Weisheitsbegabung in den künftigen Handelsverträgen von Dr. Reum, Kehlberg. H. Reum, Bonn. 1,80 M.
Zeitschrift über die Aufgaben der Uebersetzungswissenschaft von Richard Mebel. Monatshefte, Gießen. 2,40 M.
In Rumänien dreieinhalb Monate interniert von Dr. W. Jelsky. H. Volkmar, Leipzig.
Nachblatt für Holzarbeiter, herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband. 6 M. jährlich. Berlin.
Nationale Ruoreform von Dr. Konrad Lange. 2,00 M. — Einführung in das Militärrecht. 1 und 2, je 45 Pf. Volkswirtschaftslehre M.-Glabbech.
Deutschland im unbeeinträchtigten Urteil des feindlichen und neutralen Auslandes während der Kriegszeit von Dr. Paul Herz. Otto Spamer, Leipzig. 1,20 M.
Wahlrecht und Zukunft der national-liberalen Partei von Dr. Robert Friedberg. Fern. Kallio, Berlin-Jehliendorf. 80 Pf.
Ueber die Hände der jüdischen Speisewirtschaften von Georg Remb. H. Koeler, Buchhandlung, Berlin. 1,25 M. und 20 Pf.
Die Vertreibung des Königs Konstantin von Griechenland. H. F. Lehmanns Verlag, München.
Aus Vergangenheit und Gegenwart der Würzburger Arbeiterbewegung von Robert Kern. M. Schöler u. Co., G. m. b. H., Würzburg. 50 Pf.
Vaterlandspolitik von Martin Gubel. 2,50 M. — Der Weltfrieden und seine Hindernisse von Gustaf F. Steffen. 6 M. C. Dieckhoff, Jena.
Das Haus im süßen Winkel von G. K. Greenen. Egon Hefel u. Co. Berlin. 3 M.
Religion und Leben von G. Thomas. 7,50 M. Verlag „Naturwissenschaften“, Leipzig.
Eine Frau vom Lande von Richard Böj. 1,85 M. Rudolf Welfe, Berlin.

Damen-Konfektions-Haus M. Kraus & Co. Berlin O. Frankfurter Allee 54, 55, 56 zwischen Kreuziger- u. Maluzer Straße

Kostüme in vorzüglichen Stoffen 89,- 95,- 129,- 148,- 175,- usw.
Seiden-Kostüme marine, schwarz und farbig 145,- 168,- 189,- 198,- usw.
Seiden-Kleider marine, schwarz und farbig 129,- 139,- 148,- 165,- 178,- usw.
Seiden-Blusen marine, schwarz u. farbig 25,50 28,75 36,- 37,50 39,- 45,- 58,- 63,- usw.
Voile-Blusen weiß und farbig 9,75 12,75 16,75 19,75 22,50 26,50 29,50 usw.

Trauer-Abteilung Beachtenswerte Ausstellung in unseren 16 Schaufernern und Schaukästen

Cigarren I. großer Auswahl F. Ernst Borch, Berlin, Klassestr. 21.
Alkoholr. Getränke Franz Abraham, Ros. Meisinger u. Römertank-Kell. C. B. Borsdorf, Sa. Fernsp. Kgl. 18708.
Wandwagen, Summiv. R. Bänke, Stralauer Str. 54. E. Kraus, Kommandantenstr. 55. A. E. Lange, Brunnenstr. 154.
Bücher u. Konditoreien Otto Wolff, Trepow. Kröllstr. 15. Zaehner, Gr.-Lichterf., Chausseest. 15.
Merkmalerl. Herkanderl. Brauerei Bützow, empfiehlt Quantitätsbiere, ersten Ranges, Karr. Weis. Wollw. T. Kottar. Hermann Meyer, Havelufer 11.

Bezugsquellen-Verzeichnis Erscheint 2 mal wöchentlich.
Unterstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.
Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel, 25 eigene Füllhähne.
Gebrüder Manns, 48 eigene Metallgeschäfte.
Schröter, R., 43 Drehmaschinen 43.
August Holtz, 15 Detail-Geschäfte.
Edca-Anstalten, Neukölln, Anzengruberstr. 25.
Central-Bad, Toppensstr. 23.
Diana-Bad, sämtliche Bäder.
Passage-Bad, Kottbusser Dam. 78.
Klopp-Bad, Wianer Str. 6.

Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier!
Weissbier, C. Brethaupt, Palisadenstr. 27 Tel. Kpn. 2881, 2002.
Kaugummi-Fabrik Timmer-Essig, überall erhältlich.
Nähmaschinen Bellmann, E., Golowestr. 24.
Singer Nähmaschinen, Läden in allen Stadtteilen.

Fleisch- u. Wurstw. Otto Kugel, Alte Jakobstr. 24.
Herrn-u. Knabenhandl. J. Baer, Kaiserstr. 24. Ecke Prinzen-Allee.
Eisen, Stahl, Waifen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31.
Kühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Reast.
Hüte, Mützen, Pelzwaren Vester, E., Kottbusser Dam. 1819.
Handhandlungen Bethke, Georg, Kottbusser Str. 44.
Strakke, Eberstr. 31, Kaiser-Friedr. Str. 61, Wollstr. 128, Friedrichstr. 33.
Trepow, Götze-Str. 21.
Gaege, Otto, Unterdenkwerf.
F. W. Sichter, Wrangelstr. 76.
Optiker, Mechaniker Schubert, Carl, Kottbusser Str. 140.

Meierei C. Bolle A.-G. Berlin N.W. 21, Alte Weidstr. 21, auch Gelegenheitskell.
Alttest. und größtes Milchwirtsch. Betrieb mit Grossbetrieb.
Photogr. apparate M. Albrecht, D. G. Kottbusser Str. 1, auch Gelegenheitskell.
Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alh., Franz. Allee 6.
Weine, Liköre, Fruchtweine Hugo Selig, 60 Filialen in allen Stadtteilen.
Herm. Meyer & Co., G. m. b. H., ca. 550 Verkauftstellen, Gr.-Berl.

Möbel-Gross nur im Osten: Gr. Frankfurter Straße 141 Eingang im Norden: Invalidenstr. 5, Ackerstraße.
Möbel auf Teilzahlung und bar zu billigen Preisen. Große Auswahl. Kriegbeschädigte erhalten Rabatt. Inserat mitbringen. Wert 5 Mark. Sonntag 12-6 geöffnet.

verfügbarmachen im Geiste sozialistischer Kameradschaftlichkeit ge-
führt wurde. Noch wissen wir nicht, ob das russische Chaos wirklich
eine neue Ordnung gebiert, von der dann alle anderen Völker lernen
können, aber auf alle Fälle ist es sehr interessant, den Genossen
Petrow davon erzählen zu hören.

Der Kampf im Westen.

Englischer Heeresbericht vom 21. März morgen.
Der Feind eröffnete heute früh kurz vor Tagesanbruch eine
schwere Beschießung gegen unsere ganze Front von
der Nachbarschaft von Vendevill südlich von St. Quentin bis
zur Scarpe. Erfolgreiche Vorstöße wurden von uns heute nacht
in der Nähe von St. Quentin ausgeführt. 18 Gefangene und drei
Maschinengewehre wurden von unseren Truppen eingebracht. Weitere
Gefangene machten wir bei Patrouillenzusammenstößen südöstlich
Reims und bei einem weiteren erfolgreichen Vorstoß, den
wir südlich des Douthouster Waldes unternahmen. Ein vom Feinde
in der Nachbarschaft von Armentières versuchter Ueberfall
wurde abgewiesen.

**Französischer Heeresbericht vom 21. März nach-
mittags.** Rördlich der Ailette gelang den Franzosen ein Vorstoß
gegen die deutschen Linien. Am Rande von Bouconville brachten
sie etwa 10 Gefangene ein. Gegen Norgon wurde eine roge Ver-
schickung unterhalten in den Abschnitten nördlich und südöstlich
Reims, wie an verschiedenen Stellen der Champagne-
front. In dieser Gegend unternahmen die Deutschen
mehrere erfolglose Versuche, namentlich im Abschnitt von
Gurlus in der Gegend von Souain und an der Straße
nach St. Souplet. Auf dem rechten Ufer der Maas
nahm gestern die Beschickung der französischen Stellungen
große Festigkeit an. Gegen Abend erfolgte ein starker Angriff
zwischen dem Walde von Courtières und Bezonvaux.
Nach einem Handgemenge brachten die französischen Truppen den
Feind an einigen Stellen, in die er zuerst eingedrungen war,
zurück. Gefangene blieben in französischer Hand. In Lothringen
erlitten die Deutschen einen vollständigen Misserfolg; in der Gegend
von Nomeny griffen Abteilungen gegen 1 Uhr 30 nachts lebhafter
Artilleriebeschüsse an, wurden jedoch im Feuer zurückgeworfen.
Den Franzosen gelang ein Vorstoß gegen Armancourt, wobei Ge-
fangene gemacht wurden.

Französischer Bericht vom 21. März abends. Die Tätigkeit der
deutschen Artillerie blieb im Laufe des Tages sehr heftig zwischen
Niette und Aisne, in der ganzen Gegend von Reims, an
der Front in der Champagne, besonders zwischen der Gegend
von Monts und Ville sur Tourbe. Unsere Batterien ant-
worteten überall entschieden. Im Abschnitt von Les Hurus
machte der Feind nach einander drei Angriffe, die durch
unser Feuer gebrochen oder durch unsere Gegenangriffe zurück-
geworfen wurden. Ostlich von Suippes erlitten Handstreich
einen völligen Fehlschlag. — Unsere Artillerie nahm in der Gegend
südlich von Montigny (Montois ?) vorgehende deutsche Kolonnen
unter Feuer und artillerie sie. Auf dem rechten Ufer der Maas
und an einigen Stellen in der Woëvre wurden unsere ersten
Linien ziemlich stark beschossen.

Innerer Kampf in der Ukraine.

Regierung gegen Volksbewaffnung.

Berlin, 22. März. (B. L. B.) Aus der Ukraine wird ge-
meldet: Der Kommissar des Gouvernements Kiew beantragte beim
ukrainischen Ministerium des Innern die schleunige Ent-
waffnung der Bauern, da sonst der Kampf gegen die An-
archie aussichtslos sei. Die Bauern, bis zu den Zähnen be-
waffnet, haben Waffen aller Art, sogar Artillerie. Der
Kommissar lehnt für die Tätigkeit des Gouvernements-Komman-
danten die Verantwortung ab. Zum Kommandanten der Stadt
militär wird Bogazki, bisher Journalist, ernannt. — Für die nächsten
Tage wird Eröffnung der Schiffahrt auf dem Dnjepr angekündigt.
— Ein Befehl des Kriegsministeriums ordnet völlige Demobilis-
ierung der Schwarzmeerflotte an. — Das System der Vorge-
setztenwahl wird abgeschafft, sämtliche Komitees aufgelöst. Im Handelsministerium ausgearbeitete
Schnungen für die Landwirtschaft sehen eine vermehrte Einziehung
von kulturellen und agrarischen Kräften, Lehrer usw., in die Kom-
missionen vor. Ihre Wahl soll auf breitere Grundlage gestellt werden.
Hauptaufgabe ist die Durchführung der Bodenreform. Der Leit-
artikel der Zeitung „Arbeiterleben“ schreibt über die Minister-
krise: Die neue Zusammensetzung des ukrainischen Kabinetts bringt
keinen wesentlichen Programmwechsel. Durch den Eintritt des
früheren „Unabhängigen“ Soz.-Föderalisten Hruschyn, sowie die
Übernahme des Ministeriums des Innern durch den ukrainischen
Sozialdemokraten Maschenko hat sich jedoch der nationalistische
Kurs gesteigert.

Die Nachrichten des B. L. B. dürften auf die Naderregung
zurückzuführen sein, die, wie man sieht, mit sehr starken inneren
Widerständen zu kämpfen hat. Red. d. B.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 20. März. Im Ostergelände des Mittelmeeres wurden
7 beladene Dampfer, die sämtlich gesichert und zum größten Teil
bewaffnet waren, sowie 6 Segler, zusammen etwa 23 000 Dr. Reg.-
Tz., versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Gegen Mitteleuropa — für den Völkerbund.

Das Memorandum des Prof. Lammasch.

Wien, 21. März. Die „Zeit“ veröffentlicht eine Zuschrift Pro-
fessor Lammaschs, worin er erklärt, er habe gestern den Brief des
Freiburger Dr. L. A. Hartmann erhalten, worin sich dieser
als Infocinator Friedungs zu erkennen gibt. Jenes Memorandum,
auf das Friedung und seine Hintermänner ihre Angriffe gründeten,
war an einen weiteren Kreis von Persönlichkeiten gerichtet. Es ist
eine Polemik gegen Kaumanns „Mitteleuropa“ und
sucht zu beweisen, daß „Mitteleuropa“ einen dauernden Frieden un-
möglich machen, den Bund unserer derzeitigen Feinde verewigen,
Europa in zwei feindliche Heerlager spalten und einen neuen Krieg
unvermeidlich machen würde. Der Idee „Mitteleuropa“ stellte er
die eines allgemeinen Verbandes der Staaten zur Sicherung des
Friedens gegenüber, mit Chancen zu friedlicher Schlichtung von
Differenzen und mit Gemeinbürgerschaft aller Staaten für den Frieden.
Ein solcher allgemeiner Staatenverband, wie er auch Wilson
vorschwebt, würde alle Sonderbürgnisse haben und drüben über-
küssig machen und das Ziel, Europa Ruhe zu verschaffen, sicherer
erreichen, als die Politik des Gleichgewichtes, die 1914 vollständig
versagte. Oesterreich-Ungarn solle sich in einer öffentlichen Er-
klärung an die Spitze der Bewegung in diesem Sinne stellen, dadurch
die Feinde über die vielleicht mehr eingebildeten als wirklichen Ge-
fahren Mitteleuropas beruhigen und damit den Friedensschlag er-
leichtern.

Der Schweizerische Nationalrat hat den Antrag auf Vermeh-
rung der Bundesräte von sieben auf neun mit 73 gegen 52
Stimmen abgelehnt.

Aus dem Hilfsdienstausschuss.

Die Generalkommission der Gewerkschaften
hat Beschwerde geführt gegen eine Verfügung des General-
kommandos in Boien, monach Personen von 14—17 Jahren
ihre Arbeitsstellen nicht ohne Erlaubnis verlassen dürfen. Das
gleiche Generalkommando hat dann eine weitere Verfügung erlassen,
die den in der Landwirtschaft tätigen Personen verbietet,
ohne Genehmigung des Landrats in einem anderen
Veruf Arbeit anzunehmen. Weiter hat dieses General-
kommando den

Arbeitszwang in der Landwirtschaft

gegen Gewährung des ortsüblichen Tageslohnes angeordnet. Dieser
Arbeitszwang bezieht sich auch auf Frauen.

Der Referent, Hg. Schiele (L.) vertrat die Auffassung, daß die
Beschränkung der Jugendlichen von 14 bis 17 Jahren durch
den Belagerungszustand gerechtfertigt sei. Die anderen
Verordnungen seien realistisch bedenklich. — Hg. Wiebel (Soz.)
tritt dem Referenten entgegen. Das Belagerungszustandsgesetz
rechtfertigt das Vorgehen des Wiener Generalkommandos
nicht, erst recht nicht, seitdem das Hilfsdienstgesetz besteht.
Die Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf Frauen ist sogar
von allen maßgebenden Faktoren strikte abgelehnt worden.
Es handelt sich hier um eine reine Rechtsfrage, die nur
durch Gesetz geregelt werden kann, sonst stellt man den Generalen
einen Freibrief aus, um zu dürfen, was sie wollen. Um diesen
Zustand zu beseitigen, stellen die Abgeordneten Bauer (Groschau),
Wiebel und Städel folgenden Antrag:

Die verbündeten Regierungen zu eruchen, dem Gesetz über
den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 folgenden
Zusatz zu geben:

§ 21. Eine Ausdehnung der Hilfsdienstpflicht oder einzelner
Bestimmungen dieses Gesetzes auf jugendliche Personen unter
17 Jahren oder auf Frauen, kann nur im Wege der Gesetz-
gebung, nicht durch Verordnung erfolgen.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1911 in Verbindung mit dem Reichs-
gesetz vom 11. Dezember 1915 erlassene Verordnungen, die
mit den Bestimmungen dieses Gesetzes in Widerspruch stehen,
sind ungültig.

In der ausgedehnten Debatte verließen Regierungsbereiter
die Verordnung als zeitlich begrenzte Notstandsmaßnahme
zu rechtfertigen, gaben aber zu, daß die Verordnung nicht mit den
Geboten politischer Mäßigkeit vereinbar sei. Hg. Bauer (Soz.)
trat der Auffassung entgegen, daß bei monatelangen landwirtschaft-
lichen Arbeiten von einem akuten Notstand geredet werden könne.
In der Abstimmung wurde der Antrag der Sozialdemokraten
angenommen.

Der Ausschuss für Handel und Gewerbe

verhandelte am 21. März weiter über die Frage der Stilllegung
von Betrieben. Für den Unterausschuss, dem alle die Still-
legung betreffenden Eingaben und Fragen überwiesen worden
waren, berichteten die Abg. Müller-Gulda und Schumann
(Soz.). Den Anträgen des Unterausschusses stimmte der Ausschuss
in allen vorgelegten Fällen ohne Debatte zu.

Nach der Oberpause sollen die vom Reichswirtschaftsamt aus-
gearbeiteten Richtlinien und Grundlagen für die Uebergangs-
wirtschaft zur Verhandlung gelangen. In einer vertraulichen
Besprechung in Fragen der Handelschiffahrt findet zwischen
der Regierung, den Mitgliedern des Ausschusses und Vertretern
aus den Kreisen der Schiffahrt am Sonnabend, den 23. März, eine
Zusammenkunft im Reichswirtschaftsamt statt.

Eine offiziöse Erklärung zum Mühlon-Dokument.

Unter dem Titel „Entstellungen und Taffaden“ bringt die
„Nordd. Allg. Ztg.“ folgende Darstellung des Sachverhalts, die sich
auf schriftliche Äußerungen der Herren Helfferich und Krupp
v. Böhlen-Halbach stützt:

Dr. Mühlon, damals Mitglied des Direktoriums der Firma
Friedrich Krupp, Aktiengesellschaft, hatte im Juli 1914 eine Be-
sprechung mit Dr. Helfferich, damals Direktor der Deutschen
Bank, in der ihm der letztere mitteilte, daß sich die Deutsche Bank
genötigt sehe, einige große Geschäfte, über die sie mit der Firma
Krupp seit längerem in Unterhandlungen stände, angesichts der in-
folge des Wortes von Serajewo bedrohlich gewordenen poli-
tischen Lage diplomatisch zu behandeln. Ebenso hat Herr Krupp
v. Böhlen und Halbach Anfang Juli gegenüber den Mitgliedern
seines Direktoriums, die für die Verlegung der Firma mit Roh-
stoffen und Lebensmitteln zuständig waren, sich dahin ausge-
sprochen, er halte nach der Ermordung des Thronfolgerpaars die
ganze politische Lage doch für ernst genug, daß es ihm geboten er-
scheine, Vorsorge für alle Fälle zu treffen.

Die Erzählungen, mit denen Dr. Mühlon in seinem Brief
diesen Sachverhalt ausschmückt, und denen Tendenza dahin geht,
Deutschland die Schuld des Kriegsausbruchs zuzuschreiben, werden
sowohl von Herrn Dr. Helfferich als auch von Herrn Krupp
v. Böhlen und Halbach als unzutreffend und phantastisch
zurückgewiesen. Der Stellvertreter des Reichslagers hat im
Hauptauschuss des Reichstages hinzugefügt, daß eine Prüfung der
Behauptungen der beiden Herren, soweit sie objektiv kontrollierbar
gewesen seien, ergeben hat, daß die behaupteten Äußerungen nicht
gefallen sein könnten, da sie mit den Tatsachen in unabweisbarem
Widerspruch ständen. Zur Sache selbst stellen wir folgendes fest:

1. Ueber einen angeblichen Kriegsrat oder Kronrat oder eine
Konferenz unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und unter
Beteiligung österreichisch-ungarischer Vertreter am Sonntag, den
5. Juli, scheinen schon vor Kriegsausbruch Gerüchte im Umlauf
gewesen zu sein. Diese Gerüchte entbehren der Be-
gründung. Ueber am 5. Juli noch an einem andern Tage in
jener Zeit hat ein solcher Rat stattgefunden.

2. Die Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn über die durch
den Noth von Serajewo geschaffene schwierige Lage sind aus-
schließlich vom Reichskanzler und dem Auswärtigen
Amt geführt worden. Die verfassungsmäßig zuständigen
Instanzen tragen für den Gang dieser Verhandlungen formell und
materieell allein die Verantwortung.

3. Die Politik der kaiserlichen Regierung war in vollem Ein-
klang mit den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers von An-
fang an auf die Erhaltung des Friedens gerichtet. Aller-
dings konnte und durfte der Friede nicht durch die Preisgabe
des verbündeten Oesterreich-Ungarn erkaufte werden.
In der Ueberzeugung, daß Klarheit und Offenheit in verwickelten
Lagen die beste Politik ist, hat die kaiserliche Regierung nach
keiner Seite einen Zweifel darüber aufkommen lassen.

4. Ebenfalls hat die kaiserliche Regierung speziell die
russische Regierung darüber im Unklaren gelassen, daß eine
russische Mobilmachung nicht nur eine sofortige deutsche
Mobilmachung, sondern aus zwingenden Gründen den Krieg be-
deutet.

5. Innerhalb dieser durch Bündnis, Pflicht und Selbsterhaltung
gegebenen Grenzen ist, wie oft genug dargelegt worden ist, von
Seiner Majestät dem Kaiser und seiner Regierung bis zum letzten
Augenblick das Menschenmögliche geschehen, um die Katastrophe ab-
zuwehren. Wo die an dem Weltbrand Schuldigen sitzen, hat
der Suchomlinow-Prozess auch für Zweifel, denen deutsche Aus-
sagen und Dokumente allein nicht genügen, unumwandelbar erwiesen.

Die Brottration der Selbstversorger.

Der Bundesrat hat durch Verordnung vom 21. März 1918
die Mengen an Brotgetreide, die die Selbstversorger zu ihrer Er-
nährung verwenden dürfen, für den Kopf auf 6 3/4 Kilogramm
monatlich festgesetzt. Während sie bisher 8 3/4 Kilogramm be-
trugen, entsprechen sie nunmehr der der versorgungsberechtigten Be-
völkerung für den Kopf zuzurechnenden Menge. Diese Maßnahme war
notwendig, um die Reichsgetreidestelle in den Besitz genügender
Getreidemengen zu bringen und die Gesamtbevölkerung aus den
Vorräten alter Ernte bis zum Gangung genügender Zufuhren aus
den besetzten Gebieten und aus der Ukraine sowie bis zum Ein-
setzen des Frühdrucks zu versorgen. Sie ist als eine vorüber-
gehende gedacht.

Um zu vermeiden, daß schwerarbeitende Landwirte gegenüber
den härtlichen Schwerarbeitern durch die Herabsetzung
der Selbstversorgertration zurückgesetzt werden, hat die Reichs-
getreidestelle Vorsorge getroffen, daß der schwerarbeitenden
Landbevölkerung während der Weizelzeit und während der Ernte
Zulagen gewährt werden können.

Die Erinnerungen Hammanns.

Die Erinnerungen Otto Hammanns, die soeben unter
dem Titel „Der neue Kurs“ bei Reimar Hobbing, Berlin (in
zwei Ausgaben zu 8 M. und zu 4 M.) erschienen sind, er-
strecken sich auf die Zeit unter den Kanzlern Caprivi und
Hohenlohe bis zum Tode des Fürsten Bismarck und enthalten
eine Reihe neuer tatsächlicher Mitteilungen, die das Urteil
über auswärtige Fragen und über die schweren inneren
Kämpfe jener Epoche berichtigen und ergänzen. Das Buch,
das auch sonst viel Interessantes enthält, schließt mit einem
Kapitel über die Sozialdemokratie, dem wir folgendes ent-
nehmen:

Die Gegensätze unter den Menschen menschlich überwinden —
das war es, was in jener Zeit (vor dem Kriege Red. d. B.) ganz
schleht. Für den Verkehr zwischen Regierungsvertretern
und sozialdemokratischen Abgeordneten waren im
Reichstag überall Scheidewände gezogen. Nieß sich doch einmal
eine persönliche Berührung in irgendeiner besonderen Sache nicht
umgehen, so vollzog sie sich möglichst in einer verschwie-
genen Ecke. Ein Gespräch über die Haltung der Partei in großen
politischen Fragen war so gut wie ausgeschlossen. Die praktische
Erfahrung und Lässigkeit von Arbeitervertretern blieb für die Re-
gierung fast ungenutzt. ... Die Prophezeiung Debels vor
fünfundzwanzig Jahren, daß sich nach Aufhören des Men-
schenmordens im unermesslichen Volkstrome gute Aussichten
für den Sozialismus bösen würden, ist eingetroffen, aber
anders, als er sich dachte, und schon während des Weltkrieges.

Wird sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei von der Herrschaft
allgemeiner Begriffe befreien und das geschichtliche Denken ebenso
pflegen, wie vor dem das logische Denken der Marxschen Schule?
Wird sie der Phantasie Grenzen ziehen, die am Ende
des vorigen Jahrhunderts das Heil von einem gewaltigen
Sprünge in ein von Grund aus neues Zukunftsbild unter
der Diktatur des Proletariats erwartete, oder wird sie trotz aller
Erfahrungen mit den Genügsamkeiten der feindlichen Länder
dem internationalen Verbündungsraum das Opfer ihrer Hei-
matliebe bringen? Auch sie verliert nichts als das
Uebermaß, wenn sie die Pflege internationaler Gedanken und
Verbindungen dauernd den Bedürfnissen nationaler Arbeiterpolitik
unterstellt und im Kampfe mit der bestehenden Ordnung einen
Verständigungsfrieden schließt.

Die neue alldeutsche Partei, die sich Deutsche Arbeiter- und
Angestelltenpartei nennt, erscheint mit einem Aufruf auf dem Plan,
den die „Deutsche Zeitung“ an ihrer Spitze abdruckt. Wir haben
diesen neuen alldeutschen Maskierungversuch schon einmal gekenn-
zeichnet und sind im übrigen von seiner völligen Erfolgslosigkeit so
fest überzeugt, daß wir ein nochmaliges Eingehen auf die Sache
nur für eine unbedeutende Ehre halten, die dem obskuren Wides-
wühler der Aufrufunterzeichner damit angetan würde.

Letzte Nachrichten.

Hollands Protest.

Haag, 22. März. In der Zweiten Kammer erklärte der erste
Minister Cort van der Linden, daß die Regierung beabsichtigt
gewesen sei, die vitalen Interessen Hollands zu berücksichtigen. Ein
Ultimatum sei nicht gestellt worden, ebensowenig habe die Regie-
rung unter deutschem Druck gehandelt, sie habe sich lediglich durch
den Notzustand beeinflussen lassen und versucht, die beste Lösung
zu finden. Jetzt sei das alles vorbei. Es gebe Augen-
blicke im Leben eines Staatsmannes, in denen er den Gefühlen
seines Herzens freien Lauf lassen müsse. Der Minister
fuhr fort: Das niederländische Volk ist einig ohne Unterschied von
Rang, Partei oder Religion. Nach wie sind wir so einig gewesen
wie jetzt. Er hoffe, daß seine Stimme weit über die Grenze gehört
werde, wenn er gegen das Unrecht und den Zwang einen flammen-
den Protest einlege. Unsere Selbständigkeit und unser
Recht sind uns lieber als Brot. Wir werden bis
an den Bettelstab getreulich daran festhalten.
(Schärfster Beifall und Bravorufe.)

Die Kadetten protestieren gegen den Friedensvertrag.

Genf, 22. März. Die Agence Havas teilt der französischen
Presse im Wortlaut eine Erklärung mit, welche die russische
Partei der Volksfreiheit, die ehemaligen Kadetten, in Moskau
überreichte, um gegen den Frieden mit Deutschland zu pro-
testieren, den das russische Volk niemals ratifizieren werde.

Marzhiomans Friedensprogramm.

Bukarest, 22. März. Der neue Ministerpräsident Marzhi-
lo man hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt: Die
erste Aufgabe wird die sein, innerhalb der uns gegebenen
Frist Frieden zu schließen, dessen Grundlagen durch den
am 5. März neuen Stills unterzeichneten Präliminarfrieden fest-
gesetzt wurden. Die zweite Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist
das doppelte Werk der moralischen Wiedergeburt und der Reorgani-
sation auf allen Gebieten des Staatswesens. In diesem Sinne
macht die Regierung aus einer vollständigen und klugen Lösung der
Agarfrage wie auch aus Berufung breiter Massen des
Volkes zum politischen Leben zwei wesentliche Punkte ihres Ar-
beitsprogramms.

Das Wahlrecht für die Frauen in Kanada.

Amsterdam, 22. März. Nach einer Amedierung aus Ottawa
vom 21. hat der kanadische Ministerpräsident einen Gesetzent-
wurf eingebracht, laut dessen allen Frauen unter
gleichen Bedingungen wie den Männern das Wahlrecht ver-
liehen wird. Zur die mit Unterthanen feindlicher Staaten ver-
heirateten Frauen werden ausgeschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Erhöhung der Teuerungszulagen in städtischen Betrieben Berlin.

Am 13. Januar d. J. hatte eine Versammlung der Wasserwerksarbeiter Berlin an den Magistrat den Antrag gerichtet, eine Erhöhung der Stundenlöhne um 20 Pf. vorzunehmen. Am 30. Januar verhandelte die Direktion mit den Arbeiterausschüssen der verschiedenen Werke im Beisein eines Vertreters des Gemeindefachverbandes über die Lohnforderungen. Wie uns mitgeteilt wird, hat der Magistrat nunmehr beschlossen, daß mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Stunde zur Auszahlung gelangt. Außerdem werden für außerordentlich planmäßige Nebenstunden und Sonntagarbeit neben dem üblichen Zuschlag noch 40 Pf. pro Stunde besonders gewährt. Den im Accord arbeitenden Handwerfern wurden die Akkordlöhne erhöht, so daß der Durchschnittsverdienst 1,30 M. pro Stunde beträgt.

Im städtischen Schlacht- und Viehhof hat gleichfalls eine Lohnbewegung stattgefunden. Die Forderungen der Arbeiter lauteten: für Arbeiter und Handwerker ab 1. Januar 10 und ab 1. März weitere 5 Pf., für Arbeiterinnen an beiden Terminen je 5 Pf. pro Stunde Zulage. Für Wagenwäscher Erhöhung der Akkordlöhne um 30 Proz. Der Magistrat hat den Forderungen nunmehr im vollen Umfang zugestimmt. Nur die Erhöhung der Akkordlöhne der Wagenwäscher wurde auf nur 15 Proz. bemessen.

Lohnrückstellungen im städtischen Dishesen Berlin. Im Dezember vorigen Jahres beantragte die Kranführer Gleichstellung im Lohne mit den Speichelarbeitern. Die Arbeiterinnen beantragten Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. Ferner wurde gefordert, daß der Tagesverdienst Winter und Sommer der gleiche sein solle. Der Dishesen ist einer der wenigen städtischen Betriebe, die im Sommer noch eine 10 stündige Arbeitszeit haben. Der Magistrat hat die Lohnforderungen bewilligt und beschlossen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Dishesens nach einjähriger Dienstzeit Tageslöhne, d. h. den 10fachen Stundenlohn, und damit Sommer und Winter den gleichen Lohn erhalten sollen. Die Auszahlung der erhöhten Sätze hat erstmalig in dieser Woche stattgefunden.

Erhöhung der Teuerungszulagen in den städtischen Betrieben Neukölln. Neukölln befand sich mit seinen Teuerungszulagen gegenüber den anderen größeren Gemeinden Groß-Berlins sehr im Rückstande. Bereits im Dezember vorigen Jahres richtete daher eine stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter an die Stadtverwaltung das Ersuchen, die Teuerungszulagen um 1,50 M. pro Tag zu erhöhen. Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Arbeiterausschüssen unter Hinzuziehung des Bevollmächtigten vom Gemeindefachverband führten zu dem gleichen Ergebnis. Wie uns mitgeteilt wird, soll nunmehr die Konjunkturzulage um 1,50 Mark pro Tag erhöht und ab 1. März zur Auszahlung gelangen.

Leistungen des Buchdruckerverbandes während der Kriegszeit.

Wie wir dem „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer entnehmen, wurden von der Organisation für sämtliche Unterstützungsweige aus allen Klassen (Verband, Gau und örtlich) die enorme Summe von 11 158 486 M. verausgabt, darunter für die nichtstatutarische Familienunterstützung allein 2 763 376 M. Mit diesem Betrage wird nun schon die aus der Verbandskasse während der Kriegszeit an Arbeitslose gezahlte Summe (2 668 038 M.) überschritten.

Die Verbandskasse hat mit ihren Zuneigungen, die 8 und 2 M. zu den einzelnen Zeitpunkten pro Kopf der vor Kriegsausbruch vorhandenen Mitglieder betragen, allerdings über die Hälfte der Gesamtsumme beigesteuert. Bei den Ausgaben der Gau- und örtlichen Kassen für die Familienunterstützung sind also diese Zuschüsse als eingeschlossen zu betrachten. Die größte Leistung hat mit 687 030 M. insgesamt gezahlte Familienunterstützung der Gau Berlin aufzuweisen. Das liegt aber nicht allein in seiner Größe begründet, sondern auch in besonderen Anstrengungen auf diesem Gebiete. Bei der Gau (nebst örtlichen Kassen) mit über 100 000 M. Leistung sind: Bayern 219 484, Rheinland-Westfalen 208 066, Württemberg 197 516, Hannover 169 033, Schlesien 151 204, Mittelrhein 133 868, Leipzig 112 515, Ober 102 218 M.

Während bei Kriegsausbruch 70 452 Mitglieder vorhanden waren, ist diese Zahl bis zum Jahresabschluss 1917 auf 28 848 gesunken. 60,60 Proz. sind mit der Zeit zum Heere einberufen worden, außerdem befinden sich 964 Mann in anderen Bezirken. Der „Korrespondent“ bemerkt mit Recht, daß die Organisation nach dem Ende des Krieges um so größer dastehen wird, weil sie durch ihre Leistungen den 29 416 verheirateten Kollegen während ihrer Einziehung eine schöne Soldatentat bezeugt habe.

Bezirkskonferenz der Schuhmacher.

Am Sonntag tagte im Berliner Gewerkschaftshause — zum erstenmal während der Kriegszeit — die Konferenz für den sechsten Bezirk des Zentralverbandes der Schuhmacher. Der Verlauf der Verhandlungen bewies, daß die Organisation trotz der infolge der Verhältnisse zurückgegangenen Mitgliederzahl mit Erfolg für die Interessen der Berufsangehörigen gearbeitet hat.

Der Bezirk umfaßt außer Berlin die Provinzen Brandenburg, Posen, Preußen, Pommern und die Herzogtümer Mecklenburg. Vertreten waren 12 Bezirksstellen.

Dem Geschäftsbericht, den der Bezirksleiter Hamacher erstattete, entnehmen wir folgendes: Am Schluß des Jahres 1913 hatte der Bezirk in 12 Bezirksstellen 4927 Mitglieder. Schon damals machte sich infolge schlechter wirtschaftlicher Verhältnisse eine rückläufige Bewegung der Mitgliederzahl bemerkbar. Mit dem Ausbruch des Krieges setzte ein weiterer Rückgang ein. 4 Bezirksstellen gingen gleichzeitig ein und weitere 7 Bezirksstellen wurden im Laufe der Kriegszeit geschlossen werden. Ende 1917 hatte der Bezirk nur noch 1714 Mitglieder. Unter den noch vorhandenen Bezirksstellen sind zehn, von denen jede weniger als 10 Mitglieder hat. In den betreffenden Orten kommen fast nur Handwerksbetriebe in Frage, deren Gehilfen zum großen Teil ihrer Heerespflicht genügen, so daß diese Bezirksstellen von den wenigen älteren Gehilfen aufrechterhalten werden. In der letzten Hälfte des vorigen Jahres machte sich in der Mitgliederzahl des Bezirks eine geringe Aufwärtsbewegung bemerkbar. Sie ist zurückzuführen auf das Inkrafttreten des Reichsarbeitsgesetzes für Militärarbeitswerk und wird voraussichtlich weiter zunehmen, wenn auch in bescheidenen Grenzen. — In der ersten Zeit des Krieges sind die von den Arbeitern geforderten Teuerungszulagen ohne weiteres bewilligt worden, ohne daß sich ein Eingreifen des Verbandes nötig machte. Dagegen haben die Arbeitgeber in der letzten Zeit den geforderten Erhöhungen der Teuerungszulagen Widerstand entgegengebracht, weshalb es öfter zu Differenzen kam. Im allgemeinen hat die Bewegung Lohnaufbesserungen von 20 bis 30 Prozent gebracht. Die höchste Zulage haben die Schuhmachermänner in Berlin erreicht. Ihr Tariflohn ist um 100 Proz. erhöht worden.

In 29 Orten des Bezirks sind 87 Schustfabriken stillgelegt, während 57 Fabriken in 39 Orten weiter arbeiten. In Berlin bestanden etwa 90 Fabriken, von denen nur 25 weiter arbeiten.

Die Einstellung des Tarifs für Militärarbeitsstellen ging nicht ohne Schwierigkeiten und Differenzen vonstatten. Die Fabrikanten in den kleineren Orten waren nicht gewillt zur Zahlung der Tariflöhne zu bewegen. Schließlich mußten sie aber doch den Tarif anerkennen. Der Erfolg davon ist, daß in diesen Orten der vordem allerdings ziemlich geringe Lohn um 30 bis 50 Proz. aufgebessert wurde, während in Berlin und Kowanes, wo die Löhne höher standen als in den Provinzorten, eine Aufbesserung von 10 Prozent erfolgte. Einige Fabrikanten mußten wegen Nichtanerkennung des Tarifs vor die Schlichtungskommission gefordert werden, die noch nicht alle Fälle entschieden hat. — Das Vorkriegsamt des III. Armeekorps beschäftigt in verschiedenen Städten Arbeiter mit der Herstellung von neuem und Instandsetzung von altem Schuhwerk, weigert sich aber, die Sätze des Tarifs

zu bezahlen. Die Gewerkschaften, deren Angehörige beim Vorkriegsamt arbeiten (Schuhmacher, Textilarbeiter, Schneider, Sattler und Schuhmacher) haben deshalb eine gemeinsame Eingabe beim Kriegsamt in den Marken eingereicht. Eine Entscheidung des Kriegsamts ist noch nicht erfolgt.

Ferner nahm die Konferenz Stellung zu dem zwischen den beiderseitigen Organisationsvertretern vereinbarten Reichstarif für Zibilschuhfabrikation. (Die wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfs sind in Nr. 78 des „Vorwärts“ mitgeteilt.) Die Konferenz stimmte dem Entwurf mit allen gegen die vier Stimmen der Berliner Delegierten zu.

Einen weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme zum Verbandstag. Ein Antrag des Verbandsvorstandes, der die Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungs-sätze bezieht, sieht an Stelle der bisherigen drei Beitragsklassen vier Klassen vor mit Wochenbeiträgen von 40, 60, 80 Pf. und 1 M. Das ist eine Erhöhung von 5, 10 und 15 Pf. in den drei ersten Klassen, während die vierte neu eingeführt wird. Die Konferenz beschloß, daß sich die Beitragsklasse nicht (wie es der Vorstandsantrag will) nach der Lohnhöhe richtet, sondern daß die Mitglieder nach eigenem Ermessen die Beitragsklasse wählen, in der sie zahlen wollen. Ferner wurde ein Berliner Antrag angenommen, der die bisherigen Beiträge in jeder Klasse um 10 Pf. erhöht, so daß in den ersten drei Klassen 45, 60, 75 Pf. und in der neu eingeführten vierten Klasse 90 Pf. zu zahlen wären. Die Unterstützungsätze, die nach der Beitragshöhe und nach der Dauer der Mitgliedschaft abgestuft sind, stimmten nach dem angenommenen Berliner Antrag nur in der ersten Klasse mit dem Vorstandsantrag überein, während sie in den anderen drei Klassen gegenüber dem Antrag des Vorstandes etwas herabgesetzt werden.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Betriebsingenieur W. von der Firma G. Tempelhof, verlangt den Ablehrchein, weil er als selbständiger Betriebsingenieur in einer Lokomotivfabrik in Beschäftigung treten kann. Die neue Firma schert ein Gehalt von mindestens 9000 M. zu. Der Kriegsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß dem Kläger der Ablehrchein zu erteilen ist, wenn die Firma neben dem Gehalt nicht wenigstens 1250 M. Prämien zahlen will.

69 Kranführer, Anbinde-, Foder und Arbeiter und 23 Arbeiterinnen der Firma A. E. G., Hüttenstraße, rufen den Schlichtungsausschuß nach § 13 an. Die Arbeiter haben eine Lohnforderung gestellt, die dahin ging, die Stundenlöhne für Männer um 10 Pf., für Arbeiterinnen um 5 Pf. zu erhöhen und den im Wochenlohn Beschäftigten eine Zulage von 5 M. zu gewähren. Die Firma hat die Forderungen sämtlich abgelehnt. Nach längerer Verhandlung erfolgt ein Schiedsspruch in der Weise, daß die Einstellungsätze beziehungsweise Mindestverdienste für Männer nicht unter 90 Pfennig für die Stunde und, soweit sie im Wochenlohn beschäftigt sind, nicht unter 63 M. für die Woche betragen sollen. Für die Frauen wird ein Mindest-Einstellungslohn von 60 Pf. festgesetzt. Ferner soll an die Kläger unter Einrechnung der in den letzten zwei Wochen gewährten Zulage, soweit sie in Stundenlohn beschäftigt sind, für Männer eine solche von 6 Pf. und für Frauen 3 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Soweit die Männer in Wochenlohn beschäftigt sind, sollen sie 3 M. Zulage pro Woche erhalten.

29 Schlosser der Firma G. Tempelhof, rufen den Kriegsausschuß als Schlichtungsausschuß an. Die Firma hat im August vorigen Jahres eine bestimmte Arbeit, die vorher zusammen angefertigt wurde, geteilt. Bei der Teilung wurde den Arbeitern ein Lohnsatz festgesetzt, mit dem Bemerkten, daß die Arbeiter so viel verdienen können, wie sie wollen. Der Akkordpreis betrug 3,50 M. und wurde nun um 10 Pf. gekürzt. Diese 10 Pf. wurden der anderen Gruppe zugelegt. Die Firma glaubte sich hierzu berechtigt, weil der Verdienst dieser Abteilung wesentlich günstiger sich gestellt habe als in der anderen Abteilung. Die Arbeiter sind mit diesem Abzug nicht einverstanden und alle Bemühungen des Kriegsausschusses, eine Verständigung herbeizuführen, hatten keinen Erfolg. Der Schlichtungsausschuß stellt sich auf den Standpunkt, daß der Abzug unberechtigt ist. Mindestens wäre es Pflicht der Betriebsleitung gewesen, sich mit den Arbeitern beider Abteilungen über einen neuen Akkordpreis zu verständigen. In diesem Sinne ergeht ein Schiedsspruch.

76 Arbeiter und 15 Arbeiterinnen einer Abteilung der Firma M. u. G. in Schöneberg rufen den Schlichtungsausschuß an, weil die Firma auf ihre Forderungen keine ausreichenden Zugeständnisse gemacht hatte. In der Verhandlung wird festgestellt, daß die von der Firma gewährten Verdienste nicht als sehr günstig anzupreisen seien und deshalb kommt nach längerer Verhandlung folgender Vergleich zustande: Die ungelerten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Januar keine Zulage bekommen haben, erhalten sofort 4 Pf., die gelerten 6 Pf.; diejenigen, die im Februar nichts bekommen haben, erhalten 4 Pf. bzw. 6 Pf. eine Woche später. Diejenigen, die im März nichts bekommen haben, erhalten nach 4 Wochen seit der letzten Erhöhung 4 bzw. 6 Pf. Ferner erhält dann die erste Gruppe noch weiteren 4 Wochen nochmals 2 Pf. Zulage. Diesem Vergleichsvorschlag wird die Wirkung eines Schiedsspruchs zugestanden.

Formex, Reemacher und Buyer der Firma W. Marienfelde, rufen den Schlichtungsausschuß wegen Entschädigung von Feiertagen an. Es wird festgestellt, daß in der Bieherlei vom 23. Januar ab nicht gearbeitet wurde und daß die Firma durch Anschlag bekanntgegeben hat, daß der Wiederbeginn der Arbeitstätigkeit den in Frage kommenden Arbeitern durch Postkarte mitgeteilt werden soll. Deshalb wird den Arbeitern für diese Zeit eine Entschädigung zugesprochen. Strittig ist nur, ob die Bundesratsbestimmungen über die Entschädigung bei Arbeitsmangel in Frage kommen oder nicht. Nach Ansicht der Arbeiter liegt Kohlenmangel vor, während die Firma erklärt, daß sie mit dem Rohmaterial in Bezug gekommen sei, und daß die zu liefernde Firma die Verzögerung auf den Wagenmangel zurückgeführt habe. Da die Frage strittig, werden die Arbeiter ersucht, sich an das Kriegsamt zu wenden, um durch letzteres eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob mittelbarer Kohlenmangel vorliege oder nicht.

Frauenarbeit in der Leder- und Lederhandschuh-industrie.

Nach einer von der Zeitung des Lederarbeiterverbandes veranstalteten Umfrage waren 1917 in der Leder- und Lederhandschuhindustrie rund 6600 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Umfrage erstreckte sich jedoch nur auf das Ausbreitungsgebiet des Verbandes, so daß das Resultat auf Vollständigkeit keinen Anspruch machen kann. Organisiert waren von den in Betracht kommenden Frauen 1960.

Tarifvereinbarung der Maßschuhmacher.

Die Vertretung der Berliner Maßschuhmachergehilfen verhandelte kürzlich mit den Vertretern der Arbeitgeber über die Forderung, den Tariflohn um den Betrag der bisher bewilligten Teuerungszulagen (100 Proz. für Accord-, 75 Proz. für Zeitlohnarbeiter) zu erhöhen und eine weitere Teuerungszulage von 30 Proz. der so festgesetzten Grundlöhne zu bewilligen. Die Arbeitgeber weigern sich, die Grundlöhne des Tarifs zu erhöhen; sie sind aber bereit, auf diese eine weitere Teuerungszulage von 50 Proz. für Lohn- und Akkordarbeiter zu gewähren, so daß die ersteren einen Zuschlag von 125, die letzteren einen solchen von 150 Proz. auf den tariflichen Grundlohn erhalten. Einen Tarif für längere Zeit wollten die Arbeitgeber wegen der unsicheren Wirtschaftsverhältnisse nicht wieder abschließen, sie erklärten sich aber bereit, das Einkommen für ein Vierteljahr festzulegen und, falls es nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird, es immer ein weiteres Vierteljahr gelten zu lassen.

Die Versammlung der Maßschuhmachergehilfen stimmte am Mittwoch diesen Vereinbarungen zu, wodurch die Tarifbewegung erledigt ist.

Die Arbeitszeit bei Krupp.

Eine Riesendeckung von Krupp'scher Arbeiter nahm am Sonntag in Essen Stellung zu der Verkürzung der Arbeitszeit. Gefordert wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend um 2 Stunden. Die Firma Krupp soll einer Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich sympathisch gegenüberstehen, nur sei sie momentan wegen des zu erwartenden Produktionsausfalles und der Unmöglichkeit, weitere Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen in Essen unterzubringen, nicht durchführbar.

Im Verband der Maler tritt am 31. März d. J. in allen drei Beitragsklassen eine Erhöhung des Wochenbeitrags um 10 Pf. in Kraft. Diese Maßnahme ist unter Zustimmung nahezu sämtlicher Filialen getroffen worden, um den Vermögensbestand des Verbandes aufrechtzuerhalten, damit derselbe den zu erwartenden großen Aufgaben während der ferneren Dauer des Krieges und nach Friedensschluß gewachsen ist.

Parteinachrichten.

Die „Bergische Arbeiterstimme“ auf dem Pfad der Jugend. Die „Bergische Arbeiterstimme“ hatte anlässlich der beschämenden Niederlage der Unabhängigen in Niederbarmen den Mut zu einigen wahren Worten gefunden. Jetzt schwenkt sie in einer Polemik gegen die „Rheinische Zeitung“ auf den ihr offenbar von den „Anhängern“ gewiesenen Pfad der Jugend ein und erklärt triumphierend:

„Wir Unabhängige Sozialdemokraten können in dem Ergebnis von Niederbarmen schlimmstenfalls eine nicht erfüllte Hoffnung erblicken. Eine Enttäuschung aber kann es für uns nicht sein. 19 000 sind den widrigen Einflüssen nicht erlegen! 19 000 stehen — trotz alledem! — unerschütterlich zu unseren Idealen. Diese Zahl bürgt dafür, daß, wenn künftig alle auf dem gleichen Boden kämpfen, der Sieg unser ist.“

Aber wieviel Möglichkeit steckt hinter diesem selbstgefälligen Gottvertrauen! Wie jämmerlich ist dieser Stolz auf die letzten 19 000! Vor kurzem hatte die „Bergische Arbeiterstimme“ freilich noch die Sinne für Tatsachen offen, damals schrieb sie: „Es ist traurig, es ist zum Weinen...“

Wahltag!

Bei der Erstwahl im 47. sächsischen Landtagswahlkreis wurden von etwa 1000 Wählern 1652 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, Redakteur Alfred Hellisch in Chemnitz, rund 1500 Stimmen, während 70—80 Stimmen auf den nationalliberalen Kandidaten Ebert lauteten. Die übrigen Stimmen waren unglücklich oder zersplittert. Hellisch ist somit gewählt.

Bezirkskonferenz für Ostachsen.

Am Sonntag, den 17. März fand in Dresden eine Bezirkskonferenz statt. Der Bezirksvorsitzende Eggert gab einen ausführlichen Bericht über die Landesversammlungen seit der letzten Konferenz. Besonders erläuterte er den Zweck der neu geschaffenen Extramarke, die Stellung der Landesinstanzen zur sächsischen Wahlrechtsfrage, die anlässlich des letzten Streiks im Interesse der Ausländigen getroffenen Maßnahmen und die engere Verbindung mit dem Gewerkschaftsausschuß bei besonderen beide Teile berührenden Fragen. Eine Debatte hierzu fand nicht statt.

Hierauf berichtete der Bezirkssekretär Kühn über den ersten Teil der Verhandlungen im Parteiausschuß, die Finanzen der Partei betreffend. Wenn die Genossen aus dem Felde zurückkämen, hätten die Organisationen eine solche Hilfe von Arbeitern zu erwidern, daß für die finanzielle Rüstung bereits vorgesorgt sein müsse. Streulicherweise haben die Kreise, in denen bereits eine Beitragserhöhung durchgeführt ist, keinen Vitalitätsrückgang, ja zum Teil noch eine Zunahme an Parteimitgliedern zu verzeichnen. Nachdem bereits vor der Tagung des Parteiausschusses die Dresdener Parteileitung die Notwendigkeit einer 60prozentigen Erhöhung einstimmig anerkannt und den demnächst tagenden Kreisversammlungen empfohlen habe, sei es nötig, daß sich auch die übrigen Kreise im Bezirk mit dieser Frage befassen. Die Saugener Wahl habe insbesondere gezeigt, daß alle Kreise die ersten Wahlen nach dem Kriege möglichst finanziell selbständig führen müßten. Aus diesem Grunde erwächst auch denjenigen Kreisen, die auf den Bezirkswahlfonds angewiesen sind, die Pflicht, diesem regelmäßige Beiträge zuzuführen. Die Kreisleitungen müssen sich ferner ständig über die Organisations- und Kassenzustände in den Ortsgruppen auf dem laufenden halten. Das gleiche am sichersten bei einer regelmäßigen vierteljährlichen Abrechnung mit dem Parteivorstande, wie sie vor dem Kriege geübt wurde. Bei einer Abrechnung nur am Jahresschluß die urgent in einzelnen Kreisen stattfindende, erhält die Kreis- und Parteileitung nicht den wünschenswerten reibenden Überblick. Ebenso müßten es sich die finanziell leistungsfähigen Genossen zur Pflicht machen, der Partei Mittel durch Entnahme der Extramarke zuzuführen. Bezüglich der Neu- und Wiedergewinnung von Mitgliedern werden die im Parteiausschuß gegebenen Anregungen den Kreisvorsitzenden zur sofortigen Durchführung empfohlen. Die Kassensboten werden, nachdem die Kreisversammlungen die Beitragserhöhung beschlossen haben, ein Handflugblatt für die Mitglieder erhalten, dessen Auflage für jeden Kreis im Sekretariat zu bestellen ist.

In der dem Bericht folgenden Aussprache traten sämtliche Redner für eine finanzielle Kräftigung der Partei ein. Nur aus einem Kreis wurden Zweifel laut, ob die Mitglieder einer solchen Erhöhung zustimmen würden, während andere Redner den Standpunkt vertraten, den Vorschlag des Parteiausschusses, die Beiträge für männliche Mitglieder auf 15 Pf. und für weibliche auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen, nur als das Mindestmaß zu betrachten. Man beschloß jedoch einstimmig, den Kreisen die oben vorgeschlagene Beitragserhöhung ab 1. April zu empfehlen.

Im Anschluß an diese Debatten gab Genosse Kühn noch einen eingehenden Überblick über die Stellung des Parteiausschusses zur politischen Lage. Nachdem der Berichterstatter die verschiedenen wichtige getretenen Auffassungen zu dieser Frage in übersichtlicher Weise wiedergegeben hatte, kam er zu folgendem Schluß: Bei allen Mitgliedern des Parteiausschusses habe die Meinung vorgeherrschet, daß die Reichstagsfraktion bei ihrer Entschließung die Interessen des gesamten Volkes im Auge haben und ihre Abstimmung so einstimmig müsse, als wenn sie hierbei den Ausschlag geben würde. Man dürfe sich nicht von Augenblicksentscheidungen leiten lassen, sondern müsse als Politiker handeln. Was heute die Partei tue, habe sie in kommenden Zeiten vor der Geschichte zu verantworten. Genosse Eggert gab zum Schluß noch bekannt, daß im Juni die Landesversammlung in Dresden stattfindet.

Arbeitslose Gemeinde, Sonntag, den 24. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Klosterstraße: Feiern der Jugendbewegung. Redner: Herr Dr. Bruno Wille. Eintritt 50 Pf. Kinder 15 Pf. Nächste Kinderbesprechung am 7. April.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Angelegenheiten: Theodor Glöde, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 2 Pfennige und Unterstützungsblatt.